



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF
April 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	28
Termine	30
Analysen und Berichte	35
Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit	43
Bericht zur Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“, 22. und 23. März 2007 im Bundesministerium der Finanzen	57
Gesundheitsreform 2007	59
Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union	67
Statistiken und Dokumentationen	75
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	78
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ein zentrales Anliegen der Bundesregierung ist die Erhöhung der Qualität der öffentlichen Finanzen. Mit der Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“, die das Bundesfinanzministerium gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) am 22. und 23. März ausrichtete, bot sich ein international besetztes Forum, um Fragen zur Qualität der öffentlichen Finanzen und insbesondere zur Rolle einer zukunftsweisenden Finanzpolitik im Rahmen der Lissabon-Strategie zu diskutieren. So wurden u. a. Wege aufgezeigt, tragfähige öffentliche Finanzen und wachstumsfreundliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verbinden sowie eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel zu gewährleisten. In der Diskussion zwischen Vertretern aus Politik und Wissenschaft entwickelte sich ein für beide Seiten fruchtbarer Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen aus vielen Ländern und unterschiedlichen Perspektiven.

Ein Ziel im Rahmen der Lissabon-Strategie ist es, die europäischen Forschungsausgaben insgesamt bis 2010 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Vor diesem Hintergrund wurde das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union mit Gesamtausgaben in Höhe von 54,4 Mrd. € für den Zeitraum 2007 bis 2013 gestartet. Die Mittelaufstockung um 60 % unterstreicht: Die Europäische Union meint es ernst mit ihrem Ziel, bis 2010 zu einem der weltweit innovativsten und wachstumsstärksten Wirtschaftsräume zu werden. Nicht zuletzt für den Hochtechnologiestandort Deutschland bietet diese strategische Ausrichtung der EU große Entwicklungschancen.

Deutschland hat eines der qualitativ besten öffentlichen Gesundheitssysteme in Europa,



aber auch eines der teuersten. Die am 1. April in Kraft getretene Gesundheitsreform 2007 stärkt den Wettbewerb sowie kostenbewusstes Verhalten bei den Leistungsanbietern und Krankenkassen und verbessert die Wahlmöglichkeiten der Versicherten. Ab 2009 wird erstmals in Deutschland eine allgemeine Krankenversicherungspflicht eingeführt. Zugleich wird ein neu eingerichteter Gesundheitsfonds den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen transparenter machen.

Akzeptanz und Ablehnung gegenüber wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen stehen im Mittelpunkt einer Studie des ZEW zum Thema Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit, die vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegeben wurde. Eine der zentralen Fragen lautet: Warum lehnen Menschen Reformen ab, die von Experten eindeutig als vorteilhaft empfohlen werden? Psychologische und verhaltensökonomische Ansätze können wichtige Antworten hierzu liefern, die nicht nur zu einem besseren Verständnis beitragen, sondern auch helfen, notwendige Reformprozesse zu erleichtern.

Die Unternehmensbesteuerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weist erhebliche Unterschiede auf, und zwar sowohl bei den Steuersätzen als auch bei den jeweiligen Bemessungsgrundlagen. Die in diesem Zusammenhang europaweit stattfindende Debatte hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundes-

finanzministerium zum Anlass für sein aktuelles Gutachten genommen. Das Gutachten bestätigt, dass eine Angleichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung die Befolgings- und Verwaltungskosten senkt. Bei einer weitergehenden Koordinierung der Unternehmensbesteuerung sind aus Sicht des Beirats jedoch nicht nur die Chancen, sondern auch Risiken zu sehen.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	28
Termine	30

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich März mit 75,6 Mrd. € um 1,0 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 1,4 %). Der in der Haushaltsaufstellung veranschlagte Anstieg der Ausgaben

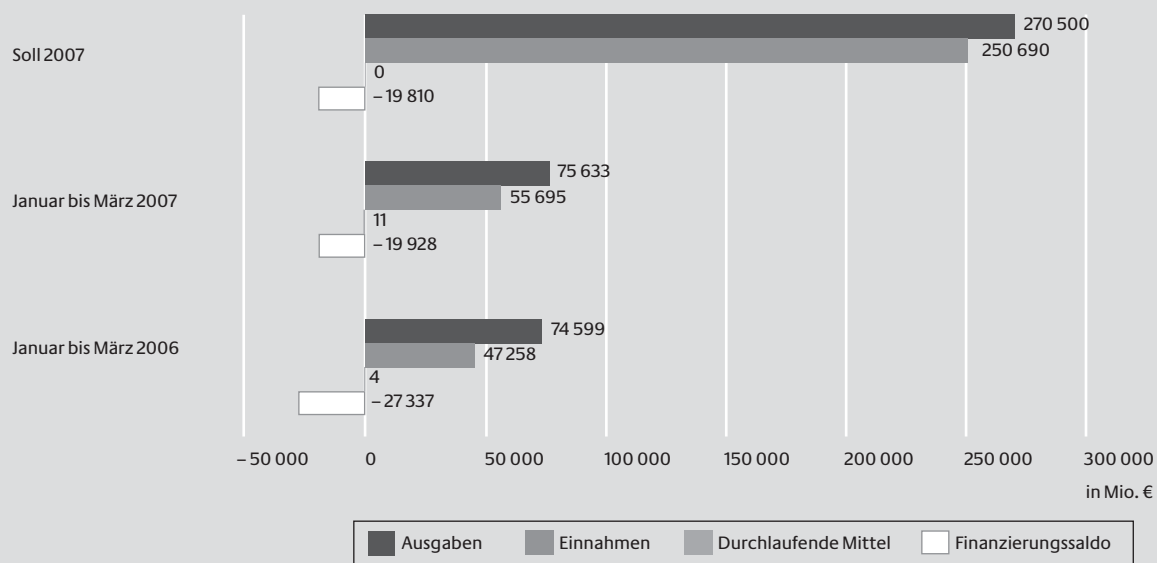
in Höhe von 3,6 % wird somit noch deutlich unterschritten. Einer Vielzahl von Aufgabebereichen mit leicht rückläufiger Entwicklung stehen insbesondere die Mehrausgaben auf-

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis März 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	75,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	1,4
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	55,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	17,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	47,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	23,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 19,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 27,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	7,7

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



grund des ab 2007 eingeführten Zuschusses des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit (BA) gegenüber, der als Teilausgleich für die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags dient.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 55,7 Mrd. € um 8,4 Mrd. € (+ 17,9 %). Bei den um 23,2 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegenen

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Ist-Entwicklung Januar bis März 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	12 353	16,3	12 264	16,4	0,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	1 525	2,0	1 383	1,9	10,3
Verteidigung	27 795	28 222	6 978	9,2	6 840	9,2	2,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	1 944	2,6	2 081	2,8	- 6,6
Finanzverwaltung	3 151	3 383	678	0,9	698	0,9	- 2,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	2 571	3,4	2 567	3,4	0,2
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	184	0,2	-100,0
BAföG	1 072	1 130	385	0,5	373	0,5	3,2
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	1 158	1,5	1 390	1,9	- 16,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	38 957	51,5	38 578	51,7	1,0
Sozialversicherung	74 431	75 745	24 141	31,9	23 832	31,9	1,3
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	1 617	2,1	538	0,7	200,6
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	8 757	11,6	9 670	13,0	- 9,4
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	6 015	8,0	6 980	9,4	- 13,8
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	1 088	1,4	971	1,3	12,0
Wohngeld	956	1 000	137	0,2	157	0,2	- 12,7
Erziehungsgeld	2 801	1 940	682	0,9	714	1,0	- 4,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	768	1,0	786	1,1	- 2,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	165	0,2	191	0,3	- 13,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	354	0,5	339	0,5	4,4
Wohnungswesen	1 002	1 446	307	0,4	298	0,4	3,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	2 251	3,0	2 181	2,9	3,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	116	0,2	133	0,2	- 12,8
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 698	2,2	1 582	2,1	7,3
Gewährleistungen	794	1 150	105	0,1	115	0,2	- 8,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	1 940	2,6	1 601	2,1	21,2
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	727	1,0	762	1,0	- 4,6
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	1 663	2,2	1 417	1,9	17,4
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	1 066	1,4	1 091	1,5	- 2,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	539	0,7	257	0,3	109,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	15 379	20,3	15 462	20,7	- 0,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	15 121	20,0	15 263	20,5	- 0,9
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	75 633	100,0	74 599	100,0	1,4

Steuereinnahmen wirkten in erster Linie Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz, bei der Einkommensteuer sowie bei den Verbrauchsteuern. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 8,6 Mrd. € um 0,4 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (- 4,9 %). Der Rückgang ist auf nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2006 zurückzuführen.

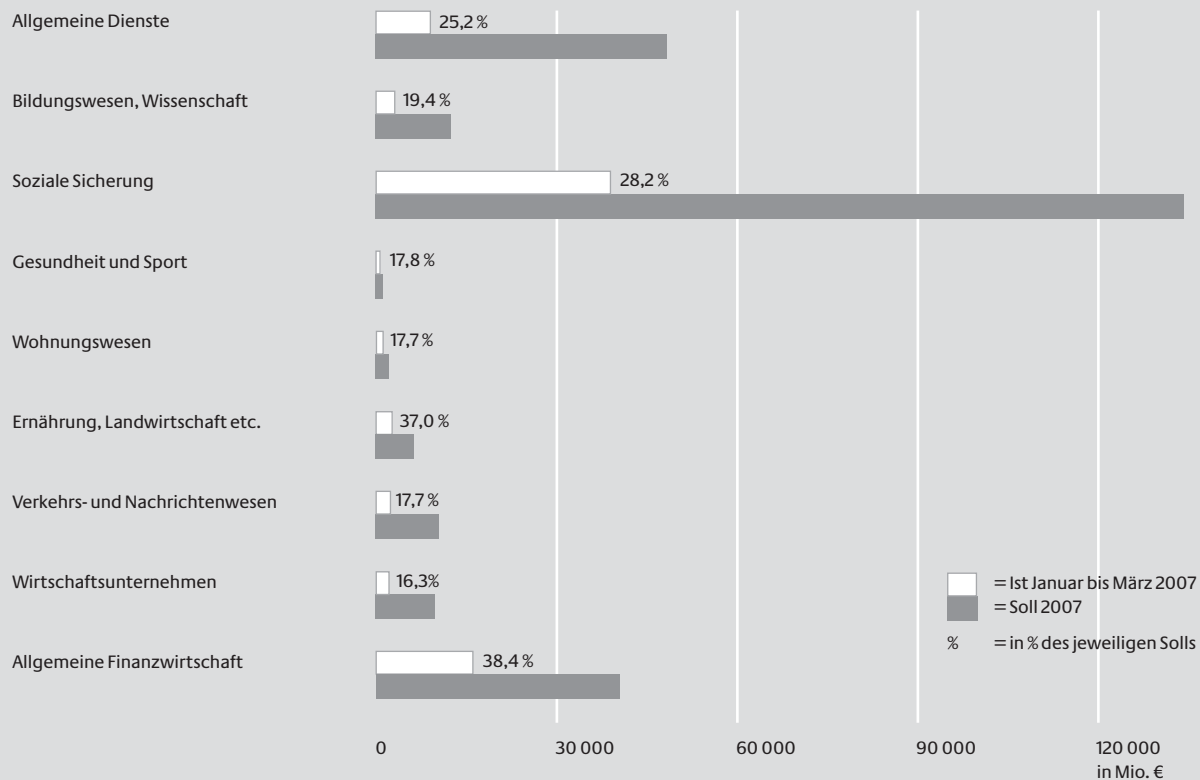
Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 7,7 Mrd. € steht

ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von - 27,6 Mrd. € gegenüber. Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 19,9 Mrd. € ableiten.

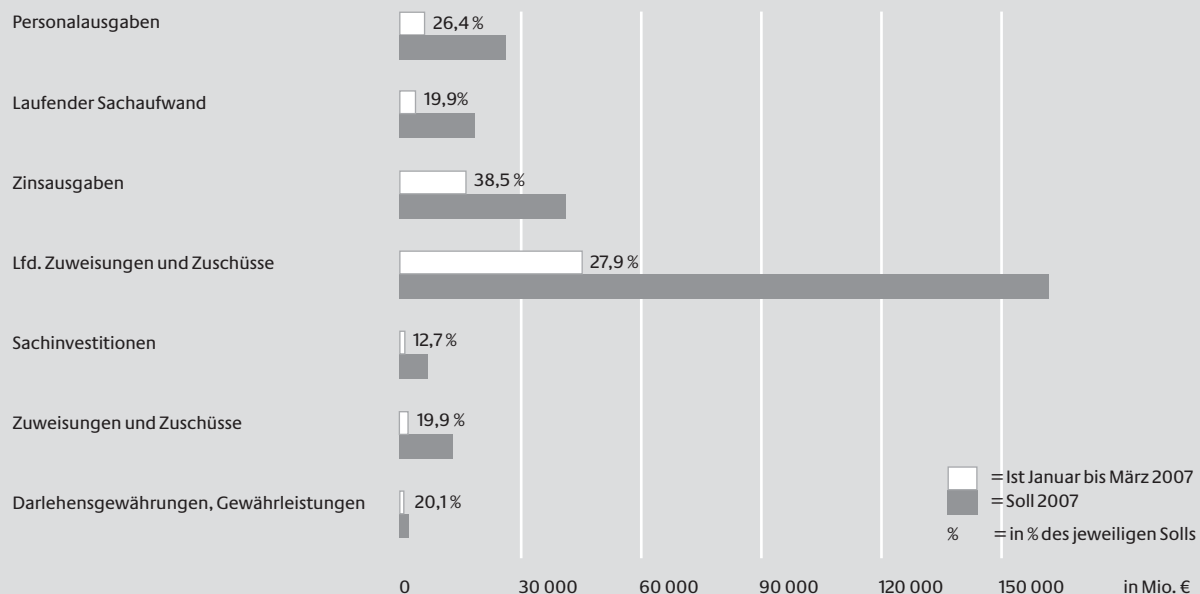
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Ist-Entwicklung Januar bis März 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	71 196	94,1	70 273	94,2	1,3
Personalausgaben	26 110	26 204	6 911	9,1	7 008	9,4	- 1,4
Aktivbezüge	19 730	19 761	5 041	6,7	5 131	6,9	- 1,8
Versorgung	6 380	6 443	1 870	2,5	1 877	2,5	- 0,4
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	3 723	4,9	3 656	4,9	1,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	215	0,3	300	0,4	- 28,3
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	1 660	2,2	1 631	2,2	1,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	1 848	2,4	1 725	2,3	7,1
Zinsausgaben	37 469	39 278	15 121	20,0	15 263	20,5	- 0,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	45 345	60,0	44 263	59,3	2,4
an Verwaltungen	13 937	14 770	3 168	4,2	3 132	4,2	1,1
an andere Bereiche	142 079	147 697	42 218	55,8	41 134	55,1	2,6
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	4 331	5,7	3 918	5,3	10,5
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	7 610	10,1	8 631	11,6	- 11,8
Sozialversicherungen	91 707	97 633	29 199	38,6	27 539	36,9	6,0
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	95	0,1	82	0,1	15,9
Investive Ausgaben	22 715	23 957	4 437	5,9	4 326	5,8	2,6
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	3 567	4,7	3 495	4,7	2,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	2 719	3,6	2 208	3,0	23,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	557	0,7	1 028	1,4	- 45,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	291	0,4	258	0,3	12,8
Sachinvestitionen	7 112	6 860	870	1,2	831	1,1	4,7
Baumaßnahmen	5 634	5 326	658	0,9	621	0,8	6,0
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	150	0,2	144	0,2	4,2
Grunderwerb	536	505	62	0,1	66	0,1	- 6,1
Globalansätze	0	- 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	75 633	100,0	74 599	100,0	1,4

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis März 2007



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis März 2007



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Ist-Entwicklung Januar bis März 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	220 530	47 075	84,5	38 198	80,8	23,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	40 812	73,3	33 769	71,5	20,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	17 809	32,0	14 701	31,1	21,1
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	11 508	20,7	10 482	22,2	9,8
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	352	0,6	- 884	- 1,9	X
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	1 387	2,5	1 125	2,4	23,3
Zinsabschlag	3 359	3 610	1 845	3,3	1 393	2,9	32,4
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	2 717	4,9	2 586	5,5	5,1
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	22 962	41,2	18 985	40,2	20,9
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	41	0,1	82	0,2	- 50,0
Energiesteuer	39 916	40 521	4 540	8,2	4 480	9,5	1,3
Tabaksteuer	14 387	14 100	2 916	5,2	2 786	5,9	4,7
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	2 949	5,3	2 628	5,6	12,2
Versicherungsteuer	8 775	10 620	4 504	8,1	3 792	8,0	18,8
Stromsteuer	6 273	6 500	1 647	3,0	1 492	3,2	10,4
Branntweinabgaben	2 166	1 976	416	0,7	400	0,8	4,0
Kaffeesteuer	973	980	303	0,5	213	0,5	42,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 632	- 3 706	- 6,7	- 3 701	- 7,8	0,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 16 450	- 4 374	- 7,9	- 4 819	- 10,2	- 9,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 1 357	- 2,4	- 1 157	- 2,4	17,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 1 677	- 3,0	- 1 790	- 3,8	- 6,3
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	8 620	15,5	9 060	19,2	- 4,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 549	6,4	2 905	6,1	22,2
Zinseinnahmen	885	465	117	0,2	103	0,2	13,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	1 529	2,7	2 504	5,3	- 38,9
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	55 695	100,0	47 258	100,0	17,9

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2007

Der positive Verlauf der Einnahmenentwicklung setzte sich im März 2007 weiter fort. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) nahmen im Vorjahresvergleich um + 16,4 % zu. Während bei den gemeinschaftlichen Steuern mit + 25,5 % ein starker Zuwachs zu verzeichnen war, ging das Einkommen der Bundessteuern zurück (- 7,8 %). Bei den Ländersteuern ergab sich mit + 2,3 % eine Aufkommenssteigerung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis März 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 15,4 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im März um + 16,8 % über dem Vorjahresergebnis. Kumuliert ergibt sich für den Bund eine Steigerung von + 22,3%.¹

Die positive Entwicklung bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer setzte sich im März 2007 mit + 8,4 % gegenüber dem Vorjahresergebnis weiter fort. Der konjunkturelle Aufschwung, die relativ milde Witterung und der Einsatz des Saison-Kurz-

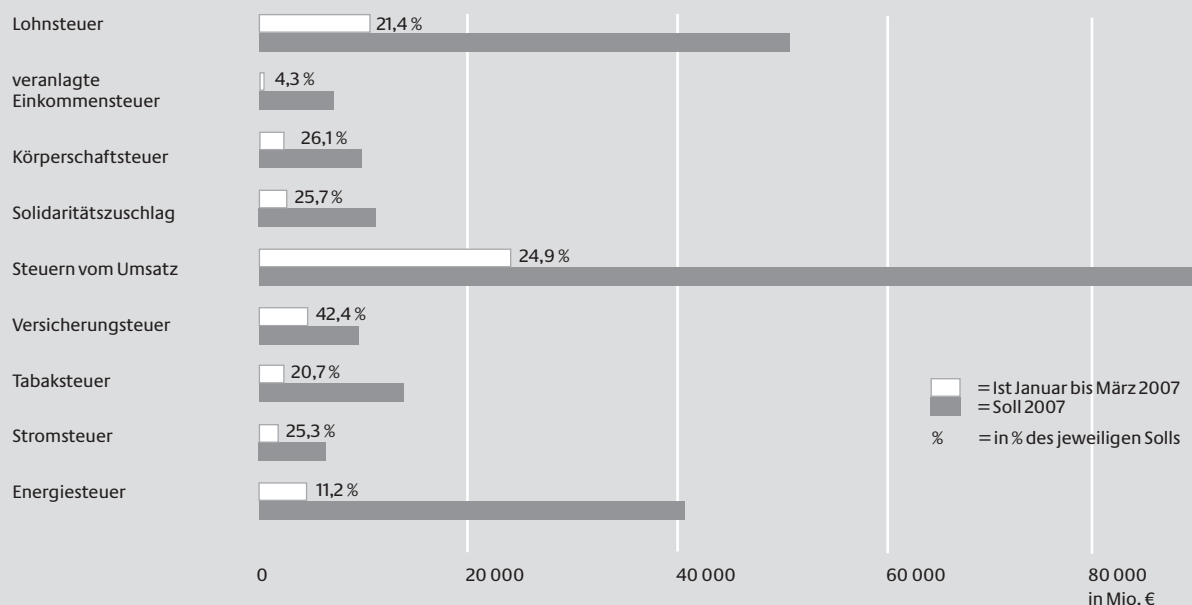
arbeitsgeldes haben in den Wintermonaten für eine kräftige Zunahme der Beschäftigung gesorgt, die sich nun im Lohnsteueraufkommen niederschlägt. Dabei macht sich positiv bemerkbar, dass ein Großteil des Beschäftigungszuwachses mittlerweile auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen entfällt. Mit dem Einsetzen des Frühlings könnte der Wegfall der witterungsbedingten Komponente für geringere Zuwachsraten sorgen.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer legte im Vorjahresvergleich deutlich um + 2,3 Mrd. € zu. Das Bruttoaufkommen stieg dabei u. a. infolge gestiegener Vorauszahlungen für das laufende Jahr und Nachzahlungen für das Jahr 2005 kräftig um + 1,5 Mrd. €. Ebenfalls positiv auf das Kassenaufkommen wirkte sich aus, dass die Auszahlungen an Eigenheimzulage, die schwerpunktmäßig im März erfolgen, als Konsequenz des Auslaufens der Förderung um rund - 0,9 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis lagen. Ein Plus von 0,1 Mrd. € bei den ausgezahlten Investitionszulagen sorgte dagegen für einen negativen Effekt.

Auch das Einkommen aus der Körperschaftsteuer zeigte mit + 14,5 % einen deutlichen Zuwachs. Die Mehreinnahmen ergaben sich in erster Linie aus gestiegenen Vorauszahlungen für das

¹ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis März 2007



laufende Kalenderjahr. Nachzahlungen für weiter zurückliegende Veranlagungszeiträume haben aber ebenfalls zu dem guten Ergebnis beigetragen. Dämpfend dürfte sich das Auslaufen des Moratoriums für die Auszahlung von Steuerguthaben (Altkapitalregelung) ausgewirkt haben.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ergab sich im März wie bereits im Vormonat ein starker Rückgang (- 25,9 %). Diese Entwicklung ist allerdings in Zusammenhang mit den starken Zuwächsen im Januar 2007 zu sehen, die auf vorgezogene Ausschüttungen zur Vermeidung der „Reichensteuer“ zurückzuführen sein könnten.

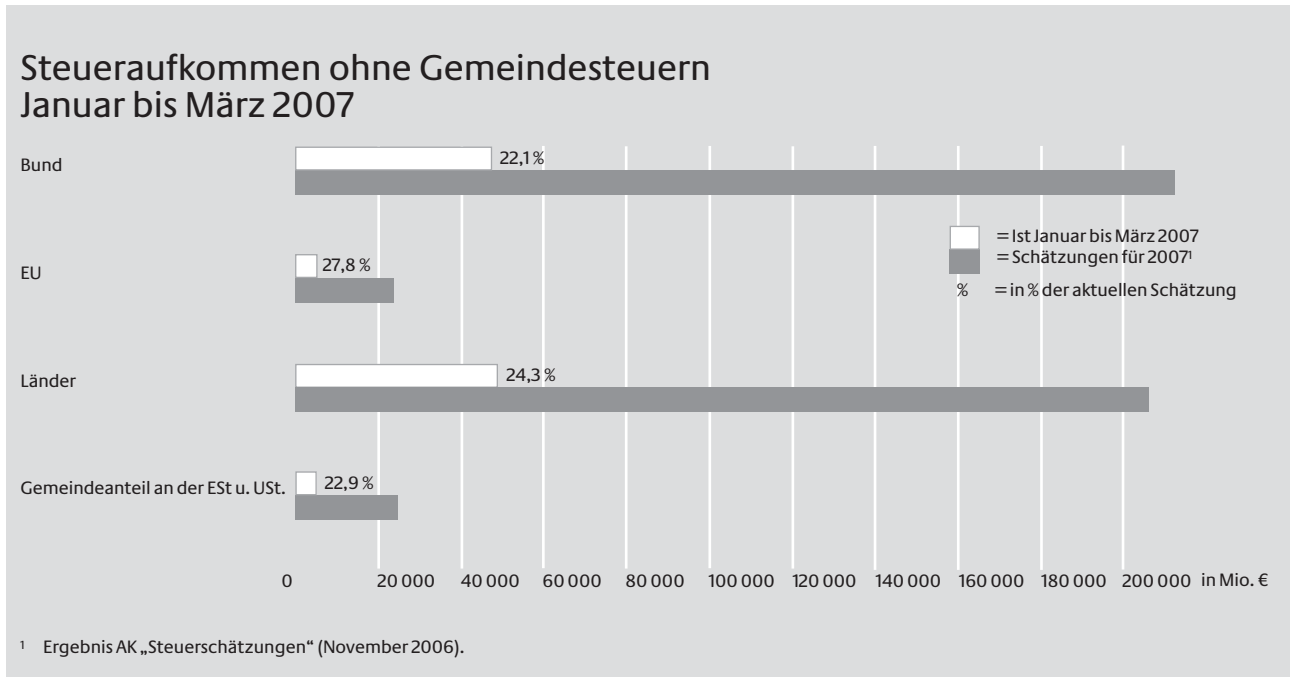
Der nun bereits seit einigen Monaten zu beobachtende Aufwärtstrend beim Zinsabschlag setzte sich mit + 28,0 % im März 2007, analog zur Entwicklung der Durchschnittsverzinsung, weiter fort.

Die Steuern vom Umsatz legten mit einem Aufkommensplus von 23,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich zu. Nachdem die Zugewinne bei der (Binnen-) Umsatzsteuer im Februar noch zu einem Großteil auf die Auswirkungen vorgezogener Käufe zum Jahresende 2006 zurückgingen, zeigen sich im Märzergebnis (+ 26,2 %) die Auswirkungen der Erhöhung des Regelsatzes auf 19% in vollem Umfang. Dieser zweimonatige Abstand zwischen der Entstehung der Steuer und dem Zahlungseingang bei der Finanzverwaltung ergibt sich durch die Inanspruchnahme der Dauerfristverlängerung durch die Unternehmen. Im Gegensatz dazu ist diese Zeit-

verzögerung bei der auf Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten erhobenen Einfuhrumsatzsteuer vergleichsweise kurz. Hier sorgte die seit Jahresbeginn wirksame Erhöhung des Steuersatzes im Kassenmonat März (+ 15,2 %), wie bereits im Februar (+ 20,1 %), für deutliche Mehreinnahmen.

Bei den reinen Bundessteuern war mit -7,8% ein starker Rückgang zu verzeichnen. Wie bereits nach den Ergebnissen des Vormonats erwartet werden konnte, waren bis auf zwei Ausnahmen nur rückläufige Ergebnisse zu verzeichnen. Die Versicherungsteuer stieg infolge der Steuersatzerhöhung zum 1.1.2007 um + 20,2 % und der Solidaritätszuschlag legte entsprechend der Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen um + 12,1% zu.

Maßgeblich für den Rückgang bei der Energiesteuer (- 14,0 %) waren die Mindereinnahmen aus der Steuer auf Erdgas (- 56,6 %). Hier hat die mit Einführung des Energiesteuergesetzes geltende Neuregelung der Steuerschuldnerschaft eine Verstetigung der Kasseneinnahmen über das Kalenderjahr gebracht, was für die Wintermonate geringere Einnahmen im Vergleich mit einer verbrauchsorientierten Abführung zur Folge hat. Nach dem starken Aufkommensplus der Tabaksteuer im Februar (+ 20,3%) auf Grund von Vorzieheffekten in Erwartung der Mindeststeuererhöhung zum 15. Februar 2007 entwickelte sich das Aufkommen im März 2007 nur schwach (- 0,7 %). Bei der Branntweinsteuer (- 40,6 %) wurden die Mehreinnahmen aus dem Vormonat, die Folge einer ver-



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 493	8,4	30 464	8,4	126 800	3,4
veranlagte Einkommensteuer	653	X	829	X	19 450	10,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	657	- 25,9	2 773	23,2	11 110	- 6,7
Zinsabschlag	646	28,0	4 193	32,4	8 205	7,5
Körperschaftsteuer	5 403	14,5	5 434	4,8	20 840	- 9,0
Steuern vom Umsatz	12 273	23,1	42 037	17,2	169 550	15,6
Gewerbesteuerumlage	13	X	97	- 49,2	3 596	- 6,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	3	X	57	- 53,8	2 884	- 9,2
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 140	25,5	85 884	18,0	362 435	7,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 835	- 14,0	4 540	1,3	39 450	- 1,2
Tabaksteuer	1 125	- 0,7	2 916	4,6	14 100	- 2,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	166	- 40,6	416	4,2	1 970	- 8,8
Versicherungsteuer	627	20,2	4 504	18,8	10 620	21,0
Stromsteuer	614	- 22,5	1 647	10,4	6 500	3,6
Solidaritätszuschlag	1 355	12,1	2 949	12,2	11 479	1,8
übrige Bundessteuern	95	- 41,9	406	26,6	1 405	- 1,6
Bundessteuern insgesamt	6 817	- 7,8	17 377	9,3	85 524	1,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	435	14,2	1 150	9,7	4 065	8,0
Grunderwerbsteuer	670	15,7	1 828	8,7	5 340	- 12,8
Kraftfahrzeugsteuer	778	- 6,7	2 636	- 3,0	8 650	- 3,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	137	- 19,6	416	- 10,6	1 725	- 2,8
Biersteuer	53	- 1,4	167	- 0,6	776	- 0,4
sonstige Ländersteuern	17	- 28,8	156	- 11,7	341	- 2,3
Ländersteuern insgesamt	2 091	2,3	6 354	1,5	20 897	- 3,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	335	10,2	962	5,1	3 750	- 3,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	181	- 8,4	1 357	17,3	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	783	- 18,5	4 374	- 9,3	16 450	12,8
EU-Eigenmittel insgesamt	1 299	- 11,2	6 693	- 2,9	24 100	8,8
Bund³	18 410	16,8	48 565	22,3	219 436	7,5
Länder³	16 829	16,8	49 279	11,4	202 750	4,0
EU	1 299	- 11,2	6 693	- 2,9	24 100	8,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 846	37,9	6 040	20,2	26 322	5,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	38 384	16,4	110 577	15,4	472 608	5,9

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2006.

stärkten Bevorratung zum Jahresende 2006 waren, fast vollständig wieder eingebüßt. Auch die Stromsteuer lag im März mit - 22,5 % deutlich im Minus.

Bei den reinen Ländersteuern erhöhte sich das Aufkommen insgesamt um + 2,3 %. Die stärkste Zunahme ergab sich - trotz des bereits hohen

Vorjahresergebnisses - bei der Grunderwerbsteuer (+ 15,7 %). Während die Erbschaftsteuer ebenfalls deutlich im Plus lag (+ 14,2 %), waren bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 6,7 %), der Biersteuer (- 1,4 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (- 19,6 %) Rückgänge zu verzeichnen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im März gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Februar bei 3,95 % lag, notierte Ende März bei 4,04 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,85 % Ende Februar auf 3,92 % Ende März. Die Europäische Zentralbank hat am 8. März 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 14. März liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,75 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,75 %

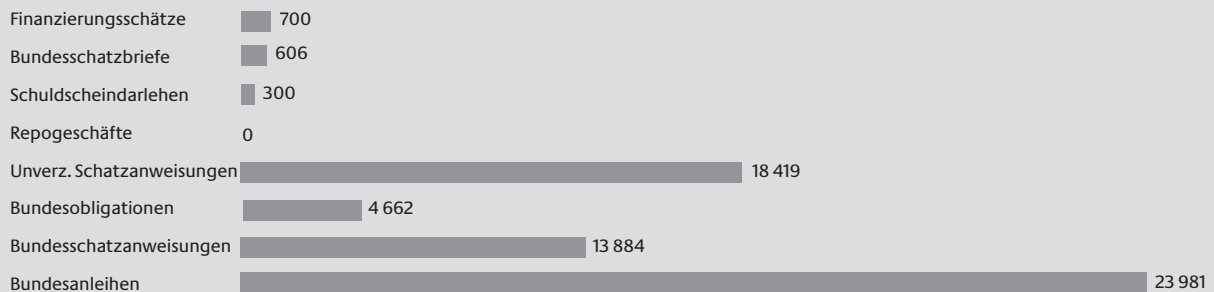
und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,75 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im März zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 6 715 auf 6 917 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4 087 auf 4 181 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

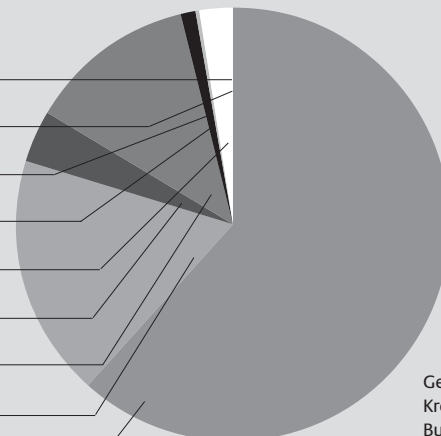
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Februar bei 10,0 % (nach 9,9 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den

Kreditaufnahme des Bundes bis März 2007 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. März 2007

- Medium Term Notes Treuhand (0,0 %)
- Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften (0,0 %)
- Finanzierungsschätze (0,3 %)
- Bundesschatzbriefe (1,1 %)
- Schulscheindarlehen (2,3 %)
- Unverzinsliche Schatzanweisungen (3,8 %)
- Bundesschatzanweisungen (11,8 %)
- Bundesobligationen (18,7 %)
- Anleihen (61,8 %)



Gesamte umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes
928,8 Mrd. €

Zeitraum Dezember 2006 bis Februar 2007 stieg auf 9,9 %, verglichen mit 9,7 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor ging im Euroraum von 11,3 % im Januar auf 10,7 % im Februar leicht zurück. Das Geldmengen- und Kreditwachstum bleibt damit auch weiterhin hoch. In Deutschland verminderte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls leicht von 3,2 % im Januar auf 2,8 % im Februar.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich März 62,6 Mrd. €. Davon wurden 57,7 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Marktpflegeoperationen, Schuldscheindarle-

hen sowie Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 31. März 2007 um 1,2 % auf 928,8 Mrd. € reduziert.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 49 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 32,6 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 4,1 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	13,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,4	0,1	0,7
Finanzierungsschätze	0,2	0,3	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,0	0,2	0,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,6	6,6	19,4	32,6

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,6	0,1	1,3	4,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137172 WKN 113 717	Aufstockung	18. April 2007	2 Jahre fällig 13. März 2009 Zinslaufbeginn: 13. März 2007 erster Zinstermin: 13. März 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	2. Mai 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Neuemission	23. Mai 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137180 WKN 113 718	Neuemission	13. Juni 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	20. Juni 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 5 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 31 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115038 WKN 111 503	Neuemission	16. April 2007	6 Monate fällig 17. Oktober 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115046 WKN 111 504	Neuemission	14. Mai 2007	6 Monate fällig 14. November 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115053 WKN 111 505	Neuemission	11. Juni 2007	6 Monate fällig 12. Dezember 2007	ca. 6 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Gesamtwirtschaftliche Dynamik dürfte sich im 1. Quartal – anders als zunächst erwartet – kaum abgeschwächt haben.
- Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzt sich fort.
- Verbesserte Lage am Arbeitsmarkt und nur verhaltener Preisniveaustieg dürften den privaten Konsum im Jahresverlauf begünstigen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem nahezu unvermindert kräftigen Aufschwung, der sowohl von inländischen als auch von ausländischen Wachstumskräften getragen wird. Die aktuellen Konjunkturindikatoren sind mehrheitlich aufwärts gerichtet. Zusammen mit der positiven Stimmung in den Unternehmen deutet dies darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im 1. Quartal trotz der Umsatzsteuersatzanhebung kaum abgeschwächt haben dürfte. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in einer weiteren Belebung des Arbeitsmarktes, insbesondere in einem deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, wider. Der Aufschwung führt damit zunehmend zu einer Verbesserung der Einnahmensituation bei Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften. So hat sich die positive Entwicklung des Lohnsteueraufkommens im März 2007 mit einer Zunahme um 8,4 % gegenüber dem Vorjahresergebnis weiter fortgesetzt. Bei der Umsatzsteuer zeigen sich im März die Auswirkungen der Erhöhung des Regelsatzes auf 19 % in vollem Umfang (+ 26,2 %), nachdem im Februar ein großer Teil des Zuwachses der Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf vorgezogene Einkäufe zum Jahresende zurückzuführen war. Auch die Einfuhrumsatzsteuer legte vor dem Hintergrund der Umsatzsteuersatzanhebung weiter deutlich zu (+ 15,2 %).

Die Konjunkturdaten signalisieren zusammen mit der weiterhin robusten Weltkonjunktur

eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs mit zunehmender Eigendynamik im Verlauf des Jahres. Die Indikatoren der Entstehungsseite weisen auf eine kräftige Entwicklung hin, aber auch verwendungsseitig sind die meisten Komponenten in ihrer Tendenz zum Teil deutlich aufwärts gerichtet. So stieg der Wert der Warenexporte im Februar merklich an (saisonbereinigt + 1,9 % gegenüber dem Vormonat). Damit scheinen nach Exportrückgängen im November und Dezember und der Stabilisierung im Januar die Ausfuhren wieder Fahrt aufzunehmen. Im Vorjahresvergleich stiegen die Exporte um beachtliche 12,1 %. Dabei war der Exportzuwachs in den Nicht-Euroraum der EU überdurchschnittlich stark (+ 18,0 %). Die deutschen Unternehmen profitieren insbesondere von dem Nachholbedarf der neuen Mitgliedsländer der EU. Hierbei schlug vor allem ein kräftiger Anstieg der Ausfuhren nach Polen (Daten liegen erst für Januar vor: + 26,8 % gegenüber dem Vorjahr) als dem wichtigsten Abnehmerland unter den neuen Mitgliedstaaten zu Buche. Ausfuhren in den Euroraum (+ 12,6 %) und in Drittländer (+ 8,0 %) entwickelten sich dagegen weniger dynamisch. Die Aufwärtsentwicklung der Exporte dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dafür spricht der kräftige Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland in der Industrie (Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt + 2,4 % gegenüber der Vorperiode), der von überdurchschnittlichen Großaufträgen bei den Investitionsgüterherstellern begünstigt wurde (saisonbereinigt + 4,8 %

gegenüber der Vorperiode). Dafür sprechen außerdem die – trotz Abschwächung der US-Wirtschaft – robuste Weltkonjunktur sowie die weiterhin hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Allerdings deuten die rückläufigen Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe (viermaliger Rückgang der ifo-Exportserwartungen in Folge) darauf hin, dass die Dynamik der Ausfuhrstätigkeit nicht mehr so stark sein dürfte wie im vergangenen Jahr. Risiken sind darüber hinaus in einer stärkeren Wachstumsabschwächung in den USA, in einer weiteren Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie einem weiteren Anstieg des Ölpreises zu sehen.

Die Entwicklung der Warenimporte in jeweiligen Preisen ist deutlich aufwärts gerichtet. So legten sie im Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt um 3,3 % gegenüber der Vorperiode zu. Die Vorjahresveränderung belief sich auf 10,2 %. Bei moderatem Importpreisanstieg deutet dies auf eine lebhaftere Binnennachfrage hin.

Diese zeigt sich ebenfalls in der außerordentlich günstigen Entwicklung der Industrieproduktion und der Auftragseingänge. Im Zweimonatsdurchschnitt wurde die Herstellung von Erzeugnissen merklich ausgeweitet (saisonbereinigt +1,5% gegenüber der Vorperiode). Das Expansionstempo ist damit deutlich stärker als im letzten Vierteljahr 2006. Vor allem die Produktion von Investitionsgütern (+ 3,3 %) und Vorleistungsgütern (+1,7%) zog kräftig an, während sich die Erzeugung von Konsumgütern verringerte (- 2,3 %). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Industrieproduktion saisonbereinigt um 8,2% an. Das Volumen der aus dem Handel mit Industrieprodukten erzielten Umsätze nahm im Ausland stärker als im Inland zu (Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt Ausland: + 3,1 %, Inland: +0,2%), wobei sowohl Auslands- als auch Inlandsumsätze eine deutlich aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz zeigen. Nach Gütergruppen entwickelten sich die Umsätze von Investitionsgütern im Ausland und von Vorleistungsgütern auf beiden Märkten sehr dynamisch. Dagegen hat sich der Umsatz von Investitionsgütern im Inland abgeschwächt. Die Abflachung könnte darauf hindeuten, dass es zu einem Lageraufbau kam. Der kräftige Anstieg der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern (+ 3,0 %) weist auf eine

rege Investitionstätigkeit im Jahresverlauf hin. Diese wird nicht nur durch die verbesserte Gewinnsituation, sondern vor allem auch durch die hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen sowie die noch bis zum Jahresende gültigen günstigen Abschreibungsregelungen von Ausstattungsinvestitionen begünstigt.

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Erholung weiter fortgesetzt. Die gute Wirtschaftslage und die für die Jahreszeit außergewöhnlich günstigen Witterungsbedingungen dürften die Aufwärtsentwicklung gefördert haben. So verzeichnete die Bauproduktion einen kräftigen Produktionsanstieg und erreichte das höchste Niveau seit März 2002 (Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt + 4,3 % gegenüber der Vorperiode). Die Aussichten für eine weitere Belebung in der Bauindustrie sind gut, denn auch die Auftragseingänge haben im Januar stark zugelegt (+ 15,4 %, Zweimonatsdurchschnitt + 4,0 %).

Insgesamt verläuft die Industriekonjunktur außerordentlich günstig. Von der zunächst erwarteten Konjunkturdelle im 1. Quartal ist bislang kaum etwas zu sehen gewesen. Zu diesem günstigen Konjunkturbild passt auch die optimistische Stimmung in den Unternehmen: Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im März wieder leicht angestiegen. Dabei wurden sowohl die Lage als auch die Erwartungen besser beurteilt als einen Monat zuvor.

Allerdings dürfte der private Konsum das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den ersten drei Monaten dieses Jahres gedämpft haben, wenn auch vermutlich weniger stark, als durch die Umsatzsteuersatzerhöhung erwartet worden war. So blieben im 1. Quartal starke Erhöhungen des Verbraucherpreisniveaus – auch dank gegenläufiger Effekte insbesondere seitens der Preise für Mineralölprodukte – aus. Bereits im Februar stiegen die Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen real saisonbereinigt + 1,3 % gegenüber dem Vormonat) wieder, wenn sie damit auch nur einen Teil des vorangegangenen Umsatzeinbruchs kompensieren konnten (Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt - 7,0 % gegenüber der Vorperiode). Für den weiteren Jahresverlauf sind die Aussichten auf Verbesserungen gut: Dafür sprechen die merkliche Stimmungsaufhellung der Einzelhändler (ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel) und der

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2.Q.06	3.Q.06	4.Q.06	2.Q.06	3.Q.06	4.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 186	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,5
jeweilige Preise	2 307	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,7
Einkommen								
Volkseinkommen	1 730	+ 3,3	- 0,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 3,3	+ 4,5
Arbeitnehmerentgelte	1 145	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	585	+ 7,3	- 1,9	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,2	+ 5,8	+ 10,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 486	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,1
Bruttolöhne und -gehälter	925	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 1,4	+ 1,0	- 1,8	- 0,5	+ 2,2	+ 0,7	- 0,5
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jan 07	Feb 07	Zwei- monats- durch- schnitt	Jan 07	Feb 07	Zwei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	- 14,0	.	+ 5,2	+ 17,9	.	+ 24,8
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	- 0,0	+ 1,9	- 0,0	+ 13,3	+ 10,9	+ 12,1
Waren-Importe	731	+ 16,5	- 1,8	+ 5,6	+ 3,3	+ 9,4	+ 10,9	+ 10,2
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	109,8	+ 5,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 7,2	+ 7,6	+ 7,4
Industrie ²	113,1	+ 6,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,5	+ 8,2	+ 8,2	+ 8,2
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,5	+ 4,2	+ 0,9	+ 4,3	+ 19,8	+ 18,8	+ 19,3
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	114,3	+ 7,2	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,4	+ 9,2	+ 7,6	+ 8,4
Inland	102,5	+ 4,9	- 0,2	+ 1,2	+ 0,2	+ 6,9	+ 6,5	+ 6,7
Ausland	133,3	+ 10,2	+ 3,5	- 0,4	+ 3,1	+ 12,2	+ 9,1	+ 10,6
Auftragseingang (Index 2000 = 100)³								
Industrie ³	119,0	+ 9,5	- 0,3	+ 3,9	+ 1,9	+ 6,8	+ 9,5	+ 8,2
Inland	105,5	+ 7,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,3
Ausland	135,8	+ 11,6	- 1,4	+ 6,8	+ 2,4	+ 5,6	+ 10,4	+ 8,0
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	+ 15,4	.	+ 4,0	+ 14,1	.	+ 1,1
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)³								
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	- 9,6	+ 1,3	- 7,0	- 2,7	- 2,3	- 2,5
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	- 2,6	- 0,3	- 1,4	+ 4,1	+ 2,5	+ 3,3
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jan 07	Feb 07	Mär 07	Jan 07	Feb 07	Mär 07
Erwerbstätige, Inland	39,11	+ 0,7	+ 44	+ 30	.	+ 543	+ 571	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 107	- 80	- 65	- 764	- 826	- 869
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahr		
			Jan 07	Feb 07	Mär 07	Jan 07	Feb 07	Mär 07
Importpreise	101,4	+ 4,3	- 0,7	+ 0,5	.	+ 0,7	+ 0,8	.
Erzeugerpreise gewerb. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,0	+ 0,3	.	+ 3,2	+ 2,8	.
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9
ifo-Geschäftsklima Gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Aug 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mär 07
Klima	+ 9,2	+ 9,1	+ 9,9	+ 12,8	+ 16,5	+ 14,9	+ 13,1	+ 14,5
Geschäftslage	+ 13,3	+ 18,4	+ 19,4	+ 23,4	+ 26,1	+ 21,1	+ 18,8	+ 20,5
Geschäftserwartungen	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,7	+ 7,4	+ 8,8	+ 7,6	+ 8,8

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ²Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen). ³Änderung des Berichtsfirmenkreises 2007 und 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005. Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

nur leichte Rückgang des GfK-Konsumklimaindex. Die Verbraucherstimmung war zwar durch die Umsatzsteuersatzanhebung belastet, jedoch ist eine Aufhellungstendenz erkennbar: Sowohl die Anschaffungsneigung als auch die Einkommenserwartungen haben zugelegt, während die Konjunkturerwartungen nahezu gleich blieben.

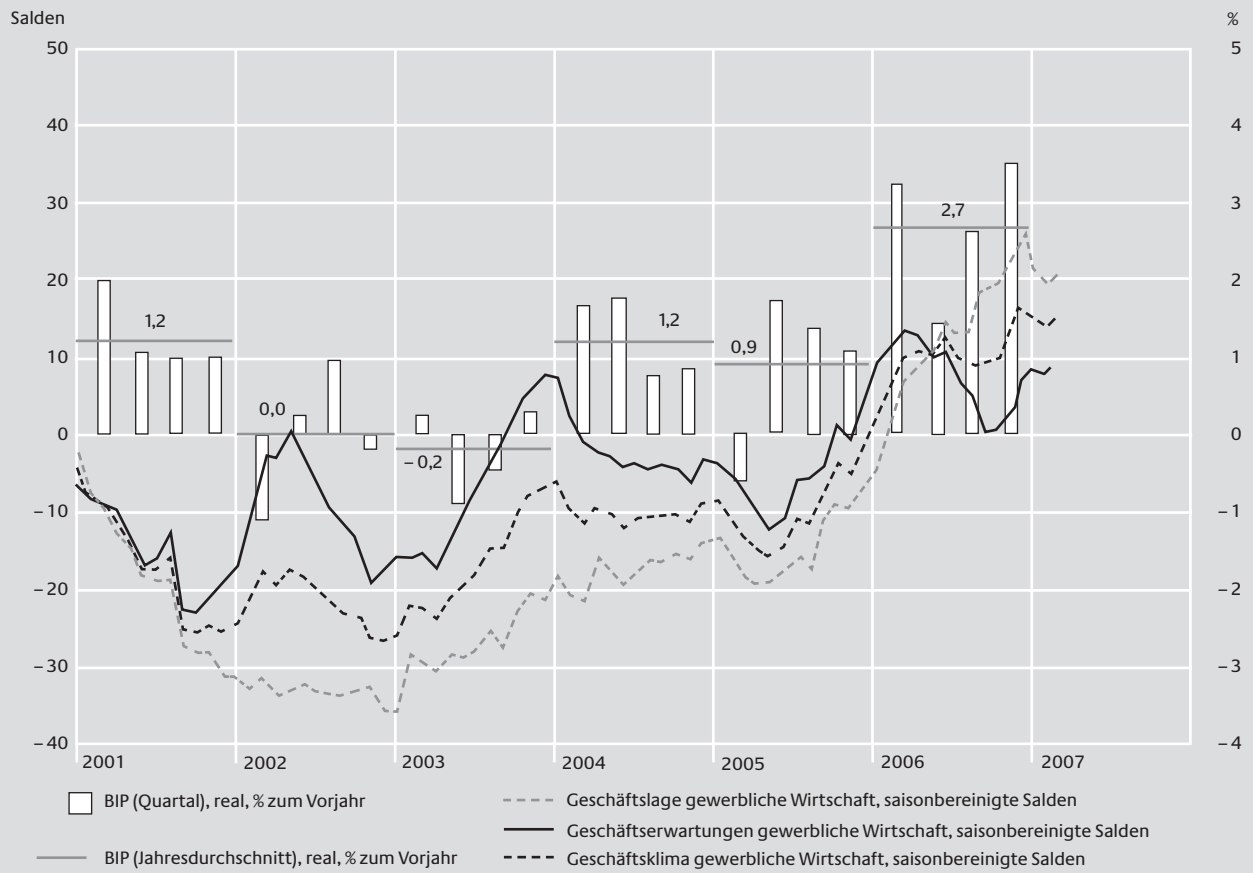
Des Weiteren dürften auch der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau und die damit einhergehenden Einkommensverbesserungen den privaten Konsum stützen. So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im März im Vergleich zum Vormonat um 65 000 Personen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging um 0,1 Prozentpunkte auf 9,2 % zurück. Nach Ursprungszahlen waren im März 4,11 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 869 000 weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept nahm im Februar saisonbereinigt um 30 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (+ 571 000 Erwerbstätige). Erfreulich ist dabei, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter aufgebaut wurde. Saisonbereinigt gab es im Januar einen Anstieg um ca. 109 000 Personen gegenüber dem Vormonat, der Vorjahresstand wurde um ca. 624 000 Personen übertroffen. Allerdings sind diese Zahlen noch vorläufig, die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung könnte durch das Hochrechnungsverfahren überzeichnet sein. Deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungsplus entfiel auf Vollzeitstellen. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistungen (und hier ein großer Teil bei Arbeitnehmerüberlassungen), aber auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Die vergleichsweise milde Witterung und das neue Saison-Kurzarbeitergeld haben zwar die sonst üblichen saisonal bedingten Belastungen gedämpft. Dass dennoch die Abnahme der Arbeitslosigkeit im März erheblich war, zeigt deutlich den Einfluss der konjunkturellen Belebung. Auch ein stärkerer Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente (Trainingsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten) sowie die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus dürften zu dem guten Märzergebnis beigetragen haben. Die zu erwartenden vermehrten Erweiterungsinvestitionen könnten auch in den kom-

menden Monaten eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften nach sich ziehen. Diese dürfte den Aufschwung in diesem Jahr unterstützen, da sie zusammen mit dem bisher moderaten Preisniveauanstieg eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums fördert.

So ist der Verbraucherpreisindex im März um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,3 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Die Jahresteuerrate wurde besonders durch höhere Kraftstoffpreise (+ 3,0 % gegenüber Vorjahr) und eine weitere Zunahme der Preise für Haushaltsenergie (Gas: + 8,5 %, Strom: 6,2 % Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: + 4,9 %) beeinflusst. Lediglich leichtes Heizöl war billiger als vor einem Jahr (- 8,8 %). Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um 2,0 %. Dagegen waren Preise für Unterhaltungselektronik und EDV-Geräte weiterhin rückläufig. Mögliche Effekte der Umsatzsteuersatzerhöhung werden durch gegenläufige Tendenzen überdeckt. Auch dürfte die Steuersatzerhöhung noch nicht vollständig überwältigt worden sein. Trotz Umsatzsteuersatzanhebung liegt der Verbraucherpreisanstieg in Deutschland noch unterhalb der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von 2 %. Deutschland ist damit Stabilitätsanker im Euroraum.

Bei den Importpreisen wirkten vor allem sinkende Preise für Rohöl und Mineralölprodukte dämpfend auf die Preisentwicklung. So ist der Importpreisindex im Februar um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,5 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Die anhaltende Verteuerung der Nicht-Eisen-Metalle und von deren Halbzeug (+ 19,5 %) ist nach wie vor die wesentliche Ursache für den Anstieg der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich. Importpreise für Energieprodukte (- 5,7 %) wirkten dagegen dämpfend (rohes Erdöl - 9,5 % und Mineralölerzeugnisse - 9,3 %). Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuerrate 2,0 %. Im Vormonatsvergleich verteuerten sich allerdings Erdöl und Mineralölerzeugnisse, nachdem sie im Januar noch Preisrückgänge verzeichnet hatten.

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Februar 2007 vor.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Februar 2007 werden zusammen mit den Daten für Januar 2007 im Statistikeil (siehe Seite 101 ff.) aufgeführt.

Auf die grafischen Darstellungen der Zuwachs- und Veränderungsraten wurde verzichtet, da die Werte für die ersten beiden Monate des Jahres noch keine Aussagekraft haben.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN vom 27. März 2007

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Der ECOFIN-Rat hat sich bei seiner Sitzung am 27. März in einer zweiten Runde – nach der Februar-Tagung – mit den aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen einer weiteren Gruppe von Mitgliedstaaten befasst. Zu den Stabilitätsprogrammen der Euro-Mitgliedstaaten Spanien und Belgien sowie zu den Konvergenzprogrammen der Staaten Lettland, Rumänien und Bulgarien, welche den Euro noch nicht eingeführt haben, hat der Rat Stellungnahmen angenommen. Auch für diese Ländergruppen wurde die Aufforderung, gute wirtschaftliche Zeiten fiskalisch zu nutzen, erneuert. Bei einigen Ländern wurde die Empfehlung zur Vermeidung prozyklischer Fiskalpolitik besonders betont.



Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union

Prioritäten des Rates für den Haushaltsplan 2008

Im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens hat der Rat Leitlinien für den Haushalt 2008 verabschiedet. Diese stellen den Ausgangspunkt für den alljährlichen Haushaltsplan dar und formulieren qualitative Richtgrößen für die später folgende quantitative Haushaltsaufstellung. Besondere Bedeutung wurde für das Jahr 2008 der Verfeinerung der Verfahren für eine realistische Budgetierung sowie den dezentralisierten Agenturen beigemessen. Zwei Prioritäten hält der Rat in seinen Schlussfolgerungen fest: Erstens: Alle Organe werden unter der Maßgabe des Abbaus von Bürokratiekosten dazu angehalten, Kosten-

Nutzen-Analysen ihrer Verwaltungsressourcen vorzunehmen, insbesondere im Hinblick auf Personalbedarfe. Zweitens: Vor Einrichtung neuer Agenturen soll eine gründliche Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden, bei bestehenden Agenturen eine Überbudgetierung vermieden und die Gesamtstrategie auf der Basis eines Kommissionsberichts überprüft werden.

Fortschrittsbericht über den Aktionsplan der Kommission für einen integrierten internen Kontrollrahmen

Die Kommission hat dem ECOFIN-Rat ihren Fortschrittsbericht über den Aktionsplan für einen integrierten internen Kontrollrahmen vorgestellt. Die Kommission stellte in diesem reinen Informationspunkt die Umsetzung des Aktionsplans dar, der Maßnahmen zur Verbesserung der Mittelverwendung bei Kommission und Mitgliedstaaten vorsieht. Ziel des Aktionsplans ist es, vom Europäischen Rechnungshof die so genannte Zuverlässigkeitserklärung, eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge, zu erlangen, die bisher noch nie erteilt wurde. Der Fortschrittsbericht wurde an die zuständigen Gremien zur weiteren Prüfung überwiesen. Der ECOFIN-Rat wird sich dann zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls unter deutscher Präsidentschaft mit dem Thema befassen.

Finanzmarkt

Richtlinie über die aufsichtliche Beurteilung des Erwerbs im Finanzsektor

Der ECOFIN-Rat hat bei der Richtlinie zur aufsichtlichen Beurteilung des Erwerbs und der Erhöhung von Beteiligungen im Finanzsektor, der so genannten Beteiligungsrichtlinie, eine politische Einigung erzielt. Zuvor hatte bereits das Europäische Parlament einem Gesamtkompromiss zugestimmt. Nach Abschluss der juristisch-linguistischen Prüfung kann der Rat die

Richtlinie verabschieden. Die Richtlinie trägt unmittelbar zur Stärkung des Binnenmarktes im Bereich der Finanzdienstleistungen bei. Den Kern bilden transparente, EU-weit harmonisierte Vorschriften für nationale Aufsichtsbehörden, die das Genehmigungsverfahren bei grenzüberschreitenden Fusionen und Beteiligungskäufen zeitlich und inhaltlich straffen. Dies materialisiert sich etwa in einheitlichen Fristen und Prüfkriterien bei Genehmigungsverfahren sowie in der eindeutigen Abgrenzung von Kompetenzen und der besseren Zusammenarbeit zwischen nationalen Aufsichtsbehörden.

Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt

Die Zahlungsdiensterichtlinie bildet die rechtliche Grundlage für EU-weit einheitliche Zahlungsprodukte. Nachdem die deutsche Präsidentschaft im Trilog mit Europäischem Parlament und Kommission einen Kompromisstext abgestimmt hatte und auf Arbeitsebene Detailfragen geklärt werden konnten, hat sich der Rat nun einstimmig auf den Entwurf einer Zahlungsdiensterichtlinie verständigt. Gleiche rechtliche Bedingungen für den Zahlungsverkehr in der Europäischen Union schaffen die Voraussetzungen, den in 27 Mitgliedstaaten zersplitterten Zahlungsverkehr so zu harmonisieren, dass jede grenzüberschreitende Zahlung in der EU wie eine Inlandszahlung behandelt werden kann. Dadurch können einerseits grenzüberschreitende Transaktionen rascher abgewickelt werden, andererseits erhöht die einheitliche Rechtsgrundlage die Transparenz und Sicherheit der Zahlungsdienste. Stimmt das Europäische Parlament im April für die Richtlinie sowie damit verbundene Änderungen bestehender Richtlinien, können Finanzdienstleister einheitliche Zahlungsprodukte termingerecht zum 1. Januar 2008 anbieten.

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 20./21. April 2007 – Informeller ECOFIN in Berlin
- 7./8. Mai 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 18./19. Mai 2007 – G 8-Finanzministertreffen in Potsdam
- 4./5. Juni 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 6. bis 8. Juni 2007 – G 8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm
- 21./22. Juni 2007 – Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2008

- 8. bis 11. Mai 2007 – Steuerschätzung
- bis 15. Juni 2007 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2007 – Finanzplanungsrat
- 22. Juni 2007 – Zuleitung an Kabinett
- 27. Juni 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Mai	April 2007	23. Mai 2007
	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht** – Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen
- Klarsicht** – Einkommen- und Lohnsteuer (nur online verfügbar)

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen
 Referat Bürgerangelegenheiten
 11016 Berlin
 buergerreferat@bmf.bund.de
 www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
 telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)
 per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Finanzpolitische Konferenzen und Workshops im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft



- 15./16. Mai 2007 – „Internationale Steuerkonferenz - Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)“ in Berlin, Veranstalter: BMF, ZEW sowie Max-Planck-Institut Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht
24. Mai 2007 – Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ in Berlin, Veranstalter: BMF und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Internationale Steuerkonferenz – Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

Datum: 15./16. Mai 2007

Ort: Großer Saal im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht

Dienstag, 15. Mai 2007

10.00 – 10.30	Eröffnung der Internationalen Steuerkonferenz durch den Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück
10.30 – 11.00	Vorstellung des 2. Fortschrittsberichts zur GKKB durch EU-Kommissar László Kovács
11.00 – 11.30	Kaffeepause
11.30 – 12.15	Konzept und Notwendigkeit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage – eine wissenschaftliche Einführung Vortrag: Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim/ZEW)
12.15 – 13.45	Mittagspause
13.45 – 15.45	Panel 1 – Der steuerpflichtige Unternehmensgewinn – gemeinsame Strukturelemente Vorsitz: Prof. Dr. Wolfgang Schön, Max-Planck-Institut
	Redner 1: Dr. Dr. Gunter Mayr, Finanzministerium Österreich Redner 2: Dr. Krister Andersson, Tax Committee UNICE Dr. Martina Baumgärtel, Comité Européen des Assurances Christian Comolet-Tirman, Ministère de l'Économie, des finances et de l'industrie Prof. Dr. Peter Essers, University of Tilburg Malcolm Gammie QC, Institute for Fiscal Studies
15.45 – 16.15	Kaffeepause

16.15 – 18.15

Panel 2 – Internationale Aspekte, Konsolidierung & Aufteilung
Vorsitz: Florian Scheurle, Bundesministerium der FinanzenRedner 1: Prof. Dr. Ulrich Schreiber, Universität Mannheim/ZEW
Redner 2: Prof. Jack Mintz, NYU Law SchoolMary Bennett, OECD Tax Treaty and Transfer Pricing Forum
Bruno Gibert, EU Joint Transfer Pricing Forum
Prof. Dr. Michael Lang, Vienna University of Economic and Business Administration
Ivar Nordland, Danish Ministry of Taxation**Mittwoch, 16. Mai 2007**

10.00 – 12.00

Panel 3 – Administrative Aspekte
Vorsitz: Dr. Wolfgang Nolz, Finanzministerium ÖsterreichRedner 1: Ernst Czakert, Bundesministerium der Finanzen
Redner 2: Theo Keijzer, Shell International BVPhilip Baker QC, Gray's Inn Tax Chambers
Miklós Kok, Hungarian Tax and Financial Control Administration
Dr. Matthias Mors, Europäische Kommission
Prof. Dr. Marie Teresa Soler Roch, Universität Alicante

12.00 – 12.30

Kaffeepause

12.30 – 13.00

Schlussfolgerungen

durch Staatssekretär Dr. Axel Nawrath, Bundesministerium der Finanzen

<http://www.eu2007.de>

Die Konferenz richtet sich an einen feststehenden Teilnehmerkreis. Im Anschluss an die Konferenz werden die Ergebnisse in einem Tagungsband veröffentlicht und im Internet abrufbar sein.

Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft

Konferenzprogramm

Datum: 24. Mai 2007

Ort: Großer Saal im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

11.00	Begrüßung und Eröffnung Dr. Barbara Hendricks, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen
Moderation: Dr. Christian Kastrop, BMF	
11.20	Tax Revenues: Recent Developments and Economic Issues Jan-Host Schmidt, Europäische Kommission
12.15	Mittagspause
13.00	Ertragsabhängige versus ertragsunabhängige Steuern Prof. Dr. Clemens Fuest, Universität zu Köln
13.45	Zur fiskalischen Wettbewerbsfähigkeit von Nationalstaaten Prof. Dr. Kai A. Konrad, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Freie Universität Berlin
14.30	Kaffeepause
Moderation: Prof. Kai A. Konrad; WZB	
15.00	Future of Indirect Taxation (tbc) Prof. Michael Keen, Internationaler Währungsfonds
15.45	Pressures on EU Tax Systems and Options for Reform Prof. Peter Birch Sørensen, PhD, Universität Kopenhagen
Moderation: Dr. Albert Peters, BMF	
16.30	Panel

<http://www.wz-berlin.de/mp/conf/wzb-bmf07/default.de.htm>





Analysen und Berichte

Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit	43
Bericht zur Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“, 22. und 23. März 2007 im Bundesministerium der Finanzen	57
Gesundheitsreform 2007	59
Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union	67

Finanzpolitische Aspekte europäischer Forschungs- und Technologiepolitik

1	Entwicklung der finanzpolitischen Bedeutung europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	37
2	Rechtliche Grundlagen europäischer Forschungs- und Technologiepolitik	39
3	7. Forschungsrahmenprogramm – Konzeption und Finanzvolumen	40
4	Finanzpolitische Auswirkungen der EU-Forschungspolitik auf Deutschland	41

- Start des 7. Forschungsrahmenprogramms mit Finanzvolumen von 54,4 Mrd. € zum 1. Januar 2007.
- Mittelaufstockung für europäische Forschungs- und Technologiepolitik unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm um 60 % auf Jahresbasis unterstreicht die immer wichtigere Rolle dieses Politikbereichs für die EU.
- Deutsche Forschungslandschaft ist gut aufgestellt, um unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm eine prozentuale Rückflussquote in Höhe des anteiligen Beitrags Deutschlands zum EU-Haushalt zu erreichen.

1 Entwicklung der finanzpolitischen Bedeutung europäischer Forschungs- und Technologiepolitik

Nach der im Vertrag von Amsterdam (1997) getroffenen Übereinkunft werden alle von der EU finanzierten Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschungsförderung und technologischen Entwicklung unter dem Dach des „Gemeinschaftlichen Rahmenprogramms Forschung“ (FRP) zusammengefasst.

Unter deutscher EU-Präsidentschaft ist im 1. Halbjahr 2007 das inzwischen 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm gestartet worden, das den Zeitraum von 2007 bis 2013 umfasst und finanzielle Mittel in Höhe von 54,4 Mrd. € bereitstellt.

Grundsätzlich unterscheidet sich das 7. FRP von seinen Vorgängerprogrammen finanzpolitisch vor allem unter zwei Gesichtspunkten: erstens durch die Verlängerung der Programm-

laufzeit von vier auf sieben Jahre – und damit auf eine Programmlänge, die die Gesamtlauzeit der Finanziellen Vorausschau der Europäischen Union abdeckt – und zweitens durch die im Vergleich zum 6. FRP (Laufzeit 2002 bis 2006) auf Jahresbasis um 60 % aufgestockten finanziellen Mittel.

Mit der Verlängerung der Programmlaufzeit auf eine forschungspolitisch strategisch sinnvolle Zeitspanne und durch die erhebliche Mittelaufstockung unterstreicht die EU, dass sie es mit den im Rahmen der Lissabon-Strategie vereinbarten Zielen, Europa bis zum Jahr 2010 zu einem der weltweit innovativsten und wachstumstärksten Wirtschaftsräume zu machen, ernst meint und dass dabei Forschung, Entwicklung und Innovation eine zentrale Rolle einnehmen.

Aus der Lissabon-Strategie abgeleitetes Unterziel für den Bereich Forschung und Entwicklung ist es, europaweit den Anteil der Forschungsausgaben bis 2010 auf insgesamt 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern, $\frac{1}{3}$ davon soll vom öffentlichen Sektor getragen

werden, $\frac{2}{3}$ von privaten Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Für den öffentlichen Anteil sind nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten in der Pflicht, sondern auch die EU als Ganzes stellt sich der Herausforderung mit dem 7. FRP. Denn Fortschritte in der Forschung sind in

vielen Bereichen nur effizient zu erreichen, wenn Forschung grenzüberschreitend ist, kostenintensive Infrastruktur innerhalb der EU gemeinsam bereitgestellt und genutzt wird und Forschungsverbände eine Mindestgröße erreichen.

Abbildung 1: Entwicklung des Budgets der Forschungsrahmenprogramme 1 bis 7 in absoluten Zahlen

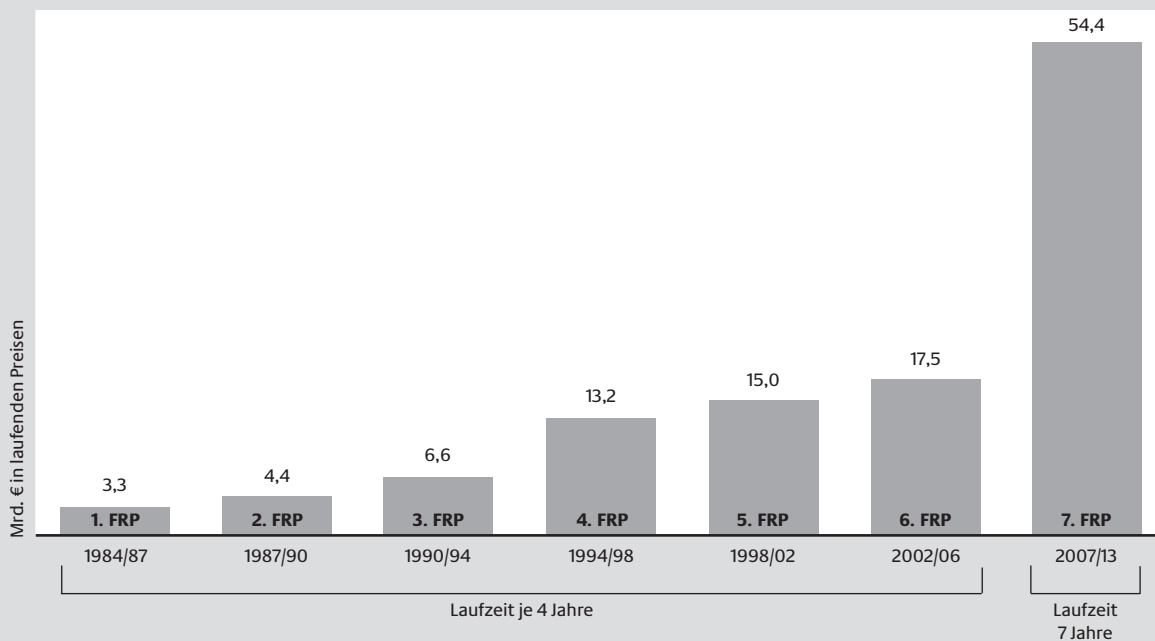
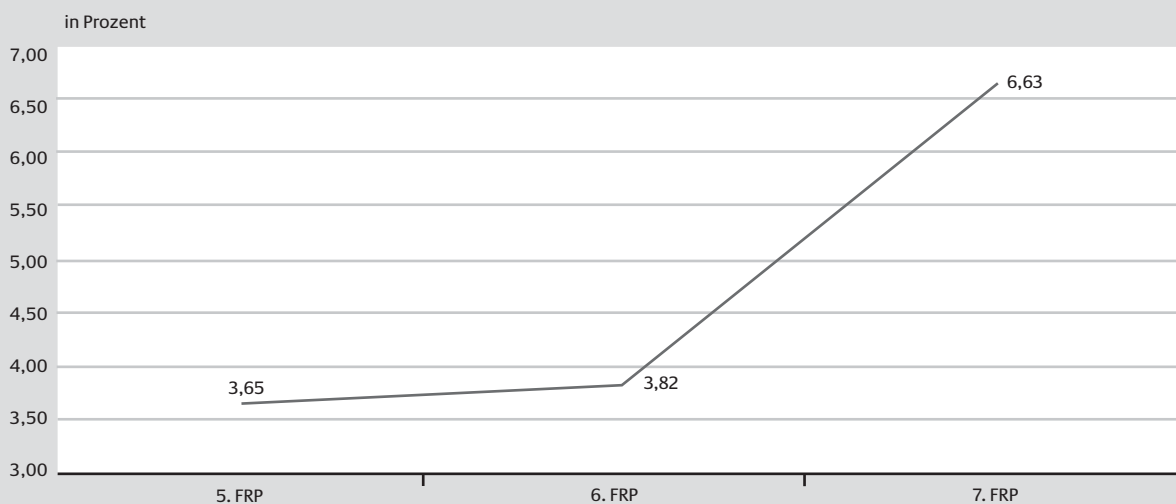


Abbildung 2: Entwicklung des prozentualen Anteils des Forschungshaushalts am EU-Haushalt



Die Abbildungen 1 und 2 (siehe S. 38) verdeutlichen, dass das Forschungsbudget nicht nur in absoluten Zahlen deutlich gewachsen ist, sondern dass es auch relativ eine immer wichtigere Rolle im Rahmen des EU-Haushalts einnimmt. Diese Entwicklung wird von Deutschland aktiv gefördert, denn verstärkte Budgetallokation in zukunftsweisende Politikbereiche spiegelt die von der Bundesregierung auch im nationalen Budget verfolgte Strategie einer gestaltenden Finanzpolitik.

Allerdings erschöpft sich der Ehrgeiz der Bundesregierung nicht allein in einer verstärkten Mittelallokation in zukunftsweisenden Politikbereichen. Ebenso wichtig ist – genau wie in der nationalen Finanzpolitik – die stärkere Betonung des mit dem gegebenen Mitteleinsatz erzielten Outputs, d.h. es wird verstärkt auf die Qualität und die Zielerreichung geachtet, wozu z.B. eine klarere Abgrenzung von Förderinstrumenten beiträgt.

2 Rechtliche Grundlagen europäischer Forschungs- und Technologiepolitik

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 (Art. 24 EEA) wurde mit dem Titel „Forschung und technologische Entwicklung“ erstmals eine ausdrückliche forschungspolitische Kompetenz der EG geschaffen.

Heute ist das Kernstück bei der Umsetzung der europäischen Forschungspolitik der Erlass mehrjähriger Rahmenprogramme, die im Wege des Mitentscheidungsverfahrens gemäß Art. 251 EG-Vertrag durch den Rat und das Europäische Parlament gemeinsam im Wege eines Beschlusses verabschiedet werden (Art. 166 Abs. 1 EG-Vertrag). Als zweite operative Ebene der Forschungspolitik wird durch so genannte spezifische Programme festgelegt, welche konkreten Maßnahmen zur Erreichung der in den einzelnen Aktionsbereichen des Rahmenprogramms definierten Ziele eingeleitet werden sollen. Anders als das Grundgerüst des Rahmenprogramms werden diese spezifischen Ziele vom Rat beschlossen und das Europäische Parlament (EP) besitzt lediglich Anhörungsrecht.

Art. 163 EG-Vertrag definiert als allgemeine Ziele der Politik der Forschung und technologischen Entwicklung der Gemeinschaft die Stärkung der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der europäischen Industrie und die Förderung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Unterstützung anderer Politikbereiche der EU. Art. 163 Abs. 2 EG-Vertrag und Art. 164 EG-Vertrag dienen der Präzisierung der Ziele und der Zuweisung konkreter Aufgaben im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik an die Gemeinschaft, die die Aktionen der Mitgliedstaaten ergänzen.

Neben den aus dem EU-Haushalt finanzierten Forschungsrahmenprogrammen wird die europäische Forschung über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus durch COST und EUREKA gefördert. Beide Programme zielen in erster Linie auf die Verbesserung der Kooperation zwischen europäischen Forschungsinstitutionen und Wissenschaftlern sowie auf eine verstärkte grenzübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet anwendungsnaher, technologischer

Forschung und Entwicklung für zivile Zwecke ab. Im Gegensatz zu den Rahmenprogrammen sind COST und EUREKA allerdings nicht mit EU-Mitteln ausgestattet, sondern rekurrieren auf die in den Mitgliedstaaten, im Falle Deutschlands durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, aufgelegten nationalen Forschungsförderungsprogramme.

3 7. Forschungsrahmenprogramm – Konzeption und Finanzvolumen

Der Start des 7. FRP der EU zum 1. Januar 2007 setzt sowohl in finanzieller als auch in forschungspolitischer Hinsicht neue Akzente in der internationalen Forschungszusammenarbeit, die zunehmend als zentraler Punkt der Gemeinschaftspolitiken betrachtet wird. Das Gesamtvolumen beträgt nun 54,4 Mrd. €, davon rund 4 Mrd. € für EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft), und gliedert sich in vier spezifische Programme:

- Der Bereich „Kooperation“ stellt mit einer finanziellen Ausstattung von 32,4 Mrd. € die Hauptsäule des 7. FRP dar. Gefördert werden grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zwischen Universitäten, Industrie und Forschungszentren. Thematisch sind die zehn vorgegebenen Forschungsbereiche: Gesundheit, Lebensmittel/Landwirtschaft/Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanowissenschaften/Nanotechnologien und neue Werkstoffe, Energie, Umwelt (inkl. Klimawandel), Transport (inkl. Luftfahrt), Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, Sicherheitsforschung, Weltraum.
- Der Bereich „Ideen“ mit einem Finanzvolumen von 7,5 Mrd. € setzt sich zum Ziel, die Spitzenkompetenz der europäischen Forschung zu stärken und Europa sowohl für Spitzenforscher als auch für Forschungsinvestitionen attraktiver zu machen. Der in diesem spezifischen Programm eingerichtete European Research Council (ERC) konzentriert sich auf die Förderung von Grundlagenforschung.
- Das spezifische Programm „Menschen“, ausgestattet mit 4,7 Mrd. €, soll unter dem Label „Marie-Curie-Maßnahmen“ das Humanpotenzial in der Forschung maximal ausschöpfen. Konkret soll Interesse am Forscherberuf geweckt werden und Forscher sollen aus Europa und von außerhalb angeworben werden.
- Der vierte Programmteil „Kapazitäten“ ist mit 4,2 Mrd. € ausgestattet und soll durch gezielte Förderung von Forschungsinfrastrukturen und Forschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung verbessern.

Mit weiteren 1,7 Mrd. € wird eine Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) finanziert, deren Aufgabe die kundenbezogene wissenschaftliche und technische Unterstützung bei der Planung, Entwicklung, Implementierung und Evaluation von EU-Politiken ist.

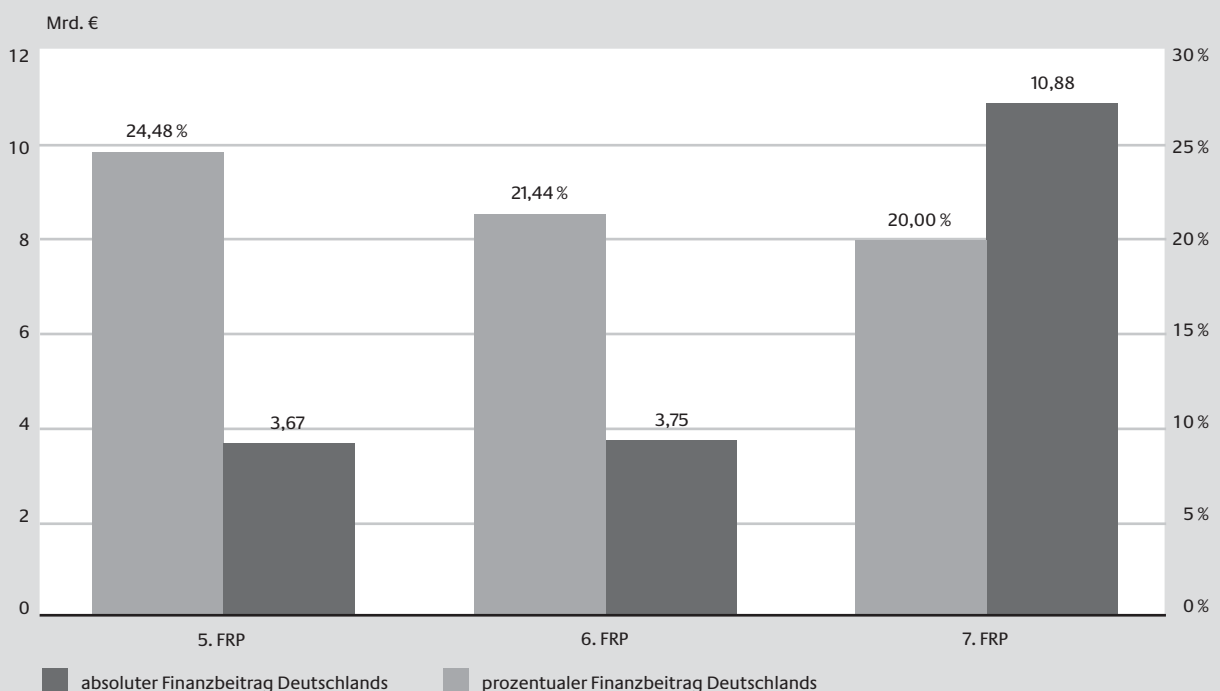
Erstmalig werden FRP-Mittel auch mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) verzahnt, um gemeinsam eine neue Kreditfazilität aufzulegen. FRP-Mittel aus den spezifischen Programmen „Kooperation“ (800 Mio. €) und „Kapazitäten“ (200 Mio. €) sowie EIB-Mittel in der Größenordnung von ebenfalls 1 Mrd. € werden unter der „Risk-Sharing-Finance-Facility“ die Bereiche Innovation und Grundlagenforschung durch Bereitstellung von Risikokapital zusätzlich stärken.

Auch das in Gründung befindliche Europäische Technologie-Institut (European Institute of Technology, EIT) wird sinnfälligerweise vor allem aus dem Etat des 7. FRP finanziert werden müssen. Derzeit sind allerdings noch keine Mittel in nennenswertem Umfang im EU-Forschungshaushalt für das Institut vorgesehen.

4 Finanzpolitische Auswirkungen der EU-Forschungspolitik auf Deutschland

Der von Deutschland prozentual zu leistende Beitrag zum EU-Haushalt ist in den letzten Jahren mit voranschreitender Angleichung der Wirtschaftskraft unter den EU-15-Ländern und mit einer vergrößerten Zahl von Mitgliedstaaten von über 30 % im Jahre 1992 auf zuletzt 20,3 % (2006) zurückgegangen – allerdings bei gleichzeitig absolut gestiegenem Beitrag aufgrund des deutlich größeren Volumens des EU-Haushalts. BMF-Projektionen gehen davon aus, dass der deutsche prozentuale Beitrag zum EU-Haushalt für den Gültigkeitszeitraum der Finanziellen Vorausschau (2007 bis 2013) um die 20 % oszillieren wird. Heruntergebrochen auf die Forschungspolitik heißt dies, dass von budgetierten Gesamtvolumen des 7. FRP von 54,4 Mrd. € auf Deutschland über die Programmdauer hinweg ein rechnerischer Beitrag von 10,9 Mrd. € entfällt.

Abbildung 3: Anteilige und absolute Finanzbeiträge von Deutschland an den Forschungsprogrammen FRP 5 bis 7



Fraglich bleibt zwar, ob die Aufnahmestrukturen der europäischen Forschungslandschaft in der Lage sein werden, den starken Mittelanstieg von 60 % auf Jahresbasis zu absorbieren oder ob Mittel in größerem Umfang nicht abgerufen werden können. Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass die Mittel des 6. FRP durchschnittlich um das Fünffache überzeichnet waren, insofern also weitere Absorptionskapazitäten vermutet werden können. Gleichzeitig werden unter dem 7. FRP eine Reihe neuer Förderinstrumente eingeführt, wie insbesondere die JTIs (Joint-Technology-Initiatives) in die zusätzliche Finanzmittel fließen werden. Und schließlich wurde die maximal mögliche Förderquote für viele Einrichtungstypen (z.B. KMU und Forschungszentren) von 50 % auf 75 % erhöht und die einzelnen Projekte können damit mehr Fördermittel auf sich ziehen.

Eng mit der Höhe der Mittelabflüsse verbunden ist die Frage der nationalen Rückflussquoten unter dem 7. FRP. Dabei ist zu vermuten, dass Deutschland, wie andere EU-Länder mit einer breiten und tiefen Forschungslandschaft, Rückflüsse in angemessener Höhe erreichen kann, wofür auch die im 7. FRP gewählten programmatischen Schwerpunkte für den Hochtechnologiestandort Deutschland tendenziell vorteilhaft sind.

Positiv dürfte sich auch die von der Bundesregierung ressortübergreifend verfolgte „Hightech-Strategie für Deutschland“ auswirken, denn die bis 2009 von der Bundesregierung unter dieser Initiative zur Verfügung gestellten insgesamt rund 15 Mrd. € für Spitzentechnologien und technologieübergreifende Querschnittsmaßnahmen stärken die Absorptionsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft für FRP-7-Mittel. Hinzu kommen weitere 6 Mrd. € zusätzlicher Mittel unter dem Programm „Neue Impulse für Wirtschaft und Wachstum“, die in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, insbesondere Innovationen und Märkte von morgen, investiert werden und weitere Synergieeffekte mit den Mitteln des 7. FRP erwarten lassen.

Und schließlich dürfte sich in Bezug auf die Rückflussquote positiv auswirken, dass die Bundesregierung besonders auf die Kompatibilität der spezifischen Programme unter dem

7. FRP mit der deutschen Forschungs- und Industriestruktur hingewirkt hat. Beispielsweise ist die von Kommission und EIB gemeinsam lancierte „Risk-Sharing-Finance-Facility“, mit der Grundlagenforschung und Innovation sowie deren Verwertung in marktgängigen Produkten durch die Bereitstellung von Risikokapital gefördert werden sollen, ausdrücklich auch auf den Bereich der KMU zugeschnitten worden, was der durch kleinere innovative Unternehmen gekennzeichneten Industriestruktur in Deutschland entgegenkommt wird.

Trotz der gut aufgestellten deutschen Forschungslandschaft wird der Wettbewerb um die europäischen Forschungsmittel sicherlich härter, denn die Union ist größer geworden und die osteuropäischen Länder haben in vielen Bereichen großen Nachholbedarf bezüglich des Ausbaus ihrer Forschungsinfrastruktur und konnten bereits unter dem 5. und 6. FRP, an denen sie als Beitrittskandidaten bereits teilnehmen durften, ihre Absorptionskapazitäten für Mittelzuflüsse unter dem 7. FRP ausbauen. Dennoch ist davon auszugehen, dass Deutschland unter dem 7. FRP etwa eine Rückflussquote in der Größenordnung der Rückflussquote des 6. FRP (rd. 19 %, nach rd. 18 % unter dem 5. FRP) erreichen kann, was damit ungefähr dem deutschen Beitrag zum EU-Haushalt entsprechen würde.

Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit

Forschungsbericht des ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit der Universität Salzburg und der Ludwig-Maximilian-Universität München¹

1	Einleitung	43
2	Zwei unterschiedliche Erklärungsansätze für Reformwiderstände	44
3	Reformstau und Grundeinsichten der „Behavioural Economics“	45
4	Empirische Einsichten über reformbegünstigende Faktoren	48
5	Erzeugen Reformen Optimismus bei Konsumenten und Investoren?	49
6	Reformakzeptanz im Sozialstaat und die Bedeutung sozialer Normen	50
7	Reformakzeptanz im Steuersystem	52
8	Reformstrategie und Kommunikationspolitik	53
9	Schlussfolgerungen	55

- Die Politik ist oftmals mit dem Problem konfrontiert, dass von Experten als vorteilhaft empfohlene Reformen in der Öffentlichkeit auf Ablehnung stoßen.
- Psychologische und verhaltensökonomische Erklärungsansätze sind zum Verständnis von Reformwiderständen hilfreich.
- Reformstrategien und die reformbegleitende Kommunikation sollten berücksichtigen, dass die Meinungsbildung über Reformen nicht allein ökonomischer Rationalität folgt.

1 Einleitung

Unternehmen sind gezwungen, sich ständig an ändernde Marktbedingungen anzupassen, um erfolgreich zu bleiben. Dies gilt analog auch für Staaten: Der demografische Wandel, technologische Innovationen oder auch steigende Faktormobilität erzwingen heute eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung nationaler Institutionen. Die Reformfähigkeit eines Landes ist somit mitentscheidend für die Wachstums- und Beschäftigungschancen einer Volkswirtschaft geworden.

Die Politik sieht sich dabei mit dem Problem konfrontiert, dass Veränderungen immer wie-

der auf massiven Widerstand in der Öffentlichkeit stoßen. Dies kann sogar dann geschehen, wenn aus Expertensicht bestimmte Reformen auf Dauer weiten Kreisen der Bevölkerung einen Wohlstandszuwachs ermöglichen würden. Phänomene, die unter der Überschrift des „Reformstaus“ diskutiert werden, können die Folge sein: eine wachsende Divergenz zwischen den notwendigen institutionellen Anpassungen und der Fähigkeit der Politik, diese Reformen abzuarbeiten.

Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen hat sich ein Team von Volkswirten und Psychologen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, der

¹ Der Forschungsbericht und der vorliegende Beitrag wurden von Friedrich Heinemann, Peter Westerheide (ZEW Mannheim), Michael Förg (LMU München) und Eva Jonas (Universität Salzburg) erarbeitet.

Universität Salzburg, der Universität Duisburg und der LMU München mit den Bestimmungsgründen der Reformfähigkeit beschäftigt. Dabei wurde verhaltenswissenschaftlichen Einsichten, wie sie in den letzten Jahren zunehmend auf dem Gebiet der so genannten „Behavioural Economics“ Eingang in die Wirtschaftswissenschaften gefunden haben, besondere Beachtung geschenkt. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse dieses Forschungsprojekts zusammengefasst.

2 Zwei unterschiedliche Erklärungsansätze für Reformwiderstände

Reformwiderstände lassen sich mit Hilfe gänzlich unterschiedlicher Ansätze erklären. Traditionell werden in der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse Erklärungen betrachtet, die am Grundmodell des rational agierenden homo oeconomicus festhalten. In diesen, der Annahme vollständiger Rationalität verpflichteten Ansätzen lehnen Menschen Reformen deshalb ab, weil sie auf Basis eines nutzenmaximierenden Kalküls konstatieren, dass der Status quo für sie im Vergleich zum Reformszenario vorteilhafter ist. Die Theorie der Interessengruppen etwa zeigt, dass unter Umständen auch eine Minderheit von Reformverlierern Veränderungen blockieren kann, wenn diese Minderheit besonders gut organisiert und damit politisch einflussreicher ist als die Mehrheit (der Reformgewinner). Weitere rationale Erklärungen verweisen auf die Rolle von Unsicherheit und Risikoscheu: Der Status quo kann gegenüber Reformoptionen einfach deshalb attraktiver sein, weil die nach Reformen eintretenden Zustände mit höherer Unsicherheit verbunden sind. Wenn dies der Fall ist und Wähler risikoavers sind, dann können Reformen sogar dann auf Ablehnung stoßen, wenn sie mit einem höheren Erwartungswert für das Einkommen oder die Beschäftigung verbunden sind. Weitere Erklärungen für Reformstau, die mit der Rationalitätsannahme vereinbar sind, verweisen auf kostspielige Informationsprozesse: Wähler sind demnach „rational ignorant“ in Bezug auf die Vorteilhaftigkeit von Reformen, weil sie schlecht informiert sind und keinen individuellen Anreiz haben, sich über die Konsequenzen verschiedener Reformoptionen eingehend zu informieren.

All diese „Rational-choice“-Ansätze können weiterhelfen, Reformwiderstände zu verstehen, sie können das Reformstau-Phänomen aber kaum vollständig erhellen. Widerstände im Hinblick auf Veränderungen der Sozialversicherungssysteme, des Steuersystems oder auch der Arbeitsmarktinstitutionen sind mitunter so massiv, dass dieser Widerstand kaum nur auf die Sorgen der Reformverlierer zurückführbar ist.

Auch ist der Status quo, wenn er beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit produziert oder mit einer nicht nachhaltigen Entwicklung (etwa der öffentlichen Haushalte oder der Rentenversicherungssysteme) verbunden ist, keineswegs im Vergleich zum Reformergebnis mit geringerer Unsicherheit verbunden. Ganz im Gegenteil: Bestimmte Reformen – wie etwa die Einführung der „Rente mit 67“ oder beschäftigungsteigernde Arbeitsmarktreformen – begrenzen Unsicherheiten und machen die Zukunft wieder berechenbarer. In diesen Fällen müssten risikoaverse Wähler demnach Verfechter der Veränderungen sein.



Das Verständnis für die Schwierigkeiten der Akzeptanz von Reformen in demokratischen Entscheidungsprozessen kann von daher erhöht werden, wenn zusätzlich Einsichten der Psychologie und der verhaltensorientierten Ökonomik („Behavioural Economics“) nutzbar gemacht werden, bei denen von der strengen Rationalität des homo oeconomicus abgerückt wird. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Psychologen und Ökonomen hat in den zurückliegenden Jahren das Verständnis für individuelle und kollektive Entscheidungsfindung verbessert. Die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Daniel Kahneman (als experimentell arbeitenden Psychologen) und Vernon Smith (als experimentell arbeitenden Ökonom) im Jahr 2002 dokumentiert den Aufschwung, den die verhaltensorientierte Ökonomik genommen hat. Die Anwendung der „Behavioural Economics“ ist auf einigen Gebieten der Ökonomie bereits weit fortgeschritten und fest etabliert. Zu nennen ist hier vor allem das Forschungsfeld der „Behavioural Finance“, bei der Phänomene der begrenzten Rationalität auf Entscheidungen und Marktgleichgewichte auf Finanzmärkten Anwendung finden. Hingegen sind Anwendungen in Bezug auf kollektive Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik bislang noch die Ausnahme.

3 Reformstau und Grundeinsichten der „Behavioural Economics“

Das Potenzial, welches verhaltenswissenschaftliche Ansätze zur Erklärung von Reformwiderständen bieten, wird bereits deutlich, wenn zentrale Grundeinsichten der Literatur in Beziehung zu institutionellen Veränderungen gesetzt werden.

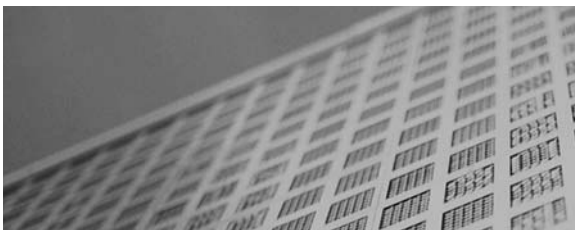
Im Mittelpunkt vieler relevanter psychologischer Phänomene steht dabei die so genannte „Prospekttheorie“ von Daniel Kahneman und Amos Tversky. Dieser Ansatz zur Beschreibung tatsächlicher Verhaltensweisen fußt auf empirischen Beobachtungen und nicht lediglich auf plausiblen Axiomen wie die traditionelle mikroökonomische Entscheidungstheorie. Eine Reihe von Aussagen der Prospekttheorie und ihrer Weiterentwicklung sind unmittelbar relevant für den Reformkontext, wie dies die folgenden Beispiele zeigen:

Anders als in üblichen mikroökonomischen Modellierungen spielen in der Prospekttheorie Referenzpunkte eine wichtige Rolle. Größen wie das Einkommen gehen nicht nur mit ihrem absoluten Niveau, sondern vor allem auch mit ihrem Abstand zu bestimmten Referenzpunkten in das Entscheidungskalkül des Menschen ein. Dabei sind regelmäßig Asymmetrien zu beobachten, wie dies die „Verlustaversion“ zeigt. Dieses Phänomen beinhaltet, dass Verluste emotional stärker erlebt werden als Gewinne. Dies ist sehr relevant im Reformkontext. Der natürliche Referenzpunkt im Kalkül der Wähler ist hier der Status quo. Wenn nun Reformen zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit für eine Mehrheit der Menschen Vorteile bringen, aber eben auch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Nachteile, dann können die Nachteile politisch deshalb eine größere Wirksamkeit entfalten, weil diese in der menschlichen Psyche deutlich stärker als die Vorteile gewichtet werden.

Eine weitere Implikation der Prospekttheorie ist der „Status-quo-Bias“. Der Status-quo-Bias besagt, dass bestimmte Zustände, die gänzlich zufällig zustande gekommen sein können, eine hohe Wertschätzung nur deshalb genießen, weil sie den Status quo darstellen. Dies kann zu der

paradoxen Situation führen, dass ein System stabil sein kann und Akzeptanz genießt, selbst wenn wohl informierte Menschen sich niemals für dieses System entschieden hätten. Eine psychologische Ursache für dieses Phänomen ist, dass negative Entwicklungen stärker bedauert werden, wenn sie Resultat einer eigenen Handlung sind, als wenn sie sich als Folge passiven Verhaltens ergeben. Das Phänomen des Status-quo-Bias impliziert, dass Veränderungen zwar anfänglich großen Widerständen ausgesetzt sind, nach Implementation aber zunehmend Unterstützung erfahren und der Rückhalt für eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen schwindet.

In intertemporaler Hinsicht weist die empirische Literatur nach, dass Menschen keineswegs immer gemäß dem klassischen intertemporalen Entscheidungsmodell über die Zeit optimieren. So können etwa Zeitpräferenzraten instabil sein oder je nach Zeitraum stark variieren. Dies kann dazu führen, dass kurzfristig eintretende Reformverluste wesentlich stärker ins Gewicht fallen als langfristig zu realisierende Reformgewinne.



Eine besondere Bedeutung für die Schwierigkeiten in der Durchsetzung von Reformen, die in der Expertensicht empfehlenswert sind, haben Informationsdefizite. Die allgemeine Öffentlichkeit kann nicht über den Informationsstand der Experten verfügen und lehnt daher möglicherweise Reformen aufgrund von falschen Einschätzungen über deren Konsequenzen ab. Eine Schlüsselfrage im Hinblick auf das Informationsproblem ist, ob sich solche Fehleinschätzungen auf Dauer im Rahmen von Lernprozessen selber korrigieren. Wenn beispielsweise internationale Erfahrungen vorurteilsfrei ausgewertet würden, ließe sich auf diese Weise der Widerstand gegen manche Anpassungen in den sozialen Sicherungssystemen mit der Zeit überwinden. Dies würde jedoch eine rationale und unverzerrte Auswertung verfügbarer Informationen bedin-

gen, mit der nach den Erkenntnissen der Psychologie nur bedingt gerechnet werden kann. Vielfache empirische Evidenz zeigt vielmehr, dass die individuelle Wahrnehmung und Informationsverarbeitung in vielfacher Weise verzerrt ist. Typische Informationsverzerrungen sind etwa die Folgenden:

- Sichtbare und vermittelbare Informationen und Sachverhalte haben eine größere mentale Durchschlagskraft, wenn die Betroffenen „ein Gesicht haben“, da dies Empathie erzeugt. Abstrakte Informationen, beispielsweise über eine zu erwartende Zunahme von Einkommen oder Beschäftigung nach bestimmten Reformen, werden hingegen kaum wahrgenommen.
- Dazu korrespondiert, dass Erfahrungen aus dem persönlichen Umfeld (insbesondere solche der „Peer-Group“) sowie der oft tägliche interpersonelle Meinungs-austausch (z. B. am Arbeitsplatz) einen hohen Stellenwert haben. Ein Arbeitsloser in der Nachbarschaft macht eine problematische Arbeitsmarktsituation wesentlich deutlicher als eine Zahl über die Höhe der Arbeitslosen, die in den Nachrichten verkündet wird.
- Fehleinschätzungen im Hinblick auf die eigene Anpassungsfähigkeit stellen ein weiteres wichtiges Phänomen der Informationsverzerrung dar. Menschen neigen systematisch dazu, die Auswirkungen von Veränderungen auf das eigene Nutzenniveau zu überschätzen, weil die eigene Anpassungsfähigkeit an neue Bedingungen unterschätzt wird.
- In anderer Weise als in ökonomischen Modellen beschrieben gehen schließlich Opportunitätskosten (hier die Kosten von ausbleibenden Reformen) in die tatsächliche Meinungsbildung über Reformen ein. So haben Opportunitätskosten entgegen konventionellen ökonomischen Betrachtungsweisen in der Realität und auch in politischen Diskussionen oft eine geringere Durchschlagskraft im Vergleich zu „pekuniären“ (direkt sichtbaren) Kosten.
- Schließlich kann auch die „Theorie der kognitiven Dissonanz“ erklären, warum Lernprozesse durch Wahrnehmungsverzerrungen behindert sein können. Demnach werden neue Informationen herausausgefiltert, wenn sie Widersprüche zu existierenden Überzeugun-

gen und damit „kognitive Dissonanzen“ produzieren würden. Erst wenn sich massive Dissonanzen nicht mehr vermeiden lassen, werden unter Umständen die existierenden Überzeugungen überprüft und angepasst.

All diese Phänomene bieten wenig Grund zum Optimismus, dass sich Fehleinschätzungen über Reformfolgen im Laufe der Zeit durch Lernprozesse selber erledigen. Typischerweise sind Verlierer von Reformen schon im Vorfeld identifizierbar, hingegen sind Gewinner (Menschen etwa, die aufgrund einer Arbeitsmarktreform in Zukunft einen Arbeitsplatz finden würden) nicht persönlich identifizierbar. Wenn die Verlierer ein Gesicht haben, die Gewinner aber nicht, erschwert das die Vermittlung einer Reform entscheidend. Ein ähnliches Handicap für die Reformakzeptanz ergibt sich aus der geringen psychologischen Durchschlagskraft von Opportunitätskosten. Reformstau hat zwar volkswirtschaftlich immense Kosten in Form entgangener Einkommens- und Beschäftigungschancen. Diese Kosten erreichen das Entscheidungskalkül aber kaum.

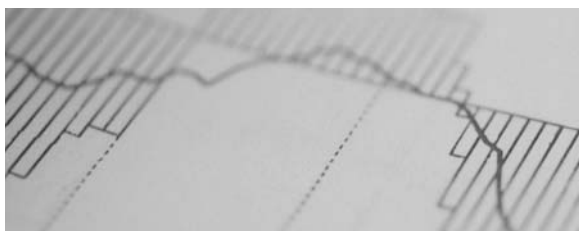
Allerdings machen diese Überlegungen auch deutlich, unter welchen Bedingungen ein Umdenken und eine Neubewertung von institutionellen Änderungen passieren könnten. Wenn die kognitiven Dissonanzen zu groß werden und der Gegensatz zwischen neuen Erfahrungen und der vorgefertigten Meinung zunimmt, dann kann ein Umdenken einsetzen. Dies ist typischerweise in ökonomischen Krisensituationen der Fall, in denen die Überzeugung, „dass es so nicht weitergehen kann“, um sich greift. Hier könnte eine psychologische Erklärung dafür liegen, dass Reformen oft nur in ausgeprägten wirtschaftlichen Krisensituationen durchsetzbar sind.

In der Studie wird schließlich auch die Relevanz der Literatur zu den Themen „Fairness“ und „Reziprozität“ betrachtet. Ein zentrales Resultat der verhaltensökonomischen Literatur ist, dass menschliche Verhaltensweisen nicht von einer isolierten Eigennutzmaximierung getrieben werden, sondern zusätzlich Vergleiche mit den Nutzenniveaus der Mitmenschen eine maßgebliche Rolle spielen. Menschen verhalten sich reziprok, d. h. altruistisch oder egoistisch, wenn sie den Eindruck haben, wichtige

Referenzpersonen handelten ebenso. Im Reformkontext ist beobachtbar, dass die wahrgenommene Gerechtigkeit einer Reform wichtiger für deren Akzeptanz sein kann als die Frage nach den vermuteten ökonomischen Folgen der Reform. Gerechtigkeit hat dabei zwei Dimensionen, eine distributive und eine prozedurale. Die wahrgenommene distributive Gerechtigkeit bezieht sich auf sich ergebende Ergebnisse (etwa im Hinblick auf die nach einer Reform eintretende Verteilung der Reformgewinne). Die wahrgenommene prozedurale Gerechtigkeit bezieht sich hingegen auf die Merkmale des Entscheidungsprozesses (mit dem eine bestimmte Reform zustande gekommen ist). Prozedurale Fairness beinhaltet beispielsweise, dass Entscheidungen neutral und mit Beteiligung der Betroffenen zustande kommen und dass Menschen mit Würde und Respekt behandelt werden.

4 Empirische Einsichten über reformbegünstigende Faktoren

Im Rahmen der Studie wurden viele der zuvor genannten Phänomene und weitere Vermutungen der Theorie empirisch überprüft. Zur Anwendung kamen dabei verschiedene Verfahren: makroökonomische Analysen im Rahmen von Länder-Paneln (bei denen die Erfahrungen von Industrieländern über mehrere Jahrzehnte beleuchtet wurden), mikroökonomische Analysen, bei denen Umfragedaten ausgewertet wurden, und Experimente.



In einem ersten Analyseschritt stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich internationale Unterschiede im Tempo von Reformen erklären lassen. Die Analyse konnte hier auf einigen Vorarbeiten aufbauen. So ist in den letzten Jahren in einer Reihe von Länderpanelanalysen versucht worden, die strukturellen Faktoren zu identifizieren, die empirisch eine reformbegünstigende oder -hemmende Rolle spielen. In diesen Ansätzen besteht die Schwierigkeit, Reformprozesse anhand einheitlicher, international vergleichbarer Indikatoren zu quantifizieren. Herangezogen werden dazu Indikatoren, in denen sich Reformen – beispielsweise in Form einer Liberalisierung von Finanz-, Güter- oder Arbeitsmärkten – deutlich niederschlagen. Eine besondere Rolle spielen dabei Indikatoren zur Messung der ökonomischen Freiheit, so vor allem der vom kanadischen Fraser-Institut entwickelte Economic Freedom of the World. In dieser Literatur wird deutlich, dass es eine Reihe von robusten Umfeldvariablen gibt, die reformerleichternd wirken. Dies gilt besonders für Variablen, die das Auftreten von ökonomischen Krisen signalisieren. Krisen sind offensichtlich in der Lage, Reformwiderstände zu überwinden. Dieses Ergebnis bestätigt die schon oben formulierte Vermutung, dass die Akzeptanz von Veränderungen

dann begünstigt wird, wenn relativ dramatische Umfeldveränderungen den Menschen verdeutlichen, dass der Status quo kaum mehr eine aufrechtzuerhaltende Option darstellt.

Zusätzlich zu diesen Einflussgrößen der Reformfähigkeit eines Landes wurde in dieser Studie der Fokus auf eine bislang vernachlässigte mögliche Reformdeterminante gerichtet: das Vertrauen. Dem Vertrauen in Menschen und Institutionen wird inzwischen in der Literatur zu den Bestimmungsgründen und der wirtschaftlichen Relevanz von Sozialkapital eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Insofern liegt es nahe, seine Rolle auch im Kontext von Reformprozessen zu beleuchten. Dabei wird hier sowohl das Vertrauen in den Mitmenschen allgemein als auch das Vertrauen zu gesellschaftlichen Akteuren (Parlament, Gewerkschaften, Unternehmen) sowie zu Presse und Rechtssystem berücksichtigt. Der positive Effekt des Vertrauens auf das Reformtempo wird bestätigt, obwohl sich für einzelne Vertrauenskategorien (etwa für das Vertrauen in die Presse oder das Vertrauen in Gewerkschaften) für bestimmte Reformgebiete auch negative, also reformbremsende Effekte zeigen.

Die durchgeführten Experimente zur prozeduralen Gerechtigkeit als Bestimmungsgrund der Reformakzeptanz bestätigt indirekt die wichtige Rolle des Vertrauens. Überraschend ist zunächst das Resultat, dass prozedurale Gerechtigkeit (überprüft werden hier die beiden Aspekte würdevoll- und respektvolle Behandlung sowie Mitsprachemöglichkeit im Diskussions- und Entscheidungsprozess) in dem hier betrachteten Reformkontext (Einführung von Studiengebühren) negativ auf Akzeptanz wirkt. In diesem Experiment führt prozedurale Gerechtigkeit insgesamt zu einer geringeren Akzeptanz der jeweiligen Reformmodelle. Aufschlussreich ist die Betrachtung, unter welchen Bedingungen dieser negative Effekt auftritt. Die durchgeführten Auswertungen zeigen, dass sich die Befragten illegitim in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinflusst fühlen. Sowohl ein ungewöhnlich persönlich gestalteter Brief zur Erläuterung der Studiengebühren als auch eine offenbar nicht ernst zu nehmende Mitsprachemöglichkeit werden als unzulässiger Beeinflussungsversuch empfunden. Hierauf reagieren die Teilnehmer mit Widerstand und lehnen die Reform-

pläne noch deutlicher ab als die Kontrollgruppe. Lediglich die Personen, die den Verantwortlichen gegenüber mit Vertrauen begegnen oder tatsächliche Mitsprachemöglichkeiten sehen, lassen den Beeinflussungsversuch zu und reagieren sogar mit einer höheren Akzeptanz für das Reformmodell.

Insgesamt bestätigt die Empirie somit die theoretische Vermutung: Reformakzeptanz wird wesentlich erschwert, wenn den Bürgern das Vertrauen in die politischen Akteure fehlt.

5 Erzeugen Reformen Optimismus bei Konsumenten und Investoren?

Wenn Reformen langfristig Vorteile versprechen, kurzfristig aber mit gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden sind, ergeben sich aus politökonomischer Perspektive ernsthafte Reformhindernisse. Der Reformpolitiker ist in diesem Fall zwar mit den politischen Kosten der Veränderung konfrontiert, profitiert zunächst in seinen Wiederwahlchancen aber nicht von den Erträgen. Vor diesem Hintergrund ist eine wichtige Frage, ob Reformen unmittelbar den wirtschaftlichen Optimismus mehren und auf diese Weise konjunkturell kurzfristig belebend wirken.

In Länderfallstudien und Länder-Panel-Analysen wurde daher das Verhältnis zwischen Reformmaßnahmen einerseits und Konsumenten- bzw. Investorenverhalten andererseits betrachtet. Im Mittelpunkt standen dabei direkte Effekte auf Konsumentenzuversicht und Investorenvertrauen, die bereits auftreten, bevor die realwirtschaftlichen Effekte von Reformen wirksam werden. Solche Effekte sind im günstigen Fall positiv, sofern Reformen positive Erwartungen induzieren. Sie können aber im ungünstigen Fall auch negativ ausfallen, wenn die Unsicherheit über den Reformenerfolg überwiegt und/oder vorübergehende Belastungen zu Pessimismus führen.

Die detaillierten Fallstudien für Reformepisoden in ausgewählten Ländern (Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande und das Vereinigte Königreich) und auch ökonometrische Panelanalysen über ein breites Länderspektrum zeigen jedoch, dass solche direkten Effekte kaum zu beobachten sind. Reformen haben also im Allgemeinen keine direkten Effekte auf das Investoren- bzw. Konsumentenvertrauen. Eine Ausnahme bilden lediglich Steuerreformen: Hier lassen sich signifikante positive Effekte zumindest auf das Investorenvertrauen finden. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass vor allem Reformen mit konkreten und kurzfristig wirksam werdenden Belastungs- bzw. Entlastungswirkungen wie vor allem Steuerreformen Auswirkungen auf die Stimmungsvariablen und das Sparverhalten haben können.

Untersucht man statt der Vertrauensvariablen den Einfluss von Reformen auf die Sparquote als alternativen Indikator für die Konsumstimmung, so lassen sich direkte Effekte sowohl für Steuerreformen als auch für Arbeitsmarktrefor-men feststellen. Die Tatsache, dass die Sparquote eher positiv (und damit die Konsumneigung negativ) auf Arbeitsmarktrefor-men reagiert, ist ein Hinweis, dass solche Reformen immer Gefahr laufen, mit „J-Kurven-Effekten“ verbunden zu sein, also mit einer zunächst ausgelösten Dämpfung des Wachstums, bevor sich positive Folgen einstellen. Die Hoffnung, dass Arbeitnehmer mittels rationaler Erwartungen eine langfristige Steigerung ihres permanenten Einkommens vorwegnehmen und unmittelbar ihren Konsum steigern, kann für Arbeitsmarkt-reformen damit empirisch nicht untermauert werden.

Für alle anderen Reformtypen sind solche direkten Effekte nicht regelmäßig nachweisbar. Daraus lässt sich allerdings nicht mit Sicherheit schlussfolgern, dass solche Effekte nicht bestehen: Die Erfahrungen mit der mittlerweile recht erfolgreich scheinenden Rentenreform in Deutschland (Anstieg des Vorsorgesparens, Erfolge der Riester-Rente) machen deutlich, dass hier z. T. sehr lange Zeithorizonte betrachtet werden müssen, in denen sich die Wirkungen mit anderen makroökonomischen Effekten überlagern, so dass eine eindeutige Zuordnung von Reform und Wirkung empirisch nur schwer messbar ist.

6 Reformakzeptanz im Sozial-staat und die Bedeutung sozialer Normen

In weiteren Analyseschritten wurde untersucht, inwieweit sich die Relevanz der anfangs erläuterten verhaltenswissenschaftlichen Phänomene im Kontext von Reformen der sozialen Sicherungssysteme bestätigen lässt. Des Weiteren wurde die langfristige Wechselbeziehung zwischen Sozialstaatsreformen und sozialen Normen untersucht, die für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats wichtig ist.

In einem Experiment zur Mehrwertsteuer-erhöhung (die teilweise zur Umfinanzierung der Sozialbeiträge dient) wurde untersucht, ob die wahrgenommene Unvermeidbarkeit einer Reform Personen dazu bewegt, Reformpläne zu akzeptieren. Die Ergebnisse zeigen, dass standhaft vertretene Reformpläne und eine damit einhergehende Wahrnehmung der Bürger, dass die Reform unvermeidbar ist, zu höherer Akzeptanz führen. Personen beurteilen „sichere“ Reformen positiver als „unsichere“ Reformen, um kognitive Dissonanzen zu vermeiden.

In einem Experiment zur Diskussion um verschärfte Bedingungen für den Bezug von Hartz IV wurde der Effekt von offen kommunizierten Freiheitseinschränkungen auf die Akzeptanz des Reformvorhabens untersucht. Dabei konnte beobachtet werden, dass Verschärfungen und Sanktionen die intrinsische Motivation zur freiwilligen gesellschaftlichen Kooperation (Steuerehrlichkeit etc.) deutlich schwächen. Sobald Personen sich selbst durch die propagierten Einschränkungen betroffen fühlen oder sich in identifizierbare Reformverlierer hineinversetzen können, senkt dies auch ihre Akzeptanz für die Reformpläne.

In einem Experiment zur Gesundheitsreform schließlich wurde getestet, ob die Kommunikation von Kosten ausbleibender Reformen (also die Opportunitätskosten des Status quo) zu einer höheren Akzeptanz für ein Reformvorhaben führt. Die Ergebnisse bestätigen die theoretische Vermutung, dass die Reformakzeptanz steigt, wenn die aus dem „Nichtstun“ resultierenden Kosten stärker sichtbar gemacht werden.

Der zweite empirische Block im Kontext der Analyse von Sozialstaatsreformen widmete sich der Langfristbeziehung zwischen der Entwicklung des Sozialstaats und sozialen Normen. Der Sozialstaat kann neben kurzfristigen Anreizwirkungen zusätzlich erst mit langen Zeitverzögerungen wirkende Verhaltensänderungen zur Folge haben. Dies ist dann der Fall, wenn sozialstaatliche Institutionen allmählich zu einer Veränderung von sozialen Normen führen, die für die Funktionsfähigkeit von Transfersystemen von Bedeutung sind (z.B. gesellschaftliche Normen zur Ehrlichkeit im Umgang mit staatlichen Leistungen). Der schwedische Ökonom Assar Lindbeck hat in einer Reihe theoretischer Papiere auf diese Langfristwirkungen aufmerksam gemacht. Er vermutet, dass mit der Sozialisierung nachwachsender Generationen im Umfeld neuer, großzügiger sozialstaatlicher Regelungen allmählich mit einer Erosion sozialer Normen zur zurückhaltenden Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen zu rechnen sei.



Lindbecks Hypothesen wurden hier auf Basis von internationalen, im Rahmen des „World Value Survey“ erhobenen Umfrageresultaten erstmalig einer empirischen Überprüfung unterzogen. Im Mittelpunkt der Analyse steht dabei die im World Value Survey enthaltene Frage, inwieweit eine ungesetzliche Inanspruchnahme staatlicher Leistungen gerechtfertigt sein kann. Diese empirische Analyse erbringt Hinweise darauf,

- dass die gesellschaftliche Akzeptanz nicht regelkonformer Inanspruchnahme von Sozialleistungen in vielen Industriestaaten in den letzten 20 Jahren zugenommen hat,
- dass spätere Geburtskohorten tatsächlich im Vergleich zu früheren Geburtskohorten (bei Betrachtung zum gleichen Alter) eine geringere Sozialstaatsmoral aufweisen,

- dass die Sozialstaatsmoral erheblich durch sozioökonomische und Merkmale und Werte der Person wie Alter, Geschlecht, Beschäftigtenstatus oder Patriotismus beeinflusst wird,
- dass die Sozialstaatsmoral darüber hinaus durch eine Ausweitung der Sozialausgaben oder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit im jeweiligen Land negativ beeinflusst wird und
- dass der Einfluss sozialstaatlicher Transfers sich tatsächlich in besonderer Weise mit dem Nachwachsen neuer Generationen vollzieht.

Diese vorläufigen Ergebnisse sind im Hinblick auf sozialstaatliche Reformen in mehrfacher Weise bedeutsam: Internationale Unterschiede in derartigen sozialen Normen können verhindern, dass erfolgreiche nationale Reformmodelle ohne Weiteres übertragbar sind. So profitiert das dänische „Flexicurity-Modell“ von einer im internationalen Vergleich hohen dänischen Sozialstaatsmoral. Zudem weisen die Resultate darauf hin, dass eine bloße Berücksichtigung kurzfristiger Anzeizeffekte von Reformen zu kurz greifen kann, um deren langfristige Folgen umfassend zu bewerten.

7 Reformakzeptanz im Steuersystem

Nach der Beleuchtung psychologischer Phänomene, die für die sozialen Sicherungssysteme eine besondere Rolle spielen, wurde ebenso die Akzeptanz von Reformen des Steuer- und Abgabensystems in den Fokus genommen. Besondere Beachtung wurde dabei dem Komplex der wahrgenommenen Gerechtigkeit im Sinne der so genannten Equity-Theorie und des Gewinn- und Verlustframings gemäß den Einsichten der Prospekttheorie geschenkt.

In Experimenten zur wahrgenommenen Gerechtigkeit von Reformen des Steuer- und Abgabensystems kann deutlich nachgewiesen werden, dass die Gerechtigkeitswahrnehmungen über Vergleiche mit relevanten Gruppen auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene beeinflussbar sind. Mit dem Eindruck einer ungerechten Belastungsverteilung hingegen steigt die Motivation, Widerstand zu leisten (Reaktanz). Der eigene Vorteil für die Bürger spielt in diesem Zusammenhang eine nachgeordnete Rolle. Dies bestätigt die Relevanz reziproker Denk- und Urteilsweisen gerade auf dem Gebiet der Steuerpolitik: Menschen denken steuerpolitisch nicht immer nur an den eigenen Vorteil, wenn sie nur der Meinung sind, dass das Abgabensystem sie nicht in unfairen Weise belastet.

Der Nachweis, dass die Gerechtigkeit des nationalen Steuersystems auch durch die Merkmale der Steuersysteme anderer Länder beeinflusst wird, deutet darauf hin, dass die finanzwissenschaftliche Literatur zu den Wirkungskanälen des internationalen Steuerwettbewerbs bislang einen wichtigen Kanal übersieht. Staaten tendieren möglicherweise nicht nur deshalb dazu, die Steuerpolitik anderer Staaten zu imitieren, weil sie von mobilen Faktoren oder von Möglichkeiten der internationalen Verschiebung von Steuerbelastungen dazu gezwungen werden. Eine Rolle kann darüber hinaus spielen, dass die Steuerpolitik im Ausland die Werturteile der Wähler im Inland im Hinblick auf die Gerechtigkeit des eigenen Steuersystems verändert.

Ein Experiment zur Wirkung des Gewinn- und Verlustframings bestätigt die Vorhersagen der Prospekttheorie: Personen reagieren sehr

stark und mit sinkender Akzeptanz auf die Betonung von Verlustchancen. Das Verlustframing („40 Prozent Reformverlierer“) aktiviert Personen ungleich stärker als das objektiv synonyme Gewinnframing („60 Prozent Reformgewinner“) und führt zu stärkeren Reformmängsten. Werden tatsächliche Reformgewinner getrennt von Reformverlierern betrachtet, so zeigt sich, dass die Reformgewinner zwar realisieren, für wen sich die Reform in welcher Weise auswirkt, aber eine sprachliche Gewinn- oder Verlustfokussierung tangiert sie nicht weiter. Die Reformverlierer hingegen reagieren vor allem dann mit sinkender Akzeptanz, wenn ihnen ihr Verlust deutlich vor Augen geführt wird. Wird dagegen geschildert, wer Vorteile aus der Reform zieht, akzeptieren sie eigene Einschnitte eher.



Ein Experiment zur Unternehmensteuerreform schließlich illustriert, dass Personen für eine Reform, die Unternehmen betrifft, eher zu begeistern sind, wenn es gilt, „Verluste“ (in Form von sinkenden Marktanteilen, Stellenabbau und sinkenden Investitionen) zu vermeiden. Sollen Unternehmen hingegen „Gewinne“ (in Form steigender Marktanteile, neuer Stellen und höherer Investitionen) ermöglicht werden, sinkt die Akzeptanz der Reform. Die Fokussierung auf zu vermeidende Verluste der anderen trägt anscheinend zudem zur Reduktion der Angst bei, durch eine Reform selbst benachteiligt zu werden.

8 Reformstrategie und Kommunikationspolitik

Aus den Einsichten der Studie ergibt sich eine Reihe von Schlussfolgerungen darüber, wie Reformstrategien ausgestaltet und kommuniziert werden sollten, um Akzeptanz zu gewährleisten.

So verweisen die empirischen Resultate zur Rolle des Vertrauens in andere Menschen und in die politischen Akteure darauf, dass dem Sozialkapital eines Landes eine zentrale Rolle für seine Reformfähigkeit zukommt. Langfristige Reformstrategien sollten von daher auf eine Mehrung des Sozialkapitals eines Landes setzen, weil dies die Fähigkeit zum institutionellen Wandel begünstigt. Allerdings sind die Prozesse, die das mitmenschliche Vertrauen und das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politik bestimmen, nur bedingt politisch beeinflussbar.

Jenseits dieser langfristig ausgerichteten Überlegungen sollten Reformstrategien geeignet sein, das Beharrungsvermögen des Status quo aufzubrechen. Eine Reihe von Ergebnissen sprechen dafür, dass Reformexperimente zur Mehrung der Akzeptanz hilfreich sein können, bei denen bestimmte institutionelle Veränderungen zeitlich und möglicherweise auch regional begrenzt realisiert werden. Reformexperimente sind unter kommunikativen Aspekten vorteilhaft, weil sie Reformgewinnern ein Gesicht geben und Opportunitätskosten des Reformstaus sichtbar machen können. Außerdem können sie zu einer Aufweichung der reformbehindernden Status-quo-Präferenz führen und Referenzpunkte von Bewertungen verschieben. Nach der Durchführung eines zeitlich befristeten Experiments wird der vorher geltende Status quo unter Umständen nicht mehr als „Normalfall“ interpretiert und verliert auf diese Weise seine Attraktivität.

Inbesondere die international vergleichenden Analysen haben deutlich werden lassen, dass sich nicht jede Phase im Konjunkturzyklus in gleicher Weise für Reformen eignet. In Bezug auf diese Frage des „Reform-Timings“ ist ein gewisser Widerspruch feststellbar zwischen dem, was normativ wünschenswert wäre, und dem politisch Durchsetzbaren. So wäre eine

Boom-Situation zwar ein geeigneter Zeitpunkt für Reformen wie etwa Liberalisierungsschritte auf den Arbeitsmärkten, weil sich in einer Aufschwungsituation die Früchte dieser Reformen schneller realisieren lassen. Ein Aufschwung ist psychologisch typischerweise aber eine Situation geringer Veränderungsbereitschaft, weil das wirtschaftlich vorübergehend optimistisch stimmende Umfeld wenig unmittelbare Anstöße für ein Überdenken des Status quo bietet.

Die Anomalien, die in den „Behavioural Economics“ in Bezug auf intertemporale Kalküle offengelegt worden sind, lassen sich in Bezug auf die zeitliche Abfolge von Reformentscheidungen und -umsetzungen nutzen. So kann es hilfreich bei der Überwindung des Status-quo-Bias sein, Reformbeschlüsse heute über eine (viel) später in Kraft tretende Reform zu treffen. Eine solche Strategie setzt aber voraus, dass Beschlüsse, die sich auf Reformen in der Zukunft beziehen, als glaubwürdig und unumkehrbar vermittelt werden können. Dies dürfte am ehesten dann der Fall sein, wenn sie von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen ist.

Keine eindeutige Antwort ergibt sich im Hinblick auf die Frage, ob Reformen besser partiell oder aber im Rahmen eines umfassenden und viele Reformgebiete umfassenden Gesamtpakets („Big bang“) angegangen werden sollten. Der Big bang kann unter Akzeptanzaspekten vorteilhaft sein, weil dann leichter vermittelbar ist, dass alle Gruppen der Gesellschaft Veränderungen hinnehmen müssen, und kann dann die wahrgenommene Fairness des Prozesses fördern. Gegen den Big bang spricht andererseits die Gefahr, dass vielfältige gleichzeitige Änderungen Menschen kognitiv überfordern können. Auf diese Art von Überforderung reagieren Menschen typischerweise mit Ablehnung.

Kommunikationspolitisch ist das Werben um Akzeptanz für Reformen mit dem Problem konfrontiert, dass viele Menschen zu den lange bekannten Phänomenen wie Arbeitslosigkeit, demografischem Wandel oder Staatsverschuldung sich bereits vor langer Zeit Meinungen gebildet haben, so dass neue Ideen nicht mehr unvoreingenommen reflektiert werden. Die Alterung der Bevölkerung kann das Problem noch verstärken, weil junge Menschen, die sich erstmalig intellektuell mit wirtschaftspoliti-

schen Fragestellungen auseinandersetzen, eher als ältere Menschen die Merkmale eines „Fresh thinkers“ mitbringen, der sich relativ neutral eine neue Meinung bildet. Psychologisch basierte Modelle verweisen hier darauf, dass Lernprozesse durch Förderung der Informationsmotivation und die Wahl einer den Aufnahmefähigkeiten des Adressaten gemäßen Kommunikationsform erleichtert werden können. Ein Schlüssel für die Erhöhung der Motivation ist dabei die Verdeutlichung der individuellen Betroffenheit. Auf die individuelle Ebene herunterzubrechen sind auch die Opportunitätskosten des Reformstaus, die eine erfolgsversprechende Informationspolitik thematisieren muss: Die Kosten, die mit einer Nichtumsetzung von Reformen für Einkommen und Beschäftigung verbunden sind, müssen von einer abstrakten und gesamtgesellschaftlichen Größe in eine individuell zurechenbare und möglichst konkrete Größe transformiert werden.

Kommunikationspolitische Schlussfolgerungen ergeben sich auch aus im Rahmen der Studie durchgeführten Experimenten, in denen Merkmale des Kommunikators und die Ausgestaltung der Reformbotschaft in ihren Auswirkungen für die Akzeptanz von Reformen überprüft wurden.

So wurden Merkmale wie Prominenz, Expertise oder die Anzahl von Kommunikatoren untersucht. Außerdem wurden zentrale Meinungsbildner wie Experte, Politiker und Journalist gegenübergestellt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die unterschiedlichen Kommunikatoren auch eine unterschiedliche Überzeugungskraft besitzen. Schlecht schneiden die kommunikativen Wirkungen von Experten ab. Die Befragten reagieren hier mit Reaktanz und Widerstand. Vor allem sind die Personen mit schon festen Meinungspositionen Beeinflussungsversuchen von Experten gegenüber verschlossen. Vermutlich haben die Befragten die Erfahrung gemacht, in den letzten Jahren mit vielen und teilweise verschiedenen Expertenmeinungen konfrontiert worden zu sein, so dass sie diesen Meinungen nur noch mit Skepsis gegenüber treten. Ein anderes Experiment zeigt am Beispiel von Gesundheits- und Einkommensteuerreform, dass die transparente, nachvollziehbare und übersichtliche Darstellung von Reformen wesentlich zu deren Akzeptanz beiträgt, wohinge-

gen eine verwirrende und unübersichtliche Darstellung Reaktanz und Widerstand hervorruft.

Schließlich wurde überprüft, ob sich generelle Erwartungshaltungen auf die Bewertung einzelner Reformmodelle auswirken. Dieser Effekt konnte bestätigt werden. Wenn Personen eine allgemein positive Einstellung zur Arbeit der Regierung haben, bewerten sie auch die Details von deren Reformarbeit positiver. Reaktanz und Widerstand lassen sich durch eine optimistische Erwartungshaltung und Vertrauen in die Regierungsarbeit ebenfalls reduzieren.

9 Schlussfolgerungen

Auch wenn manche der genannten Resultate schon alleine aufgrund des Innovationsgrads der Studie als vorläufig anzusehen sind und weiterer wissenschaftlicher Untermauerung bedürfen, ist bereits deutlich geworden, dass die Anwendung psychologischer und verhaltensökonomischer Einsichten auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse ein hohes Erklärungspotenzial aufweist. Die so gewonnenen Einsichten tragen dabei nicht nur zum besseren Verständnis beobachtbarer Reformprozesse bei, sie können auch dabei helfen, diese Reformprozesse zu erleichtern.



Dabei sollte allerdings vor einem potenziellen Missverständnis gewarnt werden: Es ist nicht möglich (und schon gar nicht wünschenswert), mit irgendwelchen kommunikativen „Tricks“ für jede Art von Reform, egal wie mangelhaft sie auch konzipiert sein mag, beliebig viel Akzeptanz zu erzeugen. Das vorrangige Element einer erfolgreichen Reform muss immer eine sachlich wohl begründete Ausgestaltung sein, welche etwa Einsichten zu den langfristigen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen einbezieht. Denn nicht zuletzt diese Langfristfolgen werden darüber entscheiden, wie sich die Akzeptanz und damit die Nachhaltigkeit einer institutionellen Veränderung unabhängig von Fragen kurzfristiger Popularität entwickeln werden.

Die ökonomische Vorteilhaftigkeit einer Reform ist aber angesichts etwa der enormen Bedeutung wahrgenommener Fairness für die Akzeptanz eben keine hinreichende Bedingung dafür, dass diese Reform auch mit Erfolg im demokratischen Wettbewerb realisiert werden kann. Hinzu kommt, dass es stets ein Spektrum von Reformoptionen gibt, so dass die Suche nach

der Schnittmenge zwischen ökonomisch aussichtsreichen und psychologisch akzeptablen Reformen nicht ohne Erfolg verlaufen sollte. Ist die Definition der Reformprojekte auf diese Weise erfolgt, dann hat die Kommunikationspolitik eine zusätzliche Chance, bei Berücksichtigung der hier dargestellten Erkenntnisse die Akzeptanz von Reformen positiv zu beeinflussen.



Bericht zur Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“, 22. und 23. März 2007 im Bundesministerium der Finanzen

- Auf der Konferenz wurden Fragen der Qualität der öffentlichen Finanzen sowie die Rolle der Finanzpolitik im Kontext der Lissabon-Strategie erörtert.
- Dabei wurde die Herausforderung betont, vor dem Hintergrund von Globalisierung und demografischem Wandel die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen und die staatliche Leistungsfähigkeit zu stärken.
- Als wichtiger Schlüssel hierzu wurden Wege erörtert, die Qualität der öffentlichen Finanzen durch wachstums- und beschäftigungsfreundliche Einnahmen- und Ausgabenstrukturen sowie effizienz-erhöhende Regeln und Institutionen zu verbessern.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft richtete das Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) am 22. und 23. März 2007 eine internationale Konferenz unter dem Titel „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“ aus. Neben Fragen der Qualität der öffentlichen Finanzen wurde die Rolle der Finanzpolitik im Kontext der Lissabon-Strategie erörtert. Mit über 300 internationalen Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung lieferte die Konferenz einen Beitrag zur Diskussion praxisrelevanter und theoretischer Aspekte der Finanzpolitik, die in Europa zunehmend an Bedeutung gewinnen.¹

Als erster Hauptredner sprach der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, zum Thema „Eine Qualitätsagenda für die Finanzpolitik“. Er betonte, dass der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt Ansätze enthalte, um eine Wachstum und Beschäftigung fördernde Ausgabenpolitik zu unterstützen. Im Sinne einer zukunftsorientierten Finanzpolitik sprach er sich für eine kritische Überprüfung der Struktur der öffentlichen Haushalte aus, um bei wachsenden Herausforderungen infolge der Globalisierung und der demografischen Entwicklung die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhalten und zu stärken. Um

diese Herausforderungen erfolgreich zu bestehen, bedürfe es vor allem einer konsequenten Festlegung von Prioritäten staatlicher Aufgaben. Neben der Notwendigkeit nationaler Reformen insbesondere auch zur Verbesserung des institutionellen Handlungsrahmens der Finanzpolitik – in Deutschland z. B. im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform – biete die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Chance, eine Qualitätsagenda für die öffentlichen Finanzen gemeinsam mit den europäischen Partnern zu entwickeln und hierbei von den Erfahrungen anderer zu profitieren.

Auch der zweite Hauptredner, der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Joaquín Almunia, betonte die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegten Möglichkeiten, verstärkte Aufmerksamkeit auf eine bessere Qualität der öffentlichen Finanzen zu richten. Ziel sollte es sein, durch eine höhere Effizienz der Ausgabenstrukturen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beizutragen und gleichzeitig Spielräume zugunsten produktiver Ausgaben zur Erreichung der Lissabon-Ziele in den Bereichen Forschung und Bildung zu schaffen. Almunia kritisierte jedoch den bei einigen Mitgliedstaaten scheinbar noch unterentwickelten Ehrgeiz, in den derzeit konjunkturell „guten Zeiten“ verstärkt die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

¹ Alle Konferenzbeiträge sind abrufbar unter:
ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/veranstaltungen/Finanzpolitik_Europa/Programm.pdf

Die dritte Hauptrede der Konferenz wurde von Jürgen Stark, Mitglied des EZB-Direktoriums, gehalten. Nach seinen Aussagen ist die Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in zahlreichen Mitgliedstaaten vordringlich. Eine Steigerung der Qualität der öffentlichen Finanzen sei hierfür insofern entscheidend, als unter den heutigen Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft der Fokus auf einer kosteneffizienten und anreizkompatiblen Erfüllung staatlicher Kernaufgaben liegen müsse. Diese Kernaufgaben seien – wie sich anhand konkreter Länderbeispiele zeigen lasse – durch deutlich geringere Staatsausgaben finanzierbar, als dies in vielen Industrieländern derzeit der Fall sei.

Für den wissenschaftlichen Teil der Konferenz waren zwei Impulsreferate angesetzt sowie zehn Vorträge aus einer Vielzahl von eingereichten Beiträgen ausgewählt worden, die verschiedene Aspekte der Thematik beleuchteten. Eingangs wurde betont, dass die Notwendigkeit, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu steigern, zwar weit in das akademische und politische Bewusstsein vorgedrungen sei, dass mit Blick auf die ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen finanzpolitischer Handelns aber noch erheblicher Forschungsbedarf bestehe. So seien etwa die Forschungsstränge zu makroökonomischen Steuerungsgrößen und mikroökonomischen Transmissionsmechanismen der Finanzpolitik noch zu wenig verknüpft, um präzise Aussagen oder gar idealtypische Vorgaben zu treffen. Andererseits sei unbestritten, dass sich jeder Staat wegen des zunehmenden Wettbewerbsdrucks durch die Globalisierung gegen eine schrumpfende Einnahmehasis seiner öffentlichen Haushalte wappnen müsse. Da nicht davon auszugehen sei, dass dies in jedem Land und in vollem Umfang gelinge, werde zweifelsohne der Druck wachsen, weniger öffentliche Mittel zur Bewältigung staatlicher Aufgaben einzusetzen. Dies müsse indes die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors nicht zwangsläufig in Mitleidenschaft ziehen. Vielmehr könne durch die Hebung von Effizienzreserven die Leistungsfähigkeit sogar gesteigert werden.

Der Schlüssel zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen, so erläuterten mehrere Vortragende, liege unzweifelhaft in der konse-

quenten Umsetzung umfassender Strukturreformen. Eine Doppelstrategie aus finanzpolitischer Konsolidierung einerseits und Strukturreformen andererseits könne sich wechselseitig verstärkende Effekte auslösen, wenn Reformen zu Effizienzgewinnen und zur Stärkung des Wachstumspotenzials führten. Ein Vergleich verschiedener Wirtschafts- und Sozialmodelle ergänzte diese Diskussion um die Einschätzung, dass aus verschiedenen gesellschaftlichen Traditionen herrührende Schwerpunkte und unterschiedlich weit reichende Ziele in der Sozialpolitik durchaus solide finanziert werden können, wenn sie mit effizienten Märkten und hinreichender Wachstumsdynamik einhergehen.

In Beiträgen zu konkreten Politikfeldern wurde beispielsweise für den Gesundheitssektor verdeutlicht, dass teilweise erhebliche Effizienzreserven bestehen. Mögliche Einflussfaktoren zu einer Erhöhung des Effizienzgrades seien jedoch durch die Politik oftmals nur langfristig und indirekt zu steuern. Für den Bereich staatlicher Investitionen erfolgte ebenfalls eine Bestandsaufnahme, die großen Handlungsbedarf offenbarte sowie Chancen und Risiken privater Finanzierungsbeiträge aufzeigte.

Ein weiteres Thema war die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen für eine Erhöhung der Qualität öffentlicher Finanzen. Anhand verschiedener Länderstudien zeigten sich unterschiedliche Erfolge mit Versuchen, die Ergebnisorientierung im Budgetierungsverfahren zu verstärken. Im Zusammenhang mit dem Finanzföderalismus wurde darauf hingewiesen, dass es negative Anreizwirkungen etwa von Finanzausgleichssystemen zu begrenzen gelte und ein Steuerwettbewerb der Regionen, wie im Falle der Schweiz, nicht notwendigerweise mit negativen Folgen verbunden sein müsse.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion wurden Komplexität und Beurteilungsprobleme bei der Messung der mit staatlichen Aufwendungen erzielten Ergebnisse unterstrichen. Hieraus ergäben sich praktische Schwierigkeiten für eine operative Verwendung derartiger Effizienzanalysen im politischen Entscheidungsprozess. Dennoch sei es richtig und bedeutsam, weitere Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Die Forschungsbeiträge der Konferenz wurden dabei vorbehaltlos als aufschlussreich eingestuft.

Gesundheitsreform 2007

1	Versicherungsschutz für alle	60
2	Strukturreformen im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung	61
3	Finanzreform und finanzwirksame Maßnahmen im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung	62
4	Private Krankenversicherung	63
5	Ausblick	64

- In Deutschland gilt ab 2009 erstmals die Krankenversicherungspflicht für alle Bürger, egal ob der Gesetzlichen oder der Privaten Krankenversicherung zugeordnet.
- Mehr Wahlfreiheit, Wettbewerb und Kostenkontrolle sollen dazu beitragen, die Effizienz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Leistungserbringer zu erhöhen. Zugleich soll die Versorgung der Versicherten in Einzelbereichen verbessert werden.
- Mit dem Gesundheitsfonds wird ab 2009 die Finanzierung der GKV auf eine neue Grundlage gestellt. Ziel ist ein transparenterer Wettbewerb zwischen den Kassen.
- Die Privaten Krankenversicherungen (PKV) werden ab 2009 verpflichtet, einen Basistarif mit Kontrahierungszwang, ohne Risikoprüfung und ohne Leistungsausschlüsse anzubieten. Die Alterungsrückstellungen sollen teilweise übertragbar sein.

Deutschland hat eines der qualitativ besten öffentlichen Gesundheitssysteme in Europa.¹ Fast jeder Bürger ist krankenversichert. Die Basisversorgung im Krankheitsfall ist umfassend. Der allgemeine Zugang zu neuen diagnostischen und therapeutischen Verfahren ist hoch. Wartezeiten sind, verglichen mit anderen Ländern, kurz.

Zugleich hat Deutschland eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt, bei eher durchschnittlichem Gesundheitsstand der Bevölkerung. Es wird vorwiegend aus lohnabhängigen Beiträgen finanziert. Dies trägt erheblich zu den hohen Lohnnebenkosten in Deutschland bei. Trotz einer Reihe von Strukturreformen sind Ineffizienzen in der Gesundheitsversorgung –

Über-, Unter- und Fehlversorgungen – weiterhin verbreitet.

Kostentreibend sind auch neue Diagnose- und Behandlungsverfahren, die immer mehr Krankheiten heilen oder deren Folgen lindern, was die Lebensqualität und die Lebenserwartung der Menschen deutlich verbessert. Vergleichsweise wenige Innovationen im Gesundheitswesen wirken kostensenkend. Verschärfend kommt hinzu, dass im Zuge des demografischen Wandels die Zahl erwerbstätiger Beitragszahler allmählich sinkt, während die Zahl Kranker und Pflegebedürftiger steigt. Viele Experten rechnen bei höherer Lebenserwartung zudem mit steigenden Gesamtausgaben je Versicherten.

¹ Nach dem Euro Health Consumer Index 2006 sind die besten Gesundheitssysteme in Europa die in Frankreich (Platz 1), den Niederlanden (2), Deutschland (3), Schweden (4) und der Schweiz (5).

Bisherige Gesundheitsreformen haben zur Kostendämpfung und zur Produktivitätssteigerung im Gesundheitssystem beigetragen, teilweise durch Dezentralisierung und mehr Anreize, teilweise durch Leistungsausschlüsse. Weitere Reformen sind notwendig, da die Gesundheitsausgaben vor allem wegen des medizinisch-technischen Fortschritts rascher steigen als die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), was bei Untätigkeit steigende Beitragssätze und damit höhere Lohnnebenkosten nach sich ziehen würde.

Am 1. April 2007 ist die „Gesundheitsreform 2007“ (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz) in Kraft getreten. Die Gesundheitsreform 2007 ist eines der zentralen Reformprojekte der Großen Koalition, aber auch eines der umstrittensten. Wie alle großen Gesundheitsreformen sieht dieses Gesetz eine Vielzahl größerer wie kleinerer Neuerungen in fast allen Bereichen des Gesundheitssektors vor. Im Folgenden werden die wichtigen Reformen vorgestellt. Die Box am Ende des Beitrages zeigt, welche Reformelemente zu welchem Zeitpunkt in Kraft treten (siehe S. 65).

1 Versicherungsschutz für alle

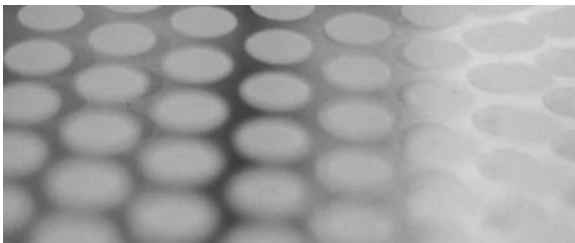
Ab 1. Januar 2009 gilt erstmals in Deutschland die allgemeine Krankenversicherungspflicht. Niemand soll mehr ohne Absicherung im Krankheitsfall bleiben. Damit werden künftig alle der mindestens 180 000 Nichtversicherten vom Versicherungsschutz erfasst, wobei die Beiträge und Prämien bezahlbar sein sollen. Die Versicherungspflicht für Personen, die der GKV zugeordnet sind, gilt bereits ab 1. April 2007. Der Privaten Krankenversicherung (PKV) zugeordnete Personen müssen sich ab 1. Januar 2009 privat versichern, wobei ihnen mit dem neuen Basistarif ohne Risikozuschläge und Leistungsausschlüsse künftig ein Tarif zur Verfügung steht, der nicht mehr kosten darf als der maximale Beitrag zur GKV. Bereits ab 1. Juli 2007 wird die Option geschaffen, sich im bisherigen Standardtarif der PKV ohne Ausschlüsse zu versichern.

Wer sich der Versicherungspflicht entzieht und später eine teure Behandlung in Anspruch nehmen muss, muss Beiträge bzw. Prämien nachentrichten. Dadurch soll vermieden werden, dass Nichtversicherte nachträglich den Versicherungsschutz auf Kosten der Versicherungsgemeinschaft in Anspruch nehmen.

2 Strukturreformen im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die Kassen müssen den Versicherten jetzt bessere Verträge und Konditionen anbieten, mit niedrigeren Beitragssätzen und differenzierteren Angeboten, wie bereits in der PKV üblich:

- Jede Krankenkasse muss Kostenerstattungs- und Selbstbehalttarife einführen. Die Höhe des Selbstbehalts ist auf 600 € jährlich beschränkt, damit die Versicherungspflicht nicht unterlaufen werden kann. Wer seltener zum Arzt geht oder Bagatellbeträge selbst übernimmt, kann jetzt Versicherungsbeiträge sparen.
- Versicherte, die konsequent Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, ein Hausarztmodell wählen oder als chronisch Kranke an einer integrierten Versorgung teilnehmen, zahlen jetzt gleichfalls niedrigere Beiträge. Vorsorge und ein kostenbewusstes Verhalten im ambulanten Bereich werden damit honoriert.



Die Bürokratie im Gesundheitswesen soll eingeschränkt, der Wettbewerb gestärkt werden:

- Der Gemeinsame Bundesausschuss der Kassenverbände und Leistungserbringer wird professionalisiert und straffer organisiert. Dadurch sollen Entscheidungen über die Zulassung und Finanzierung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden beschleunigt werden.
- Fusionen und Verbände über einzelne Kassenarten hinweg sind jetzt grundsätzlich erlaubt. Zwangsmitgliedschaften in kassenartenspezifischen Dachverbänden und deren Finanzierung durch die Einzelkassen werden gelockert. Ein einheitlicher Spitzenverband soll die Interessen der gesetzlichen Krankenkassen im Bund wahrnehmen und die Rahmenbedingungen der Versorgung regeln.

- Abrechnungsverfahren, Prüfverfahren sowie Dokumentations- und Verwaltungsanforderungen bei Krankenhäusern und Ärzten werden vereinfacht, Kontrollen werden abgebaut.

Der Zugang zu neuen Diagnosen und Therapien und besseren Arzneimitteln bleibt erhalten, zugleich soll die Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung weiter verbessert werden:

- Das bereits nach dem GKV-Modernisierungsgesetz im Jahr 2003 eingeführte Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen soll künftig auch Kosten-Nutzen-Bewertungen von Arzneimitteln durchführen. Ein solches Verfahren ist international weit verbreitet und richtet sich gegen fragwürdige Therapien und Schein-Innovationen, die von Pharmaunternehmen mangels echter Innovationen oftmals auf den Markt gebracht werden und von Ärzten schwer zu überprüfen sind. Zugleich ist für spezielle, innovative Arzneimittel künftig eine ärztliche Zweitmeinung erforderlich.
- Krankenkassen können jetzt die Arzneimittelpreise direkt mit den Pharmaanbietern aushandeln. Das Bundesministerium für Gesundheit erwartet allein dadurch Einsparungen in Höhe von 1 Mrd. € jährlich.

Mit der Gesundheitsreform sind keine weiteren Zuzahlungen und nur geringe Leistungsaus-schlüsse für die Versicherten verbunden. In vielen Einzelbereichen werden die Leistungen sogar verbessert:

- Empfohlene Impfungen und notwendige Mutter-/Vater-Kind-Kuren sind jetzt Pflichtleistungen, die von den Krankenkassen bezahlt werden müssen. Dagegen müssen sich Versicherte an den Folgekosten von Erkrankungen finanziell beteiligen, die durch Schönheitsoperationen hervorgerufen wurden.
- Versicherte bekommen einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation, was vor allem älteren Menschen hilft, wieder in die häusliche Umgebung zurückzukehren. Gleichfalls gibt es jetzt einen Rechtsanspruch auf häusliche Krankenpflege, wobei Patienten, die in Wohngemeinschaften leben, solchen in normalen Privathaushalten gleichgestellt werden.

- Die Möglichkeit von Krankenhäusern, auch ambulant zu behandeln, wird ausgebaut, und zwar für Menschen mit schweren oder seltenen Krankheiten, die eine Sondereversorgung benötigen. Die Krankenhäuser müssen zugleich 2007/2008 pauschal je 230 Mio. € einsparen, vor allem durch mehr Effizienz.
- Für schwerstkranke und sterbende Menschen wird eine Versorgung durch spezielle palliativmedizinische Teams zugelassen. Für Kinderhospize werden Erleichterungen eingeführt.

Das Gesamtvolumen der Einsparungen durch die Gesundheitsreform 2007 wird vom Bundesministerium für Gesundheit auf jährlich 1,5 Mrd. € beziffert.

3 Finanzreform und finanzwirksame Maßnahmen im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung

Ab dem 1. Januar 2009 gilt in der Gesetzlichen Krankenversicherung ein einheitlicher Beitragssatz, wie bereits in der Gesetzlichen Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Zugleich wird ein Gesundheitsfonds eingeführt. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Die Bundesregierung legt jeweils zum 1. November für das Folgejahr per Rechtsverordnung den Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung fest. Bislang legen die Krankenkassen ihre unterschiedlichen Beitragssätze ohne unmittelbare Einflussmöglichkeit des Bundes in Absprache mit dem Bundesversicherungsamt bzw. den für die Aufsicht zuständigen Behörden der Länder für jedes Jahr neu fest.
- Der Gesundheitsfonds speist sich aus Beitragseinnahmen und dem Bundeszuschuss. Aus ihm erhält jede Krankenkasse einen einheitlichen Beitrag je Versicherten. Hinzu kommt ein Ausgleichsbeitrag für unterschiedliche Risikostrukturen der Krankenkassen, der neben Alter und Geschlecht künftig auch 50 bis 80 Krankheiten berücksichtigt. Die aus der jeweils unterschiedlichen Grundlohnsumme resultierende unterschiedliche Finanzkraft der Kassen soll vollständig ausgeglichen werden, bisher sind es nur ca. 92 %.
- Der Bund überweist zur teilweisen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben in der GKV einen ab 2009 um jährlich 1,5 Mrd. € zunehmenden Zuschuss, bis dieser im Jahr 2016 14 Mrd. € erreicht hat. Für 2008 sind 2,5 Mrd. € vorgesehen.
- Eine Krankenkasse, die besser wirtschaftet, kann ggf. Beiträge rückerstatten. Eine Kasse, die schlechter wirtschaftet, muss ggf. einen Zusatzbeitrag erheben, der jedoch zur Vermeidung individueller Härten auf 1 % des beitragspflichtigen Einkommens des Mitglieds beschränkt ist (derzeit maximal 35,60 €, bis 8 € ohne Einkommensprüfung). Kündigt der Versicherte, entfällt der Zusatzbeitrag sofort.

Die Träger von Sozialhilfe und Mindestsicherung im Alter übernehmen die Zusatzbeiträge.

- Können Kassen trotz Zusatzbeitrag ihre Ausgaben nicht decken, müssen sie ihre Ausgaben stärker beschränken. Erst wenn der Gesundheitsfonds nur noch 95 % der Ausgaben der GKV deckt, muss die Bundesregierung den Beitragssatz für das nächste Jahr erhöhen. Alternativ kann der Gesetzgeber weitere Maßnahmen zur Kostendämpfung bei den Leistungserbringern oder zur Einschränkung des Leistungskatalogs der Kassen beschließen.
- Ab 1. Januar 2011 können die Arbeitgeber ihre Beiträge, Beitragsnachweise und Meldungen gebündelt an eine einzelne Krankenkasse entrichten. Der neue Spitzenverband Bund der Krankenkassen sichert eine bundesweit einheitliche Einzugspraxis.

Zusätzlich wird ab 2009 eine neue Gebührenordnung für die Vertragsärzte mit festen Euro-Preisen innerhalb vereinbarter Leistungsmengen eingeführt. Jeder Arzt in der ambulanten Versorgung kennt damit im Voraus die Vergütung seiner Leistung. Das umstrittene Punktsystem mit nachträglich festgesetzten Vergütungen wird dadurch abgeschafft. Zugleich tragen die Krankenkassen zukünftig das Risiko zunehmender Behandlungsbedürftigkeit der Patienten; Ärzte in Regionen mit einer überdurchschnittlichen Zahl behandlungsbedürftiger Menschen erhalten Zuschläge.



4 Private Krankenversicherung

Ab 1. Januar 2009 müssen die Unternehmen der PKV einen Basistarif mit Zwang zum Vertragsabschluss (Kontrahierungszwang) ohne Risikozuschläge und ohne Leistungsausschlüsse anbieten:

- Die Leistungen müssen dem Leistungskatalog der GKV vergleichbar sein. Die Prämie darf den Höchstbeitrag der GKV nicht überschreiten. Selbstbehalte von bis zu 1 200 € jährlich sind erlaubt. Die Versorgung durch niedergelassene Ärzte wird sichergestellt. Jedoch sind Kinder und Ehegatten nicht beitragsfrei mitversichert.
- Wer bereits privat krankenversichert ist, kann im 1. Halbjahr 2009, aber nur dann, in den Basistarif eines Versicherungsunternehmens seiner Wahl unter Mitnahme der Alterungsrückstellung im Umfang des Basistarifs wechseln.
- Wer 55 Jahre oder älter ist bzw. eine Rente oder Beamtenpension bezieht oder wer die Versicherungsprämie nachweislich nicht mehr aufbringen kann, kann auch danach in den Basistarif seines Versicherungsunternehmens wechseln; hier wird die Alterungsrückstellung in voller Höhe übertragen.
- Wer ab dem 1. Januar 2009 einen Neuvertrag abschließt, erhält ein Wechselrecht in den Basistarif jedes beliebigen privaten Krankenversicherungsunternehmens unter Mitnahme der Alterungsrückstellung im Umfang des Basistarifs. Der Basistarif steht auch freiwillig in der GKV Versicherten offen, die innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Versicherungspflicht in den Basistarif wechseln können.
- Besteht Hilfebedürftigkeit (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) oder löst die Bezahlung der Prämie Hilfebedürftigkeit aus, halbiert sich die Prämie. Zudem stellen die Grundsicherungsträger ggf. durch Zuschüsse zum Tarif sicher, dass die Betroffenen nicht finanziell überfordert werden.

Außerdem wird die Übertragbarkeit bereits gebildeter Alterungsrückstellungen für alle privat Versicherten erleichtert. Privat Versicherte, die im eigenen Versicherungsunternehmen vom Voll- in den Basistarif wechseln, können die

Alterungsrückstellungen vollständig mitnehmen. Privat Versicherte, die als Neuversicherte oder innerhalb des 1. Halbjahres 2009 in den Basistarif eines anderen Versicherungsunternehmens wechseln, können die Alterungsrückstellungen im Umfang des Basistarifs mitnehmen.

5 Ausblick

Die Große Koalition hat angesichts der zunächst weit auseinanderliegenden Konzepte der Koalitionspartner in Hinblick auf die Finanzierungsreform ein weit reichendes Reformgesetz erarbeitet. Zentrale politische Ziele wurden umgesetzt, vor allem mehr Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern und mehr Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen. Auch in der PKV ist künftig mehr Wettbewerb möglich, weil die Alterungsrückstellungen übertragbar werden. Die Koalitionspartner konnten sich aber nicht auf eine grundlegende Neuregelung der Finanzierung der GKV einigen. Der neu zu schaffende Gesundheitsfonds bietet jedoch die Möglichkeit, die miteinander konkurrierenden Finanzierungskonzepte fortzuentwickeln.

Noch ungeklärt ist die Gegenfinanzierung des steigenden Bundeszuschusses. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat daher die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2008 und des Finanzplans bis 2011 darzulegen, wie der Bundeszuschuss gegenfinanziert werden soll. Aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen ist es erforderlich, dass der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur teilweisen Abgeltung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben tatsächlich auch zu niedrigeren Beitragssätzen führen wird. Der steigende Bundeszuschuss soll keine neuen Ausgaben finanzieren, sondern lediglich bestehende Ausgaben anders finanzieren. Ein Bundeszuschuss von 14 Mrd. € im Jahr 2016 würde, verglichen mit derzeit 2,5 Mrd. €, nach heutiger Rechnung eine Senkung des Beitragssatzes um mehr als einen Prozentpunkt ermöglichen.

Wichtige Maßnahmen der Gesundheitsreform 2007 im zeitlichen Überblick

2. Februar 2007

- Stichtag für Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze bei Wechsel in die PKV

1. April 2007

- GKV-Versicherungspflicht für Personen ohne Absicherung, die früher gesetzlich versichert waren
- Ausweitung der ambulanten Versorgung durch Krankenhäuser
- Ausbau der Palliativversorgung, finanzielle Verbesserungen für Träger von Kinderhospizen
- Anspruch auf geriatrische und alle anderen medizinischen Rehabilitationen
- Impfungen und Vater-/Mutter-Kind-Kuren werden Pflichtleistungen
- Verbesserung der Übergänge vom Krankenhaus in die Rehabilitation und Pflege
- Erstattungsfähigkeit der häuslichen Krankenpflege in Wohngemeinschaften und Ähnliches
- Finanzielle Beteiligung von Versicherten an Folgekosten von Schönheitsoperationen
- Förderung der flächendeckenden integrierten Versorgung, Einbindung der Pflegeversicherung
- Einführung von Kosten-Nutzen-Bewertungen bei Arzneimitteln
- Einholung einer ärztlichen Zweitmeinung bei innovativen, teuren Arzneimitteln
- Anhebung des Apothekenrabatts auf 2,30 €, Abgabe einzelner Tabletten an Patienten
- Entwicklung von Maßnahmen gegen den Missbrauch der Versichertenkarten
- Wahltarife für besondere Versorgungsformen, Selbstbehalte und Kostenerstattung
- Kassenartenübergreifende Fusionen sind möglich, Öffnung der Bundesknappschaft
- Freie Wahl der Rehabilitationseinrichtung

1. Juli 2007

- Stark verbesserter Standardtarif für Nichtversicherte, die der PKV zuzuordnen sind

1. Juli 2008

- Spitzenverband Bund der Krankenkassen ersetzt die sieben Krankenkassenspitzenverbände, Gründung eines Medizinischen Dienstes auf Bundesebene durch den Spitzenverband
- Gemeinsamer Bundesausschuss: Sitzungen öffentlich, Entscheidungsstrukturen straffer

1. November 2008

- Festlegung eines allgemeinen, einheitlichen Beitragssatzes durch die Bundesregierung

1. Januar 2009

- Allgemeine Versicherungspflicht, Einführung eines Basistarifs in der PKV, Überführung des Standardtarifs, Wechselmöglichkeit in jedes beliebige PKV-Unternehmen (bis 30.6.2009)
- Gesundheitsfonds, neuer Risikostrukturausgleich, einheitlicher Beitragssatz
- Neue vertragsärztliche Euro-Gebührenordnung
- Wahltarife für den individuellen Krankengeldanspruch

1. Januar 2011

- Bündelung des Beitragseinzugs in der GKV



Einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der Europäischen Union

Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen¹

1	Intensiver Steuerwettbewerb in der Unternehmensbesteuerung	67
2	Reform der Unternehmensbesteuerung in der EU: Kriterien und Optionen	69
3	Angleichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung	70
4	Weitergehende Koordination: Gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage	70
4.1	Formula Apportionment	70
4.2	Separate Entity Accounting und Sitzlandbesteuerung	71
5	Einführung eines Mindeststeuersatzes	72
6	Fazit	73

- Steuerbelastungsunterschiede beeinträchtigen grenzüberschreitende Investitionen im europäischen Binnenmarkt.
- Eine Angleichung der Gewinnermittlungsvorschriften würde die steuerlichen Befolungs- und Verwaltungskosten senken.
- Eine weiter reichende Koordinierung der Unternehmensbesteuerung ist ohne die stärkere Angleichung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne in der Europäischen Union nicht zu empfehlen.

1 Intensiver Steuerwettbewerb in der Unternehmensbesteuerung

Die Unternehmensbesteuerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist bisher nicht harmonisiert. Sowohl in den Steuersätzen als auch in den Bemessungsgrundlagen bestehen erhebliche Unterschiede. Aus der großen Bandbreite der Gewinnsteuersätze für Kapitalgesellschaften, die derzeit zwischen 10 % und 38,7 % variieren (siehe Tabelle 1, S. 68), folgt ein beachtliches Steuerbelastungsgefälle innerhalb der EU. Diese Belastungsunterschiede beein-

trächtigen die grenzüberschreitenden Investitionen im europäischen Binnenmarkt. Es kommt zu Verzerrungen der Wahl des Standorts, der Art der Investitionen sowie ihrer Finanzierung. Eine effiziente Ressourcenallokation ist so nicht erreichbar; die Wettbewerbsfähigkeit EU-basierter Unternehmen ist eingeschränkt und es ergeben sich Wohlfahrtseinbußen für die Gemeinschaft als Ganzes. Darüber hinaus führt das Steuergefälle innerhalb der EU dazu, dass Buchgewinne tendenziell in Mitgliedstaaten mit niedrigen Gewinnsteuersätzen verlagert werden. Dies geschieht vor allem durch die Verlagerung stiller Reserven sowie durch eine steuersatzorientierte Zuordnung von Verlusten

¹ Die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Die Langfassung des Gutachtens erscheint in der Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen.

**Tabelle 1: Tarifliche Gewinnbelastung von Kapitalgesellschaften
(Zentralstaat und Gebietskörperschaften); Stand: 2007**

EU-Staaten	%	EU-Staaten	%
Belgien	34	Polen	19
Bulgarien	10	Portugal (Lissabon)	27,5
Dänemark	28	Rumänien	16
Deutschland	38,7	Schweden	28
Estland	0	Slowakische Republik	19
Finnland	26	Slowenien	23
Frankreich	34,4	Spanien	32,5
Griechenland	25	Tschechische Republik	24
Irland	12,5	Ungarn	17,5
Italien	37,3	Vereinigtes Königreich	30
Lettland	15	Zypern	10
Litauen	15	Andere Staaten	%
Luxemburg	29,6	Japan	40,5
Malta	35	Kanada (Ontario)	34,1
Niederlande	25,5	Schweiz (Zürich)	24,1
Österreich	25	USA (New York)	39,9

beziehungsweise Aufwand und Ertrag, insbesondere im Rahmen der Gestaltung von Finanzierungsstrukturen und Verrechnungspreisen. Steueraufkommensverluste und Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten über die Verteilung des Steueraufkommens sind die Folge.

Zum Schutz des nationalen Steueraufkommens gegen ausufernde Steuerplanung existieren in vielen Mitgliedstaaten Maßnahmen, die Gewinnverlagerungen ins Ausland unterbinden sollen. Dazu gehören etwa Begrenzungen des Zinsabzugs im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmen, Beschränkungen des grenzüberschreitenden Verlustausgleichs, Behinderungen beim Wegzug bzw. der Sitzverlegung von Unternehmen sowie verschärfte Kontrollen, Berichtigungen und Dokumentationsanforderungen bei konzerninternen Verrechnungspreisen. Wesentliche Elemente dieser Regelungen stehen in Konflikt mit den Diskriminierungs- und Beschränkungsverboten der Grundfreiheiten des EG-Vertrags, insbesondere mit der Niederlassungsfreiheit und der Kapitalverkehrsfreiheit. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs erschwert den Mitgliedstaaten

zunehmend Begrenzungen der internationalen Steuerplanung. Den Mitgliedstaaten bleibt nur die Wahl, entweder eine restriktive Regelung, die eigentlich nur auf Auslandssachverhalte zielt, auch auf Inlandssachverhalte auszudehnen, oder aber die auf Auslandssachverhalte beschränkten Maßnahmen zu beseitigen. Im ersten Fall werden inländischen Unternehmen zusätzliche Lasten aufgebürdet, für die es ansonsten keine Rechtfertigung gibt; im zweiten Fall wird der internationalen Steuerplanung mehr Raum gegeben, als dies aus nationaler Sicht gerechtfertigt erscheint.

Ohne ein gewisses Maß an Koordinierung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung im Allgemeinen und der Konzernbesteuerung im Speziellen werden sich diese Probleme nicht lösen lassen. Ansonsten werden weder die ökonomischen Ziele des Binnenmarktes noch eine befriedigende Verteilung des Steueraufkommens erreicht.

2 Reform der Unternehmensbesteuerung in der EU: Kriterien und Optionen

Für eine EU-weite Reform der Unternehmensbesteuerung bestehen unterschiedlich weit reichende Möglichkeiten, welche der Beirat eingehend geprüft hat. Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Reformoptionen wurden insgesamt sieben Kriterien zugrunde gelegt. Im Einzelnen muss es darum gehen, (1) Verzerrungen ökonomischer Entscheidungen so weit wie möglich auszuschließen, (2) Anreize zur Verlagerung von Buchgewinnen in Niedrigsteuere Länder zu beseitigen, (3) Kosten des Umgangs mit dem Steuersystem für Steuerpflichtige (Compliance Costs) und Steuerverwaltungen (Administrative Costs) zu senken, (4) den Harmonisierungsbedarf an den EU-Außengrenzen auf ein Minimum zu begrenzen, (5) Auswirkungen auf die Verteilung des Steueraufkommens unter den Mitgliedstaaten so gering wie möglich zu halten, (6) die Vereinbarkeit mit den Vorgaben des Verfassungs-, EG- und Doppelbesteuerungsrechts sicherzustellen sowie (7) die Kompatibilität zwischen den nationalen Strukturen der Unternehmensbesteuerung und den auf Gemeinschaftsebene in Betracht gezogenen Maßnahmen zu gewährleisten.

Als Reformoptionen hat der Beirat neben der Harmonisierung der Körperschaftsteuersätze eine Vereinheitlichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung in der EU sowie zwei weiter reichende Koordinierungsmaßnahmen, die beide die Schaffung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für EU-weit tätige Konzerne beinhalten, geprüft. Dies hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Eine Harmonisierung der Steuersätze ohne Angleichung der Gewinnermittlung würde das Steuerbelastungsgefälle innerhalb der EU zwar zunächst reduzieren. Dennoch wäre eine solche Maßnahme unzureichend, denn es verbleibt der Einfluss unterschiedlicher Gewinnermittlungsvorschriften auf die Höhe der effektiven Steuerbelastungen. Zudem ergeben sich wesentliche Behinderungen der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit im Binnenmarkt aus der

Abschottung der nationalen Besteuerungsgrundlagen aufgrund des Nebeneinanders von Wohnsitz- und Quellenprinzip. Dieses Nebeneinander ist schließlich auch ausschlaggebend für die zunehmenden Konflikte über die Verteilung des Steueraufkommens zwischen den Mitgliedstaaten und die damit verbundenen Kollisionen mit dem EU-Recht, welche die innerstaatlichen Maßnahmen gegen die Verlagerung von Gewinnen in Niedrigsteuere Länder hervorgerufen. Da die Steuersätze als Kernbestandteil der nationalen Steuerautonomie gesehen werden, ist eine EU-weite Angleichung der Steuersätze derzeit auch politisch nicht gewollt.

3 Angleichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung

Eine Angleichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung in der EU hätte den nicht zu unterschätzenden Vorteil, die steuerlichen Befolungs- und Verwaltungskosten, die aus dem Umgang mit 27 verschiedenen nationalen Steuersystemen resultieren, zu senken. Bei einheitlichen Gewinnermittlungsregeln würde der Steuerwettbewerb sich allerdings auf einen Steuersatzwettbewerb verengen und intensivieren. Der Druck, Steuersätze zu senken, würde zunehmen. Zudem kann die Angleichung der Gewinnermittlungsregeln den Anreiz einer Verlagerung von realer ökonomischer Aktivität und Buchgewinnen in Niedrigsteuerländer nicht beseitigen, so lange deutliche Unterschiede in der tariflichen Belastung von Unternehmensgewinnen fortbestehen.



4 Weitergehende Koordination: Gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage

Zur Schaffung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für EU-weit tätige Konzerne bestehen im Grundsatz zwei Möglichkeiten. Zum einen könnte entsprechend den Vorstellungen der Europäischen Kommission der konsolidierte Konzerngewinn für Zwecke der Besteuerung nach einer Formel unter den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden (Formula Apportionment, indirekte Gewinnaufteilung). Dieser Vorschlag setzt innerhalb der EU konzeptionell das Quellenprinzip um. Die formelhaft aufgeteilte konsolidierte Bemessungsgrundlage wird in den jeweiligen Sitzstaaten der Konzerngesellschaften einer abschließenden Besteuerung unterworfen. Alternativ besteht die Möglichkeit, die vorherrschende Besteuerung beizubehalten (Separate Entity Accounting, direkte Gewinnaufteilung), sämtliche Ergebnisse der Konzerneinheiten jedoch der Muttergesellschaft zuzurechnen und in ihrem Sitzstaat zu versteuern. Die Ansässigkeitsstaaten der Tochtergesellschaften behalten ihre Besteuerungsansprüche für die jeweiligen Gewinne. Eine Doppelbesteuerung wird durch die Anrechnungsmethode vermieden. Bei Verlusten der Tochtergesellschaften wird der Verlust zunächst der Muttergesellschaft zugerechnet, bei späteren Gewinnen der Tochtergesellschaft kommt es bei der Muttergesellschaft jedoch zur Nachversteuerung. Innerhalb der EU verwirklicht diese Zurechnungsmethode auf Unternehmensebene das Wohnsitz- bzw. Ansässigkeitsprinzip.

4.1 Formula Apportionment

Der Übergang zu Formula Apportionment, der von der EU-Kommission favorisiert wird, hätte den Hauptvorteil, dass steuerliche Anreize für eine Verlagerung von Buchgewinnen durch Transferpreise oder Fremdfinanzierung innerhalb der Europäischen Union reduziert würden.

Dem stehen allerdings einige Nachteile gegenüber. Es bleibt dabei, dass Entscheidungen über den Standort von Investitionen und deren Ausdehnung sowie den Erwerb von Unternehmen steuerlich verzerrt sind, wenn unternehmensspezifische Zerlegungsfaktoren verwendet werden. Diese Verzerrungen realer ökonomischer Aktivität würden davon abhängen, welche Faktoren in die Aufteilungsformel eingehen. Je stärker das Gewicht, mit dem ein bestimmter realwirtschaftlicher Faktor in die Formel eingeht, desto stärker sind die entstehenden steuerlichen Verzerrungen der Entscheidungen über die Ansiedlung dieses Faktors.

Außerdem dürften die Kosten der Steuererhebung und der Steuerplanung zunehmen, weil die Unternehmen neben der innerhalb der EU anzuwendenden indirekten Gewinnaufteilung im Verhältnis zu Drittstaaten nach wie vor die herkömmliche Gewinnaufteilung vollziehen müssen. Die Steuerplanungskosten könnten nur in dem Maße sinken, wie es um die Verlagerung der Buchgewinne innerhalb der EU geht. Das derzeit international übliche System der internationalen Gewinnaufteilung ist zwar komplex und verursacht entsprechend hohe Kosten. Aber viel spricht dafür, dass auch das neu zu schaffende System der indirekten Gewinnaufteilung komplexe Regeln erfordert und entsprechend hohe Kosten nach sich zieht. Auch innerhalb eines europäischen Konzerns müssten regelmäßig beide Abgrenzungssysteme vorgehalten werden. Es dürften auch administrative Kosten der Umstellung auf das neue System anfallen, deren Höhe indes schwer abzuschätzen ist.

Weitere Probleme der indirekten Gewinnaufteilung liegen zum einen in der damit einhergehenden, vermutlich erheblichen und schwer kalkulierbaren Umverteilung des Steueraufkommens. Da diese Umverteilungswirkungen je nach Gestaltung der Formel sehr unterschiedlich ausfallen können, wird es nicht einfach sein, sich auf eine bestimmte Formel zu einigen. Bislang ist das System der Formelzuteilung nur auf subnationaler Ebene und damit bei geringen Steuersätzen und geringem Steuersatzgefälle erprobt (z.B. in den USA). Innerhalb der Union gibt es noch kein Vorbild für eine derartige Verteilung des Steueraufkommens. Bei der europäischen Umsatzsteuer, die durch eine einheitliche

Bemessungsgrundlage bei divergierenden Steuersätzen gekennzeichnet ist, haben sich die Mitgliedstaaten bisher nicht auf einen Verteilungsmechanismus für das Umsatzsteueraufkommen einigen können. Deswegen besteht das ursprünglich als Übergangslösung gedachte System der Besteuerung innergemeinschaftlicher Lieferungen bis heute.

Da es im Verhältnis zu Drittstaaten bei der direkten Gewinnaufteilung mittels Verrechnungspreisen (Separate Entity Accounting) bleibt, bedarf es unabhängig davon, welche der hier erörterten Alternativen einer einheitlichen europäischen Konzernbesteuerung man wählt, zusätzlich einer Angleichung derjenigen Besteuerungsregeln, die das Verhältnis der Mitgliedstaaten zu Drittstaaten betreffen.

4.2 Separate Entity Accounting und Sitzlandbesteuerung

Die zweite betrachtete Reformoption, die Verbindung von Separate Entity Accounting mit einer periodischen Besteuerung des Konzerngewinns im Sitzland der Muttergesellschaft unter Anrechnung ausländischer Steuern, hätte zunächst den Vorteil, dass Unternehmen mit Sitz in Hochsteuerländern grundsätzlich keinen Anreiz hätten, Realinvestitionen oder Buchgewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern. Es kommt dabei allerdings auch auf lokale Steuern im Sitzstaat der Muttergesellschaft an. Wird neben der Körperschaftsteuer eine lokale Steuer erhoben (die nur inländische Gewinne und Erträge trifft), so kann die Verlagerung dennoch lohnend sein.

Die Befolgungskosten für die Steuerzahler und die zusätzlichen Kosten für die Steuerverwaltung wären bei dieser Lösung voraussichtlich nicht sehr groß. Wegen der ohnehin angeglichenen Gewinnermittlungsregeln würde lediglich die Hinzurechnung der Auslandsgewinne zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Die Steuerplanungskosten der Unternehmen nehmen in dem Maße ab, wie von der Besteuerung keine Anreize mehr für die Verlagerung von Investitionen oder Buchgewinnen ausgehen.

Allerdings stellt sich das Problem, dass Mutterunternehmen Anreize hätten, ihren Sitz in Niedrigsteuerländer zu verlagern. Das europäische Recht erlaubt nicht, dass eine Sitzverlagerung durch eine nationale Wegzugsbesteuerung verhindert wird. In dem Maße, in dem Muttergesellschaften in Niedrigsteuerländern angesiedelt sind, könnte es zu Anrechnungsüberhängen kommen, und dann würden auch wieder Anreize entstehen, Realinvestitionen und Buchgewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern. Selbst wenn es nicht zur Sitzverlagerung kommt, hätten Unternehmen in Hochsteuerländern möglicherweise Anreize, Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländern an Konzerne mit Hauptsitz in Niedrigsteuerländern zu verkaufen bzw. auf die Akquisition neuer ausländischer Tochtergesellschaften zu verzichten. Die europaweiten Konzernstrukturen wären steuerlich verzerrt.

Für Hochsteuerländer ergibt sich damit das bedrohliche Szenario, dass nach einer Verringerung der Aktivitäten heimischer Unternehmen im Bereich der Verlagerung von Gewinnen und Investitionen ein Trend zum Wegzug inländischer Konzernmuttergesellschaften und zum Verkauf von Beteiligungen im Inland verbleibender Konzerne zu beobachten sein könnte. Da abnehmende Auslandsbeteiligungen multinationaler Firmen typischerweise mit abnehmenden Inlandsaktivitäten einhergehen, könnte der Zugriff auf die Auslandsgewinne inländischer Unternehmen sich mittelfristig als gravierender Nachteil entpuppen.

Insgesamt zeigt sich, dass die betrachteten weiter gehenden Koordinationsmaßnahmen bei den bestehenden Steuersatzdifferenzen zwischen den Mitgliedstaaten steuerlich bedingte Verzerrungen wirtschaftlicher Entscheidungen nicht nachhaltig verringern. Im Gegenteil: Es können neue Verzerrungen und Fehlanreize hinzukommen. Eine konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage kann nur bei verringerten Steuersatzdifferenzen die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes verbessern.

5 Einführung eines Mindeststeuersatzes

Die Steuersatzdifferenzen könnten durch die Einführung eines Mindeststeuersatzes oder eines Steuersatzkorridors (Mindest- und Höchststeuersatz) verringert werden. Diese Lösung hätte auch den Vorteil, Verwerfungen im Steuersystem zu begrenzen, die dadurch entstehen, dass der Körperschaftsteuersatz und der Spitzensatz der Einkommensteuer immer stärker divergieren. Ein Mindeststeuersatz wirft aber auch wirtschaftspolitische Probleme auf. Er würde die EU anfälliger für Steuerwettbewerb von Drittstaaten machen und die Wachstumsperspektiven vor allem der osteuropäischen Mitgliedstaaten verschlechtern. Wenn man der Auffassung ist, dass es durch Unvollkommenheiten des politischen Prozesses tendenziell zu einer übermäßigen Ausdehnung staatlicher Tätigkeit kommt, wird man die Eingrenzung des Steuerwettbewerbs durch Mindeststeuersätze ebenfalls kritisch sehen. Unabhängig von der Bewertung der Vor- und Nachteile eines Mindeststeuersatzes ist zu bedenken, dass ein solcher Mindestsatz derzeit in der EU kaum durchsetzbar sein dürfte.

6 Fazit

Die Überlegungen des Beirates zur Koordination der Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union führen zu dem folgenden Fazit:

1. Eine Angleichung der Vorschriften zur steuerlichen Gewinnermittlung in der Europäischen Union hätte den nicht zu unterschätzenden Vorteil, die steuerlichen Befolgungskosten (Compliance Costs), die derzeit aus dem Umgang mit 27 verschiedenen nationalen Steuersystemen resultieren, zu senken. Bei einheitlichen Gewinnermittlungsregeln würde der Steuerwettbewerb sich allerdings auf einen Steuersatzwettbewerb verengen und intensivieren. Der Druck, Steuersätze zu senken, würde zunehmen.
2. Solange Unterschiede in der tariflichen Belastung von Unternehmensgewinnen existieren, bleiben die im Status quo bestehenden Anreize, sowohl reale ökonomische Aktivität als auch Buchgewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern, auch nach einer Angleichung der Gewinnermittlungsregeln bestehen.
3. Als eine weiter reichende Koordinierungsmaßnahme hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, die Besteuerung auf der Basis direkter Gewinnaufteilung aufzugeben und dazu überzugehen, die EU-weiten Gewinne der einzelnen Unternehmen für Zwecke der Besteuerung nach einer Formel unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen (Formula Apportionment). Es bleibt aber dabei, dass der Konzerngewinn abschließend bei den Konzerngesellschaften besteuert wird (Quellenprinzip).
4. Alternativ ist es denkbar, die Besteuerung auf der Basis direkter Gewinnaufteilung beizubehalten (Separate Entity Accounting), die Gewinne aller Tochtergesellschaften aber zusätzlich unter Anrechnung ausländischer Steuern bei der Muttergesellschaft zu besteuern (Wohnsitzprinzip).
5. Bei weiterhin bestehenden Steuersatzdifferenzen kann keine dieser weiterführenden Koordinationsmaßnahmen steuerlich bedingte Verzerrungen wirtschaftlicher Entscheidungen im europäischen Binnenmarkt nachhaltig verringern. Im Gegenteil können neue Verzerrungen und Fehlanreize hinzukommen.
6. Nur bei verringerten Steuersatzdifferenzen können die oben genannten (Punkte 3 und 4), weiter reichenden Koordinationsmaßnahmen die Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes verbessern.
7. Die Steuersatzdifferenzen unter den Mitgliedstaaten könnten durch die Einführung eines Mindeststeuersatzes oder eines Steuersatzkorridors (Mindest- und Höchststeuersatz) verringert werden. Ein solcher Mindeststeuersatz hat Vorteile, wirft aber auch wirtschaftspolitische Probleme auf und dürfte derzeit in der EU schwer durchsetzbar sein.
8. Ohne Vereinbarungen, die zu einer stärkeren Angleichung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne in der Europäischen Union führen, ist eine Koordination der Unternehmensbesteuerung, die über eine Annäherung der Gewinnermittlungsregeln hinausgeht (Quellenprinzip mit Formula Apportionment oder Wohnsitzprinzip mit Separate Entity Accounting), nicht zu empfehlen.







Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	78
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	78
1 Kreditmarktmittel	78
2 Gewährleistungen	79
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	79
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	80
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006	82
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	86
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006	88
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	90
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	91
10 Entwicklung der Staatsquote	92
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	93
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	94
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	95
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	96
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	97
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	98
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	99
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	100
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
1 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2007	101
2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2007	102
3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2007	103
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2007	105
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2 Preisentwicklung	107
3 Außenwirtschaft	108
4 Einkommensverteilung	108
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	109
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	110
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	111
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	112
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	113
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	114
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	115
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	118

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 28. Februar 2007 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. März 2007 ¹ Mio. €
Anleihen	574 050	0	0	574 050
Bundessobligationen	167 949	6 000	0	173 949
Bundesschatzbriefe	10 184	157	68	10 274
Bundesschatzanweisungen	117 000	8 000	15 000	110 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 573	5 885	5 900	35 558
Finanzierungsschätze	3 178	180	200	3 158
Schuldscheindarlehen	24 393	108	2 920	21 581
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Gesamte umlaufende Schuld	932 532			928 774

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 28. Februar 2007 Mio. €	Stand: 31. März 2007 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	174 699	173 314
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	296 532	288 099
langfristig (mehr als 4 Jahre)	461 301	467 361
Gesamte umlaufende Schuld	932 532	928 774

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung	
		am 31. März 2007 in Mrd. €	am 31. März 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	97,1	106,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	28,3	31,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,3	60,3

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Ist Mrd. €	2007 Soll Mrd. €	2008 – 2010 Finanzplanung		
				2008 Mrd. €	2009 Mrd. €	2010 Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,5	3,4	1,4	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	232,8	250,7	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	1,9	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	7,2	13,7	- 1,1	3,6	2,3
3. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 28,2	- 19,8	- 21,7	- 21,2	- 20,7
in % der Ausgaben	12,1	10,8	7,3	7,9	7,7	7,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	229,4	240,5	238,0	241,0	241,0	242,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	1,6	- 5,3	.	.	.
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,9	216,3	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,2	3,2	- 2,2	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabebart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 204	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 730	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 380	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 008	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 715	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 543	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	3	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	162 467	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 538	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	38	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 361	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	142 079	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	14 275	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	32 256	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 024	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	246 664	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 860	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	14 051	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 755	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 700	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	66	65	77	82
Sondervermögen	-	-	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 161	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 999	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 162	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	387	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	-0	-	-	-	-	-
Sonstige – Inland	160	172	161	155	148	145
Ausland	201	215	215	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	3 422	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	1 058	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	578	616	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 102	24 333	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	23 957	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	– 496	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 500	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 732	43 378	23 565	13 984	–	5 830
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 620	7 359	3 735	1 116	–	2 508
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 987	2 746	446	127	–	2 173
03 Verteidigung	27 795	27 408	15 190	11 440	–	778
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 854	2 595	1 791	747	–	56
05 Rechtsschutz	325	313	220	78	–	15
06 Finanzverwaltung	3 151	2 958	2 182	475	–	300
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 047	8 515	487	615	–	7 413
13 Hochschulen	1 894	968	7	5	–	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 466	1 466	–	–	–	1 466
15 Sonstiges Bildungswesen	461	405	9	59	–	337
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 004	5 384	470	547	–	4 366
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 222	291	1	3	–	288
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	134 509	133 639	198	862	–	132 578
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 660	85 660	38	0	–	85 622
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 345	4 345	–	–	–	4 345
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 619	3 396	–	141	–	3 255
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	39 475	39 340	42	662	–	38 635
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	126	126	–	–	–	126
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 285	773	118	59	–	595
3 Gesundheit und Sport	897	698	242	243	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	333	311	133	134	–	45
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	333	311	133	134	–	45
32 Sport	124	100	–	18	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	198	156	74	40	–	41
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	242	131	35	50	–	46
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	706	2	2	–	701
41 Wohnungswesen	1 002	702	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	1	–	1
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	9	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	908	490	27	120	–	344
52 Verbesserung der Agrarstruktur	614	229	–	1	–	228
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	113	113	–	54	–	59
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	113	113	–	54	–	59
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	181	148	27	64	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	983	1 641	1 729	4 353	4 321
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	258	2	–	261	261
02 Auswärtige Angelegenheiten	57	1548	1636	3 241	3 239
03 Verteidigung	289	89	10	388	358
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	260	–	–	260	260
05 Rechtsschutz	11	–	–	11	11
06 Finanzverwaltung	108	1	84	193	193
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	100	3 433	–	3 533	3 532
13 Hochschulen	1	925	–	926	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	56	56
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1522	–	1620	1619
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	930	–	931	931
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	861	1	871	521
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	221	1	223	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	130	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	509	0	512	512
3 Gesundheit und Sport	142	57	–	199	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16	6	–	22	22
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	16	6	–	22	22
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	17	26	–	43	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	109	1	–	111	111
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	748	34	782	782
41 Wohnungswesen	–	266	34	300	300
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	7	–	7	7
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17	400	1	418	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	384	0	385	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	17	16	0	33	33

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 745	2 926	49	330	-	2 547
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	418	398	-	185	-	213
621 Kernenergie	211	211	-	-	-	211
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	-	0	-	-
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	208	187	-	185	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 817	1 797	-	4	-	1 793
64 Handel	85	85	-	53	-	33
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	140	-	2	-	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 302	506	49	86	-	371
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	3 450	995	1 821	-	635
72 Straßen	7 524	984	-	863	-	121
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 402	810	491	258	-	61
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	360	1	-	-	-	1
75 Luftfahrt	171	171	42	9	-	120
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 554	1 484	462	690	-	332
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 295	5 767	-	14	-	5 754
81 Wirtschaftsunternehmen	3 909	383	-	14	-	369
832 Eisenbahnen	3 409	77	-	2	-	75
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	500	306	-	12	-	294
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 386	5 384	-	-	-	5 384
873 Sondervermögen	5 361	5 361	-	-	-	5 361
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	25	23	-	-	-	23
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	38 374	545	359	37 469	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
92 Schulden	37 506	37 506	-	37	37 469	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	868	868	545	322	-	0
Summe aller Hauptfunktionen	261 046	237 944	26 110	18 349	37 469	156 016

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 023	794	1 819	1 819
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	21	–	21	21
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	21	–	21	21
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	983	–	983	983
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	794	796	796
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 798	1 763	–	7 562	7 562
72 Straßen	5 148	1 393	–	6 541	6 541
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	592	–	–	592	592
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	359	–	359	359
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	12	–	69	69
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	62	3 338	128	3 527	3 527
81 Wirtschaftsunternehmen	61	3 338	128	3 526	3 526
832 Eisenbahnen	–	3 235	98	3 332	3 332
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	61	103	30	194	194
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	–	–	2	2
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	–	–	2	2
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 112	13 302	2 687	23 102	22 715

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,4
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	250,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	12,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 19,8
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3	15,5
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,5	60,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	24,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	34,3	37,3
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	42,1	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	67,2	73,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²
	Mrd. €					
Öffentlicher Gesamthaushalt¹						
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	635
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	594
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 40 1/2
darunter:						
Bund						
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder						
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	259
Einnahmen	229,4	227,6	228,2	231,7	235,3	247 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 11
Gemeinden						
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	156
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	158,7
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	2,7
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	1 1/2
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	3 1/2
darunter:						
Bund						
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder						
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 0
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	0,3	1,5	1,6	5
Gemeinden						
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	1,8
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Postversorgungskasse.

² 2006: Länder sind Schätzzahlen, Bund und seine Sonderrechnungen sind Ist-Zahlen, Gemeinden sind Ist-Zahlen (Kassenergebnisse).

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: April 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²
	Anteile in %					
Finanzierungssaldo						
(1) in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 1 1/2
darunter:						
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	-10,9	-10,7	- 8,5	- 6 1/2
darunter:						
Bund	- 9,5	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	- 10,8
Länder	-10,1	-11,4	-11,8	- 9,5	- 9,3	- 4 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	1,7
Ausgaben in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,8	27,9	27 1/2
darunter:						
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Postversorgungskasse.

² 2006: Länder sind Schätzzahlen, Bund und seine Sonderrechnungen sind Ist-Zahlen, Gemeinden sind Ist-Zahlen (Kassenergebnisse).

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: April 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt Mrd. €	davon			
		Direkte Steuern Mrd. €	Indirekte Steuern Mrd. €	Direkte Steuern %	Indirekte Steuern %
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 ²	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 ²	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.
Stand: November 2006.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	23,0	40,4	21	37 ^{1/2}

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
Anteile am BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45,7	25,5	20,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2006.

⁶ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Schulden in Mio. €¹						
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 198 145	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 485 352
Bund ²	715 627	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 055
Sonderrechnungen Bund (SR)	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	333 187	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 563
Gemeinden	82 991	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 710
Zweckverbände	8 070	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	7 467
nachrichtlich:							
Bund + SR	773 897	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 611
Länder + Gemeinden	416 178	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 273
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	278 358	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	54 828	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 646
Gemeinden (West)	67 345	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	.
Gemeinden (Ost)	15 646	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	.
Länder und Gemeinden (West)	345 703	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	.
Länder und Gemeinden (Ost)	70 474	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	.
nachrichtlich:							
Sonderrechnungen Bund	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	18 386	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 329
Fonds Deutsche Einheit	39 680	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	204	285	369	469	400	301	227
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,1	57,0	58,5	61,3	63,2	64,6	64,4
Bund ²	34,7	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9	39,1
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,2	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9	20,8
Gemeinden	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Bund + SR	37,5	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6	39,7
Länder + Gemeinden	20,2	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6	24,3
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	13,5	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	.
Gemeinden (Ost)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	.
Länder und Gemeinden (West)	16,8	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7	.
Länder und Gemeinden (Ost)	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	.
nachrichtlich:							
Maastricht-Schuldenstand ⁴	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9	67,9
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	14 579	14 622	15 195	16 066	16 909	17 552	18 032
je Erwerbstätigen	30 609	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285	37 983
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 062,5	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0	2 307,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,183	82,335	82,475	82,518	82,498	82,468	82,372
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,144	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823	39,106

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	57,3	2,7
2003 ⁵	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,5	- 3,1
2004 ⁵	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,3	- 3,0
2005 ⁵	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 ⁶	- 39,5	- 43,5	3,9	- 1,7	- 1,9	0,2	- 37 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 2,3	- 1,6	- 1,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,3
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 4,0	- 3,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Schweden	-	-	-	-7,0	5,0	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,5	- 3,3	- 3,2	- 3,3	- 2,9	- 2,8	- 2,5
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,5	- 1,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 1,3
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 0,9	0,1	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,2	- 1,3
Malta	-	-	-	-	- 6,1	-10,0	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 2,7	- 2,9
Polen	-	-	-	- 4,4	- 1,5	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 3,7	- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,0	- 2,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,5
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 3,5	- 3,6	- 3,2
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 7,2	- 6,5	- 7,8	-10,1	- 7,4	- 5,6
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 1,7
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,6	- 1,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,2	- 2,4	- 2,8
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,6	- 5,1	- 4,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 für alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: November 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,8	67,7	67,3
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,4	86,3	83,2
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	44,4	42,6	35,9	28,5	24,5	22,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,8	101,0	96,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,1	39,7	37,0	34,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,4	66,6	64,7	63,9	63,3
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,1	29,7	27,4	25,8	24,4	23,6
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,9	106,6	107,2	105,9	105,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,0	7,4	7,3	7,1
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	50,5	47,8	45,4
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	62,1	60,9	59,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	57,0	58,6	64,0	67,4	69,4	70,7
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,3	41,3	38,8	37,3	35,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	51,8	50,5	50,4	46,7	42,6	38,7
Vereinigtes Königreich	52,4	51,9	33,4	50,9	41,2	38,9	40,4	42,4	43,2	44,1	44,7
Euroraum	33,8	50,7	57,1	72,4	69,2	69,2	69,7	70,6	69,4	68,0	66,9
EU-15	–	–	–	69,6	63,1	63,0	63,3	64,5	63,3	62,2	61,2
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,5	4,0	2,7	2,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,1	11,1	10,6	10,3
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,7	18,9	19,6	19,8
Malta	–	–	–	–	55,4	70,2	74,9	74,2	69,6	69,0	68,6
Polen	–	–	–	–	35,9	43,9	41,8	42,0	42,4	43,1	42,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,7	41,6	34,5	33,0	31,6	31,0
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,5	28,7	28,0	28,4	28,0	27,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,9	30,8	31,0
Ungarn	–	–	–	–	53,4	58,0	59,4	61,7	67,6	70,9	72,7
Zypern	–	–	–	–	59,5	69,1	70,3	69,2	64,8	62,2	59,6
EU-25	–	–	–	–	62,0	62,0	62,4	63,3	62,5	61,4	60,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	63,8	64,5	64,6	61,7	61,2	61,7
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	137,1	160,2	157,3	158,9	161,5	163,7	165,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für EU-15, USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	-	-	-	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	-	-	-	-	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	-	-	-	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	-	-	-	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,4	45,1	48,3	47,0	46,8	46,1	45,1
Belgien	52,2	49,1	51,1	49,6	50,1	50,1	49,9
Dänemark	55,9	53,9	54,9	54,8	53,0	51,7	50,8
Finnland	48,3	48,8	50,9	51,2	50,8	50,5	50,5
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,7	54,4	54,5	53,9
Griechenland	50,2	52,2	49,4	49,2	46,7	46,0	45,8
Irland	43,1	31,6	33,4	33,7	34,6	34,8	35,1
Italien	53,5	46,1	48,2	47,8	48,2	47,8	48,1
Japan	31,8	39,2	38,5	37,3	36,9	36,7	36,5
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,3	38,9	39,1
Luxemburg	37,7	37,7	42,1	43,2	43,3	41,7	41,2
Niederlande	53,1	43,7	47,1	46,6	45,7	46,5	45,6
Norwegen	54,0	42,7	48,5	45,9	42,9	41,8	41,8
Österreich	51,5	51,4	51,0	50,1	49,6	48,6	47,7
Polen	–	41,0	44,6	42,5	42,8	43,3	43,5
Portugal	40,0	43,1	45,9	46,4	47,8	47,2	47,4
Schweden	61,3	56,8	58,2	56,7	56,4	56,7	55,5
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,6	36,4	36,1	35,9
Slowakei	–	50,9	39,8	39,8	37,7	36,5	35,7
Spanien	42,6	39,0	38,3	38,8	38,2	38,2	38,3
Tschechien	–	42,0	47,5	44,3	43,9	43,9	43,7
Ungarn	–	47,4	49,8	49,4	50,5	49,3	49,2
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,6	36,7
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	44,0	45,1	45,6	45,9

¹ 1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Outlook Nr. 79.
Stand: Juni 2006.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

Stand: Februar 2007.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Januar 2006			Dezember 2006			Januar 2007		
		Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	12 892	18 008	29 834	232 806	248 804	464 069	16 794	19 998	35 360
111	darunter: Steuereinnahmen	11 410	13 991	25 401	203 903	179 772	383 675	14 610	15 528	30 138
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	25 866 ³	7 495	33 361	238 898 ³	72 318	311 216	25 440 ³	5 526	30 966
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	38 064	26 343	63 341	261 046	258 723	502 228	39 806	26 522	64 897
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 841	10 591	13 433	26 110	94 496	120 606	2 703	10 517	13 220
122	Bauausgaben	200	119	319	5 634	4 280	9 914	200	135	334
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-68	-68	-	-45	-45	-	-13	-13
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	16 395	7 310	23 704	211 140	63 933	275 073	25 418	6 379	31 797
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-25 172	-8 335	-33 507	-28 240	-9 919	-38 158	-23 013	-6 524	-29 537
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0	420	420	0	-	0	0	800	800
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0	51	51	0	-	0	0	111	111
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	0	369	369	0	-	0	0	688	688
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	9 490	-1 160	8 330	28 240	7 546	35 786	21	-2 287	-2 266
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0	-926	-926	0	-	0	0	-927	-927
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0	-1 161	-1 161	0	-180	-180	0	-	0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	11 853	8 273	20 126	0	7 939	7 939	15 885	6 894	22 780
32	Vorschüsse	0	6 107	6 107	0	15 701	15 701	0	9 433	9 433
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	4 673	4 673	0	6 495	6 495	0	6 631	6 631
34	Saldo (31-32+33)	11 853	6 839	18 692	0	-1 267	-1 267	15 885	4 092	19 978
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-3 828	-4 374	-8 202	0	-3 820	-3 820	-7 106	-4 957	-12 063
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 828	5 090	8 919	0	2 268	2 268	7 107	3 147	10 254
52	Schatzwechsel	0	-	0	0	-	0	0	-	0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	-	0	0	-	0	0	-	0
54	Kassenkredit vom Bund	0	-	0	0	-	0	0	-	0
55	Sonstige	0	300	300	0	-	0	0	408	408
56	Zusammen	3 828	5 390	9 219	0	2 268	2 268	7 107	3 555	10 662
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	1 016	1 016	0	-1 552	-1 552	0	-1 401	-1 401
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	371	371	-	1 285	1 285	-	367	367
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 672	1 672	-	2 318	2 318	-	1 680	1 680

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Ohne Saarland, da aufgrund technischer Probleme keine Werte gemeldet werden konnten. Stand: April 2007.

2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Februar 2006			Januar 2007			Februar 2007		
		Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	29 343	34 797	61 871	16 794	19 998	35 360	34 766	39 253	71 543
111	darunter: Steuereinnahmen	24 969	27 777	52 746	14 610	15 528	30 138	31 153	31 004	62 157
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	45 258 ³	15 725	60 983	25 440 ³	5 526	30 966	43 884 ³	11 482	55 366
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	57 148	44 904	99 783	39 806	26 522	64 897	57 108	44 871	99 503
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	4 951	18 135	23 086	2 703	10 517	13 220	4 834	18 079	22 913
122	Bausubventionen	371	272	643	200	135	334	383	290	673
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-154	-154	-	-13	-13	-	13	13
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	43 938	13 529	57 467	25 418	6 379	31 797	44 325	15 833	60 159
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	-27 806	-10 107	-37 913	-23 013	-6 524	-29 537	-22 342	-5 618	-27 960
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	324	324	0	800	800	0	200	200
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	52	52	0	111	111	0	60	60
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	272	272	0	688	688	0	140	140
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	1 376	2 476	3 851	21	-2 287	-2 266	-389	-4 380	-4 769
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-17	-17	0	-927	-927	0	-115	-115
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-942	-942	0	-	0	0	-	0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 422	8 037	15 459	15 885	6 894	22 780	4 078	7 276	11 354
32	Vorschüsse	-	11 891	11 891	0	9 433	9 433	0	10 003	10 003
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	4 832	4 832	0	6 631	6 631	0	8 183	8 183
34	Saldo (31-32+33)	7 422	978	8 401	15 885	4 092	19 978	4 078	5 456	9 534
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-19 008	-7 340	-26 347	-7 106	-4 957	-12 063	-18 653	-4 516	-23 169
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	19 008	3 703	22 710	7 107	3 147	10 254	18 653	4 655	23 308
52	Schatzwechsel	-	-	-	0	-	0	0	-	0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	0	-	0	0	-	0
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	0	-	0	0	-	0
55	Sonstige	-	50	50	0	408	408	0	975	975
56	Zusammen	19 008	3 753	22 760	7 107	3 555	10 662	18 653	5 630	24 283
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-3 587	-3 587	0	-1 401	-1 401	0	1 114	1 114
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	530	530	-	367	367	-	1 066	1 066
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 797	1 797	-	1 680	1 680	-	3 093	3 093

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ²Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵Ohne Saarland, da aufgrund technischer Probleme keine Werte gemeldet werden konnten.

Stand: April 2007.

3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	2 482,6	3 055,1	591,0	1 483,0	418,4	2 684,3	3 986,6	750,0	241,9
111	darunter: Steuereinnahmen	2 078,5	2 553,7	451,1	1 262,7	254,5	1 343,9	3 529,4 ⁶	579,4	210,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	0,0	0,0	0,0	38,5	23,6	0,0	23,7	7,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	840,5	1 075,0	230,8	0,0	125,0	-	811,0	1 175,7	113,1
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	3 149,2	3 326,1	800,0	2 005,2	721,5	2 582,1	5 220,0	1 465,3	322,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 838,9	2 063,0	259,4	572,1	124,9	706,4 ³	1 523,3 ³	669,9	176,9
122	Bauausgaben	11,1	29,9	1,6	11,2	7,9	2,6	0,2	1,3	2,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	176,5	155,0	0,0	176,7	0,0	-	0,0	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	118,9	414,1	239,0	536,8	135,5	800,0	810,9	1 318,9	219,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 666,6	- 271,0	- 209,0	- 522,1	- 303,1	102,2	- 1 233,5	- 715,3	- 81,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	118,5	0,0	0,0	0,0	-	0,4	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	7,3	0,0	0,0	0,0	-	4,4	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	111,2	0,0	0,0	0,0	-	-4,0	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	724,3	760,3	35,6	- 540,0	- 10,5	- 799,9	- 814,1	- 142,2	- 110,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	882,6	0,0	- 1 119,5	0,0	-	- 314,7	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 171,1	944,5	- 310,3	615,0	195,5	153,4	1 739,4	620,7	150,0
32	Vorschüsse	2 217,4	4 729,7	71,3	23,2	0,6	615,3	71,7	108,4	- 28,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	242,5	2 302,1	0,0	716,9	129,5	662,6	597,9	2,7	7,1
34	Saldo (31-32+33)	- 803,8	- 1 483,1	- 381,6	1 308,7	324,4	200,7	2 265,5	515,0	185,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 210,9	0,0	- 555,0	- 872,9	10,8	- 497,0	- 100,8	- 342,5	- 6,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	355,0	853,8	0,0	-	0,0	343,0	41,4
52	Schatzwechsel	-	0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	0,0	-	0,0	0,0	-	0,0	-	-
55	Sonstige	-	0,0	-	408,0	0,0	-	0,0	-	-
56	Zusammen	0,0	0,0	355,0	1 261,8	0,0	-	0,0	343,0	41,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	- 210,9	0,0	- 200,0	388,9	10,8	- 497,0	- 100,8	0,5	35,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	-	0,0	-	0,0	-	367,1	0,0	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	0,0	-	0,0	-	662,6	594,3	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Februar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten – 14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2007.

3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 102,8	561,9	729,3	690,5	1 250,5	217,1	274,0	19 998,2
111	darunter: Steuereinnahmen	744,1	388,8	619,5	491,9	724,7	159,3	135,8	15 527,9
112	Länderfinanzausgleich ¹	85,0	46,6	0,0	50,0	227,2	18,8	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–219,0	582,0	423,1	125,0	0,0	269,0	–25,0	5 526,2
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 214,5	846,2	959,6	1 075,9	1 912,7	404,2	1 037,7	26 522,3
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	405,9	171,9	437,6	200,3	830,6	117,5	418,4	10 517,0
122	Bausausgaben	13,6	4,6	3,7	14,0	3,0	9,9	17,6	134,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	0,0	0,0	0,0	–	–	0,0	0,0	–12,6
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	126,7	102,0	381,8	186,7	782,3	205,7	0,0	6 378,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	– 111,7	– 284,3	– 230,3	– 385,4	– 662,2	– 187,1	– 763,7	– 6 524,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	600,6	–	–	–	–	80,3	0,0	799,8
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	49,3	–	–	–	–	50,4	0,0	111,4
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	551,3	–	–	–	–	29,9	0,0	688,4
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–345,4	–684,0	40,8	–60,4	–382,1	62,9	–21,3	–2 286,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–551,3	–	–	55,1	–	–409,0	–5,1	–926,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	–	–	–	0,0	0,0	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	457,7	1 017,2	0,0	–107,5	135,6	78,1	34,0	6 894,4
32	Vorschüsse	1 431,2	137,0	0,0	3,3	–	–25,7	78,1	9 433,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 373,2	49,3	0,0	2,2	307,3	247,5	–9,4	6 631,4
34	Saldo (31–32+33)	399,7	929,5	0,0 ⁵	–108,6	442,9	351,3	–53,5	4 092,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–57,4	–38,8	–189,5	–499,3	–601,4	–152,0	–843,6	–4 956,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	650,0	614,0	243,1	47,0	3 147,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	0,0	0,0	408,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	650,0	614,0	243,1	47,0	3 555,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–57,4	–38,8	–189,5	150,7	12,6	91,1	–796,6	–1 401,4
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	0,0	0,0	367,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	307,3	125,2	–9,4	1 680,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Februar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten –14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	4 687,7	5 606,3	1 320,1	2 979,3	833,2	4 587,5	7 079,6	1 936,8	425,7
111	darunter: Steuereinnahmen	3 941,4	4 578,7	1 049,9	2 556,5	567,4	2 898,9	6 149,4 ⁶	1 284,2	382,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	0,0	0,0	0,0	76,9	56,3	0,0	60,6	7,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 840,5	1 250,0	282,4	–0,3	125,0	1 000,0	1 868,0	1 848,8	243,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	5 185,2	5 936,7	1 603,7	3 492,4	1 209,2	4 098,7	7 967,7	2 554,5	583,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 882,5	3 287,1	425,1	1 140,4	247,2	1 402,6 ³	3 006,7 ³	1 046,0	275,3
122	Bauausgaben	31,9	67,1	2,4	18,7	18,9	7,9	0,3	2,8	5,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	399,6	310,0	0,0	415,2	0,0	–	0,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	626,3	558,2	994,6	728,5	163,6	1 561,7	4 430,4	1 810,2	397,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-497,5	-330,4	-283,6	-513,1	-376,0	488,8	-888,1	-617,8	-157,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	118,5	0,0	0,0	–	–	0,0	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	7,3	0,0	0,0	–	–	0,0	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	111,2	0,0	0,0	–	–	0,0	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 228,0	790,9	–451,0	–764,7	–38,3	–560,3	–2 566,0	41,4	–161,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	882,7	0,0	–1 119,5	0,0	–	0,0	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 413,9	1 432,4	289,2	886,3	233,9	211,0	1 357,3	577,1	171,9
32	Vorschüsse	3 096,9	5 293,8	6,6	26,1	0,6	687,3	128,5	193,1	25,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	248,8	2 407,1	0,0	718,4	129,3	1 361,7	604,0	2,8	10,5
34	Saldo (31–32+33)	–1 434,2	–1 454,3	282,6	1 578,6	362,6	885,4	1 832,8	386,8	157,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–168,5	0,0	–452,0	–818,7	–51,7	813,9	–1 621,4	–189,6	–162,0
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	460,0	125,0	24,0	–	1 640,0	190,0	171,8
52	Schatzwechsel	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
55	Sonstige	–	0,0	–	975,0	0,0	–	0,0	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	460,0	1 100,0	24,0	–	1 640,0	190,0	171,8
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–168,5	0,0	8,0	281,3	–27,7	813,9	18,6	0,4	9,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	0,0	–	0,0	–	1 066,2	0,0	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	0,0	–	0,0	–	1 361,7	600,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne März-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten –14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 474,6	1 284,2	1 243,2	1 210,3	2 798,7	467,1	1 431,2	39 253,4
111	darunter: Steuereinnahmen	1 581,0	954,2	1 018,5	832,4	1 684,5	340,1	1 184,8	31 004,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	170,0	93,2	0,0	99,8	501,7	46,2	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–213,0	383,5	1 293,2	276,3	764,3	633,9	–114,7	11 481,5
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 338,5	1 511,9	1 600,4	1 710,4	3 647,2	737,3	1 805,9	44 871,2
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	723,3	361,9	679,0	392,5	1 329,2	218,7	661,6	18 079,1
122	Bauausgaben	41,0	11,9	9,1	20,5	9,5	12,9	29,7	289,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	0,0	0,0	0,0	–	–	0,0	0,0	12,7
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	331,5	388,3	1 456,8	507,1	1 503,7	374,6	0,0	15 833,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	136,1	–227,7	–357,2	–500,1	–848,5	–270,2	–374,7	–5 617,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	81,9	0,0	200,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	52,7	0,0	60,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	0,0	–	–	–	–	29,2	0,0	140,4
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–544,1	–771,8	–164,7	–229,5	–336,4	258,6	–110,3	–4 379,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,0	0,0	–	–	–	–409,0	–4,0	–114,6
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	–	–	–	0,0	0,0	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	367,5	1 012,5	0,0	–236,8	114,3	81,1	–636,1	7 275,5
32	Vorschüsse	1 420,7	180,6	0,0	7,3	–	–28,8	–1 035,3	10 002,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 381,6	92,5	0,0	2,2	345,1	223,7	655,0	8 182,7
34	Saldo (31–32+33)	328,4	924,5	0,0 ⁵	–241,9	459,4	333,6	1 054,2	5 455,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–79,6	–75,0	–521,9	–971,5	–725,5	–58,0	565,2	–4 516,3
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	974,6	740,0	105,8	224,0	4 655,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	0,0	0,0	975,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	974,6	740,0	105,8	224,0	5 630,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–79,6	–75,0	–521,9	3,1	14,5	47,8	789,2	1 113,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	0,0	0,0	1 066,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	345,1	130,7	655,0	3 092,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne März-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten –14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote ⁴
	Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbstätigen	je Stunde	
			Veränderung in % p. a.			in %			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,8	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,7	2,0	2,0	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	- 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,3	18,1

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. ³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).
 Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
 Stand: März 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	- 0,2	1,0	1,6	1,6	- 0,5
2005	1,5	0,6	- 0,8	0,9	1,4	2,0	- 0,9
2006	3,0	0,3	- 2,2	1,2	1,4	1,7	- 1,2
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,8	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).
 Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
 Stand: März 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	13,5	14,7	122,71	108,76	44,9	39,6	5,3	4,7
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,1	5,7	95,9	62,9	38,3	34,0	4,3	2,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: März 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Veränderung in % p. a.				in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2006	3,3	7,3	1,4	66,2	67,8	0,7	- 1,8
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,1	5,9	0,4	69,4	70,7	0,8	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: März 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,4	1,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,1
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,2
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,6
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,4
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,2
EU-15	2,6	3,0	2,5	3,9	1,1	2,2	1,5	2,6	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,0
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,2
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,8
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,7
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,7
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,8

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	1,2
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	0,3	- 1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
Tschechien	1,4	- 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
EU-25	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Japan	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,3	0,3	0,4	0,7
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.
Stand: November 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,9	8,4	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,1
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,4
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	8,0	8,1	7,9	7,5	7,2	6,9
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	–	0,0	6,8	16,4	12,4	11,4	8,3	5,9	5,2	5,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,7
Zypern	–	–	2,7	4,9	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
EU-25	–	–	10,4	8,6	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6 ↑	7,7 ↑	7,0 ↑	6,4	12,4 ↑	9,6 ↓	9,0 ↓	8,3	8,8	7,7 ↓	5,0 ↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7 ↑	6,4 ↓	5,9	12,7 ↑	9,7	8,1 ↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2 ↓	5,0
Ukraine	2,7 ↑	7,1 ↑	5,0 ↑	4,6	13,5	9,0 ↓	11,3 ↑	10,0	2,9 ↓	-1,7 ↓	-4,1 ↓	-5,5
Asien	8,7 ↑	8,9 ↑	8,4 ↑	8,0	3,5 ↑	3,7 ↑	3,7 ↑	3,2	4,5 ↓	5,4 ↑	5,7 ↑	5,9
darunter												
China	10,4 ↑	10,7 ↑	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0 ↑	10,5
Indien	9,2 ↑	9,2 ↑	8,4 ↑	7,8	4,2 ↑	6,1 ↑	6,2 ↑	4,3	-0,9 ↑	-2,2 ↓	-2,4 ↑	-2,3
Indonesien	5,7 ↑	5,5 ↑	6,0	6,3	10,5	13,1 ↑	6,3 ↑	5,3	0,1 ↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2 ↑	5,0	4,4 ↑	4,4	2,8 ↑	2,2 ↓	2,5 ↓	2,5	1,9 ↓	0,7 ↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5 ↓	4,8	4,5	4,6 ↓	2,5 ↓	2,5	-4,5 ↓	1,6 ↑	1,5 ↑	0,9
Lateinamerika	4,6 ↑	5,5 ↑	4,9 ↑	4,2	6,3	5,4 ↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5 ↓	-0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5 ↑	7,5 ↑	5,5	9,6	10,9 ↓	10,3 ↓	12,7	1,9	2,4 ↑	1,2 ↑	0,4
Brasilien	2,9 ↑	3,7 ↑	4,4 ↑	4,2	6,9	4,2 ↓	3,5 ↓	4,1	1,6 ↓	1,3 ↑	0,8 ↑	0,3
Chile	5,7 ↓	4,0 ↓	5,2 ↓	5,1	3,1	3,4 ↓	2,5 ↓	3,0	0,6	3,8 ↑	2,7 ↑	-0,2
Mexiko	2,8 ↓	4,8 ↑	3,4 ↓	3,5	4,0	3,6 ↑	3,9 ↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0 ↓	-1,4
Venezuela	10,3 ↑	10,3 ↑	6,2 ↑	2,0	15,9	13,6 ↑	21,6 ↑	25,7	17,8 ↓	15,0 ↓	7,0 ↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5 ↑	5,0	6,0	8,2	9,6 ↓	8,0 ↑	4,3	-6,3 ↑	-8,0 ↓	-7,3 ↓	-6,8
Südafrika ²	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

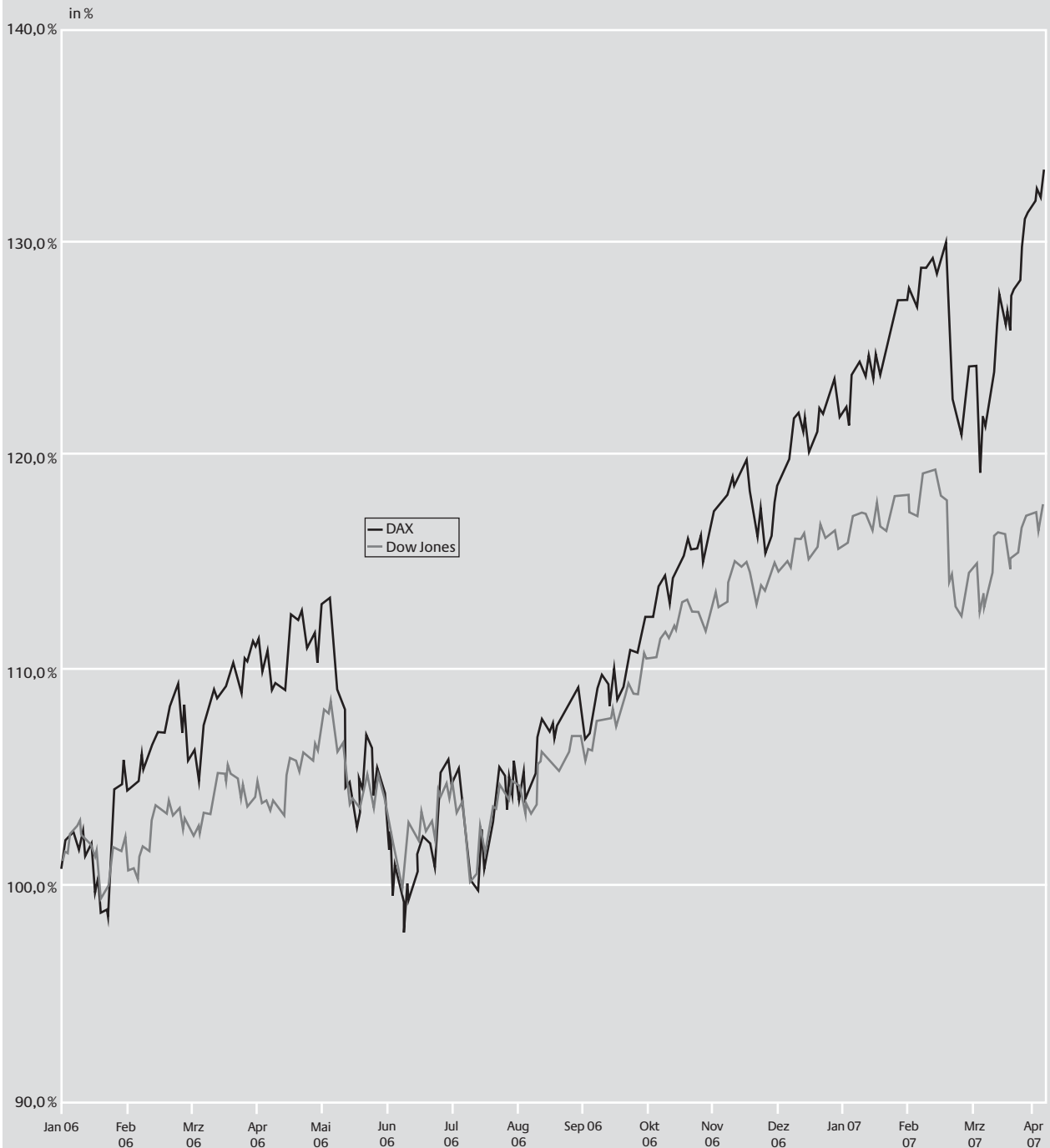
¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

² Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %
(2. Januar 2006 bis 13. April 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 13.4.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 612	12 463	1,20	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 812	3 697	3,09	3 204	3 739
Dax	7 212	6 597	9,32	5 292	6 597
CAC 40	5 789	5 542	4,47	4 615	5 618
Nikkei	17 364	17 226	0,80	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 13.4.2007	Ende 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
	in %				
USA	4,76	4,70	-	4,33	5,25
Bund	4,23	3,95	- 0,53	3,26	4,12
Japan	1,71	1,68	- 3,06	1,43	2,00
Brasilien	11,34	12,57	6,58	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 13.4.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,35	1,32	2,26	1,18	1,33
Yen/Dollar	119,27	119,00	0,20	110,00	120,00
Yen/Euro	160,70	157,00	2,30	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,68	0,67	0,86	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,7	1,8	2,0	1,9	1,8	1,7	1,2	9,5	8,9	8,4	7,8
OECD	1,1	2,6	1,8	2,1	1,9	1,7	1,9	1,0	9,1	8,0	7,7	7,2
IWF	0,9	2,7	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0	1,6	9,1	8,1	7,8	7,6
USA												
EU-KOM	3,2	3,4	2,3	2,8	3,4	3,4	2,5	1,9	5,1	4,7	5,1	5,4
OECD	3,2	3,3	2,4	2,7	3,4	3,3	2,3	2,3	5,1	4,6	4,8	5,1
IWF	3,2	3,3	2,2	2,8	3,4	3,2	1,9	2,5	5,1	4,6	4,8	5,0
Japan												
EU-KOM	2,6	2,7	2,3	2,1	-0,3	0,3	0,4	0,7	4,4	4,3	4,3	4,3
OECD	2,7	2,8	2,0	2,0	-0,6	0,3	0,3	0,8	4,4	4,2	3,9	3,6
IWF	1,9	2,2	2,3	1,9	-0,6	0,2	0,3	0,8	4,4	4,1	4,0	4,0
Frankreich												
EU-KOM	1,2	1,9	2,2	2,1	1,9	1,9	1,5	1,9	9,7	9,3	9,0	8,7
OECD	1,2	2,1	2,2	2,3	1,9	2,0	1,4	1,6	9,9	9,1	8,5	8,2
IWF	1,2	2,0	2,0	2,4	1,9	1,9	1,7	1,8	9,7	9,0	8,3	7,8
Italien												
EU-KOM	0,0	1,9	2,0	1,4	2,2	2,2	1,9	2,2	7,7	7,1	7,0	7,0
OECD	0,1	1,8	1,4	1,6	2,2	2,2	1,9	2,0	7,8	7,1	6,8	6,5
IWF	0,1	1,9	1,8	1,7	2,2	2,2	2,1	2,0	7,7	6,8	6,8	6,8
Großbritannien												
EU-KOM	1,9	2,7	2,7	2,4	2,1	2,3	2,2	2,0	4,7	5,3	5,0	4,8
OECD	1,9	2,6	2,6	2,8	2,0	2,2	2,0	1,9	4,8	5,5	5,7	5,8
IWF	1,9	2,7	2,9	2,7	2,0	2,3	2,3	2,0	4,8	5,4	5,3	5,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,9	2,8	2,7	3,1	2,2	2,1	1,5	2,0	6,8	6,4	6,6	6,5
IWF	2,9	2,7	2,4	2,9	2,2	2,0	1,7	2,0	6,8	6,3	6,2	6,2
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,7	2,4	2,2	2,2	2,2	1,8	1,9	8,6	8,0	7,7	7,4
OECD	1,5	2,6	2,2	2,3	2,2	2,2	1,9	1,8	8,6	7,9	7,4	7,1
IWF	1,4	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2	2,0	2,0	8,6	7,7	7,3	7,1
EU-25												
EU-KOM	1,7	2,8	2,4	2,4	2,2	2,3	2,3	2,0	8,8	8,0	7,6	7,3
EU-27 (EU-KOM)	-	2,9	2,7	-	-	2,2	2,0	-	-	-	-	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006 und Interimsprognose, Februar 2007 (nur für DE, ES, FR, IT, NL, PL, UK, Euroraum, EU-27).
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: April 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	1,1	2,7	2,3	2,2	2,5	2,4	1,8	1,7	8,4	8,6	8,5	8,4
OECD	1,5	2,9	2,3	2,1	2,5	2,4	1,7	1,8	8,4	8,6	8,3	8,0
IWF	1,5	3,0	2,2	2,0	2,5	2,3	1,9	1,8	8,4	8,3	7,8	7,6
Finnland												
EU-KOM	2,9	4,9	3,0	2,6	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,4	7,3
OECD	3,0	5,0	2,8	2,7	0,8	1,3	1,4	1,5	8,4	7,8	7,6	7,4
IWF	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,5	7,4
Griechenland												
EU-KOM	3,7	3,8	3,7	3,7	3,5	3,3	3,3	3,3	9,8	9,3	8,9	8,6
OECD	3,7	4,0	3,8	3,8	3,5	3,4	2,9	2,8	10,4	9,6	9,2	8,8
IWF	3,7	4,2	3,8	3,5	3,5	3,3	3,2	3,2	9,9	8,9	8,3	8,5
Irland												
EU-KOM	5,5	5,3	5,3	4,3	2,2	2,9	2,7	2,2	4,3	4,3	4,5	4,8
OECD	5,5	5,1	5,1	4,5	2,2	2,8	2,8	3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
IWF	5,5	6,0	5,0	3,7	2,2	2,7	2,4	2,1	4,4	4,4	4,5	4,7
Luxemburg												
EU-KOM	4,0	5,5	4,5	4,2	3,8	3,2	2,2	1,8	4,5	4,6	4,4	4,1
OECD	4,0	5,2	4,3	4,0	3,8	3,3	2,0	2,2	4,6	4,6	4,7	5,0
IWF	4,0	5,8	4,6	4,1	2,5	2,7	2,1	2,1	4,2	4,4	4,6	4,8
Niederlande												
EU-KOM	1,5	2,9	2,8	2,6	1,5	1,7	1,7	2,3	4,7	3,9	3,0	2,7
OECD	1,5	3,0	3,1	3,0	1,5	1,5	1,0	1,9	5,0	4,9	4,2	3,1
IWF	1,5	2,9	2,9	2,7	1,5	1,7	1,8	2,1	4,7	3,9	3,2	3,1
Österreich												
EU-KOM	2,0	3,1	2,6	2,1	2,1	1,8	1,8	1,7	5,2	5,1	5,1	5,1
OECD	2,6	3,2	2,5	2,4	2,1	1,7	1,8	2,0	5,8	5,5	5,5	5,5
IWF	2,0	3,2	2,8	2,4	2,1	1,7	1,6	1,7	5,2	4,8	4,5	4,3
Portugal												
EU-KOM	0,4	1,2	1,5	1,7	2,1	2,9	2,2	2,1	7,6	7,6	7,7	7,7
OECD	0,4	1,3	1,5	1,7	2,1	3,1	2,0	1,8	7,7	7,5	7,4	7,0
IWF	0,5	1,3	1,8	2,1	2,1	3,1	2,5	2,4	7,6	7,7	7,4	7,3
Slowenien												
EU-KOM	4,0	4,8	4,2	4,5	2,5	2,5	2,5	2,6	6,5	6,1	6,1	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,0	5,2	4,5	4,0	2,5	2,7	2,7	2,4	6,5	6,4	6,4	6,4
Spanien												
EU-KOM	3,5	3,8	3,7	3,3	3,4	3,6	2,5	2,7	9,2	8,1	7,9	7,4
OECD	3,5	3,7	3,3	3,1	3,4	3,5	2,7	3,2	9,2	8,4	7,8	7,6
IWF	3,5	3,9	3,6	3,4	3,4	3,6	2,6	2,7	9,2	8,5	7,8	7,7

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006 und Interimsprognose, Februar 2007 (nur für DE, ES, FR, IT, NL, PL, UK, Euroraum, EU-27).
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.

Stand: April 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	5,5	6,0	6,0	6,2	5,0	7,0	3,5	3,8	10,1	8,9	7,7	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	5,5	6,2	6,0	6,0	5,0	7,3	5,3	3,6	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	3,0	3,0	2,3	2,2	1,7	2,0	2,0	1,9	4,8	3,8	3,5	3,5
OECD	3,0	3,5	2,6	1,6	1,8	2,0	2,1	2,6	4,8	3,8	3,3	3,3
IWF	3,1	3,3	2,5	2,2	1,8	1,9	2,0	1,9	5,7	4,5	4,7	4,9
Estland												
EU-KOM	10,5	10,9	9,5	8,4	4,1	4,4	4,2	4,6	7,9	5,4	3,8	3,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,5	11,4	9,9	7,9	4,1	4,4	4,8	5,3	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	10,2	11,0	8,9	8,0	6,9	6,7	5,8	5,4	8,9	7,4	7,2	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,2	11,9	10,5	7,0	6,7	6,5	7,3	6,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	7,6	7,8	7,0	6,5	2,7	3,8	4,6	3,3	8,3	5,9	5,2	5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,6	7,5	7,0	6,5	2,7	3,8	3,5	3,4	-	-	-	-
Malta												
EU-KOM	2,2	2,3	2,1	2,2	2,5	3,0	2,6	2,4	7,3	7,0	7,0	6,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,2	2,5	2,3	2,3	2,5	2,6	2,4	2,3	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	3,2	5,8	6,0	4,8	2,2	1,3	2,0	2,8	17,7	13,9	12,2	11,6
OECD	3,5	5,1	5,1	4,8	2,2	1,4	1,9	2,3	17,7	14,2	12,6	11,3
IWF	3,5	5,8	5,8	5,0	2,1	1,0	2,2	2,9	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	4,1	7,2	5,8	5,6	9,1	6,8	5,1	4,6	7,7	7,6	7,5	7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,1	7,7	6,5	4,8	9,0	6,6	4,5	5,0	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	2,7	4,0	3,3	3,1	0,8	1,5	1,6	1,8	7,8	7,3	7,4	7,1
OECD	2,7	4,3	3,6	2,9	0,5	1,4	2,2	2,5	5,8	5,5	5,3	4,3
IWF	2,7	4,4	3,3	2,5	0,8	1,5	1,8	2,0	5,8	4,8	5,5	5,0
Slowakei												
EU-KOM	6,0	6,7	7,2	5,7	2,8	4,5	3,4	2,5	16,3	14,3	13,3	12,9
OECD	6,0	8,2	8,0	5,7	2,7	4,5	2,8	2,2	16,2	13,5	12,2	11,7
IWF	6,0	8,2	8,2	7,5	2,8	4,4	2,4	2,3	-	-	-	-
Tschechien												
EU-KOM	6,1	6,0	5,1	4,7	1,6	2,5	2,7	2,9	7,9	7,4	7,1	6,9
OECD	6,1	6,2	4,8	4,6	1,9	2,8	3,4	3,1	8,0	7,3	6,8	6,3
IWF	6,1	6,1	4,8	4,3	1,8	2,5	2,9	3,0	-	-	-	-
Ungarn												
EU-KOM	4,2	4,0	2,4	2,7	3,5	3,9	6,8	3,9	7,2	7,3	7,7	7,7
OECD	4,2	4,0	2,2	3,0	3,6	3,9	6,7	4,1	7,3	7,5	7,7	7,6
IWF	4,2	3,9	2,8	3,0	3,6	3,9	6,4	3,8	-	-	-	-
Zypern												
EU-KOM	3,8	3,8	3,8	3,9	2,0	2,4	2,0	2,4	5,3	5,4	5,5	5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,9	3,8	3,9	4,0	2,6	2,5	2,1	2,1	5,3	4,9	4,8	4,7

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006 und Interimsprognose, Februar 2007 (nur für DE, ES, FR, IT, NL, PL, UK, Euroraum, EU-27).
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.

Stand: April 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-2,3	-1,6	-1,2	67,9	67,8	67,7	67,3	4,2	4,5	5,3	5,4
OECD	-3,2	-2,3	-1,4	-1,3	68,0	68,2	66,8	66,2	4,2	4,0	4,8	5,2
IWF	-3,2	-1,7	-1,3	-1,3	66,4	66,8	66,5	65,9	4,6	5,1	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,2	-2,4	-2,8	-	-	-	-	-6,2	-6,4	-6,4	-6,5
OECD	-3,7	-2,3	-2,8	-3,0	61,8	60,9	61,8	62,6	-6,4	-6,6	-6,5	-6,6
IWF	-3,7	-2,6	-2,5	-2,5	60,3	59,6	60,3	60,6	-6,4	-6,5	-6,1	-6,0
Japan												
EU-KOM	-6,5	-5,6	-5,1	-4,7	-	-	-	-	3,6	3,5	3,0	2,7
OECD	-5,3	-4,6	-4,0	-3,7	173,1	176,2	177,6	177,3	3,7	3,8	4,5	5,3
IWF	-4,8	-4,3	-3,8	-3,5	182,9	184,8	185,0	184,3	3,6	3,9	3,9	3,6
Frankreich												
EU-KOM	-2,9	-2,7	-2,6	-2,2	66,6	64,7	63,9	63,3	-2,1	-2,1	-2,0	-2,1
OECD	-2,9	-2,7	-2,5	-2,3	66,7	65,8	65,1	63,9	-1,6	-1,7	-1,8	-1,8
IWF	-2,9	-2,6	-2,6	-2,4	66,7	64,7	63,9	63,4	-1,6	-2,1	-2,2	-2,3
Italien												
EU-KOM	-4,1	-4,7	-2,9	-3,1	106,6	107,2	105,9	105,7	-1,1	-1,4	-1,1	-0,8
OECD	-4,3	-4,8	-3,2	-3,3	106,6	106,9	107,2	107,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,6
IWF	-4,1	-4,4	-2,2	-2,4	106,2	106,8	106,0	105,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,2
Großbritannien												
EU-KOM	-3,3	-2,9	-2,8	-2,5	42,4	43,2	44,1	44,7	-2,2	-2,5	-2,6	-2,8
OECD	-3,4	-3,0	-2,7	-2,6	43,0	44,2	45,4	46,5	-2,2	-2,4	-2,0	-2,1
IWF	-3,0	-2,5	-2,4	-2,2	42,7	43,2	43,6	43,7	-2,4	-2,9	-3,1	-3,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,9	0,8	0,8	70,8	68,0	66,3	64,1	2,3	1,1	0,1	0,0
IWF	1,4	0,9	0,6	0,7	78,6	74,1	70,7	66,5	2,3	1,7	0,7	0,6
Euroraum												
EU-KOM	-2,4	-2,0	-1,5	-1,3	70,6	69,4	68,0	66,9	0,0	-0,1	0,1	0,1
OECD	-2,4	-2,1	-1,5	-1,4	70,8	69,9	68,6	67,5	0,0	-0,3	-0,1	-0,1
IWF	-2,4	-1,6	-1,2	-1,1	70,5	69,3	67,9	66,7	0,1	-0,3	-0,3	-0,4
EU-25												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-1,6	-1,4	63,3	62,5	61,4	60,4	-0,4	-0,5	-0,4	-0,4

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.

Stand: April 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	-2,3	-0,2	-0,5	-0,5	93,2	89,4	86,3	83,2	2,5	2,4	2,5	2,9
OECD	-	-	-0,2	-0,2	93,0	89,2	86,3	83,7	2,5	2,0	1,9	1,6
IWF	-2,3	-	-	-	-	-	-	-	2,5	2,5	2,4	2,5
Finnland												
EU-KOM	2,7	2,9	2,9	2,9	41,3	38,8	37,3	35,8	4,6	5,5	5,2	4,7
OECD	2,5	2,5	2,4	2,2	41,3	41,3	42,3	42,6	5,2	6,8	7,3	7,6
IWF	2,5	3,8	3,5	3,7	-	-	-	-	4,9	5,3	5,1	5,2
Griechenland												
EU-KOM	-5,2	-2,6	-2,6	-2,4	107,5	104,8	101,0	96,4	-9,2	-8,5	-8,0	-7,5
OECD	-5,1	-2,6	-2,6	-2,6	107,5	103,9	100,9	98,0	-7,9	-10,8	-10,1	-9,7
IWF	-4,2	-2,1	-2,0	-1,9	-	-	-	-	-6,4	-9,6	-9,3	-8,7
Irland												
EU-KOM	1,1	1,2	0,9	0,4	27,4	25,8	24,4	23,6	-3,1	-3,2	-4,1	-4,2
OECD	1,1	1,0	0,7	0,7	27,4	27,4	27,4	27,4	-2,6	-1,7	-1,3	-0,4
IWF	1,1	2,1	1,3	0,5	-	-	-	-	-2,6	-4,1	-4,4	-3,0
Luxemburg												
EU-KOM	-1,0	-1,5	-0,5	-0,3	6,0	7,4	7,3	7,1	9,7	11,4	12,2	12,8
OECD	-1,0	-1,3	-0,8	-0,4	6,0	6,6	7,1	6,7	11,8	10,8	12,8	12,4
IWF	-1,0	-1,4	-0,9	-0,8	-	-	-	-	11,8	11,7	11,7	11,4
Niederlande												
EU-KOM	-0,3	0,0	0,1	0,3	52,7	50,5	47,8	45,4	7,1	7,6	8,1	8,5
OECD	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	52,7	50,6	48,6	46,5	6,6	7,4	7,7	9,3
IWF	-0,3	0,5	0,5	0,7	-	-	-	-	6,3	7,1	7,7	7,6
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-1,3	-1,2	-1,0	63,4	62,1	60,9	59,8	2,9	3,0	2,8	2,7
OECD	-1,6	-1,3	-1,6	-1,5	63,4	62,9	62,7	62,5	1,2	2,3	2,6	3,6
IWF	-1,6	-1,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-	1,2	1,8	1,9	1,6
Portugal												
EU-KOM	-6,0	-4,6	-4,0	-3,9	64,0	67,4	69,4	70,7	-9,5	-9,0	-8,7	-8,3
OECD	-6,0	-4,6	-3,7	-3,4	64,0	65,6	66,4	66,8	-9,3	-8,8	-9,2	-9,9
IWF	-5,7	-3,9	-3,3	-2,6	-	-	-	-	-9,7	-9,4	-9,1	-9,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,4	-1,6	-1,6	-1,5	28,0	28,4	28,0	27,6	-2,0	-1,9	-1,8	-1,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,9	-0,8	-	-	-	-	-2,0	-2,3	-2,6	-2,5
Spanien												
EU-KOM	1,1	1,5	1,1	0,9	43,1	39,7	37,0	34,7	-7,5	-8,6	-9,6	-10,0
OECD	1,1	1,4	1,2	1,4	43,1	39,8	37,0	34,3	-7,4	-8,8	-9,2	-9,6
IWF	1,1	1,8	1,3	1,1	-	-	-	-	-7,4	-8,8	-9,4	-9,8

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: April 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	2,4	3,3	1,8	1,7	29,8	25,8	21,8	17,9	-11,3	-13,9	-13,5	-12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,3	-15,9	-15,7	-14,7
Dänemark												
EU-KOM	4,9	4,0	4,3	4,2	35,9	28,5	24,5	22,0	2,9	1,9	2,1	2,3
OECD	4,6	3,4	3,2	3,2	35,9	34,1	32,3	30,6	2,9	1,3	1,8	1,3
IWF	4,6	4,2	3,4	2,5	-	-	-	-	3,6	2,0	1,7	1,9
Estland												
EU-KOM	2,3	2,5	1,6	1,3	4,5	4,0	2,7	2,1	-11,1	-11,5	-10,5	-9,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-13,8	-12,9	-12,2
Lettland												
EU-KOM	0,1	-1,0	-1,2	-1,2	12,1	11,1	10,6	10,3	-12,5	-16,1	-17,4	-16,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,7	-21,3	-23,0	-22,7
Litauen												
EU-KOM	-0,5	-1,0	-1,2	-1,3	18,7	18,9	19,6	19,8	-6,9	-8,9	-9,4	-9,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	-12,2	-12,3	-11,0
Malta												
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,7	-2,9	74,2	69,6	69,0	68,6	-11,0	-10,9	-10,9	-11,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-11,2	-11,5	-11,0
Polen												
EU-KOM	-2,5	-2,2	-2,0	-1,8	42,0	42,4	43,1	42,7	-2,2	-2,3	-2,7	-2,8
OECD	-2,4	-2,2	-1,8	-1,6	42,0	45,5	45,2	42,2	-1,7	-2,1	-1,9	-1,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,7	-2,1	-2,7	-3,6
Rumänien												
EU-KOM	-1,5	-1,4	-2,6	-2,6	15,9	13,7	13,9	14,4	-8,7	-10,3	-11,8	-13,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,7	-10,3	-10,3	-9,8
Schweden												
EU-KOM	3,0	2,8	2,4	2,5	50,4	46,7	42,6	38,7	5,9	6,3	6,4	6,5
OECD	2,8	2,9	2,4	2,6	50,4	47,0	43,4	39,7	6,0	7,1	7,5	7,6
IWF	2,8	2,8	2,3	2,6	-	-	-	-	7,0	7,4	6,6	6,8
Slowakei												
EU-KOM	-3,1	-3,4	-3,0	-2,9	34,5	33,0	31,6	31,0	-7,9	-7,8	-4,8	-3,4
OECD	-3,1	-3,7	-2,7	-2,2	34,5	30,9	27,7	24,6	-8,7	-6,4	-3,9	-3,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-8,0	-5,7	-4,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,6	-3,5	-3,6	-3,2	30,4	30,9	30,8	31,0	-2,7	-3,1	-2,3	-1,7
OECD	-3,6	-3,7	-4,1	-4,3	30,3	32,2	34,2	36,4	-2,1	-2,9	-2,0	-2,0
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,6	-4,2	-4,1	-4,2
Ungarn												
EU-KOM	-7,8	-10,1	-7,4	-5,6	61,7	67,6	70,9	72,7	-6,8	-7,3	-5,1	-3,5
OECD	-6,5	-8,7	-5,4	-4,3	57,7	62,0	62,5	62,8	-6,7	-7,3	-6,3	-5,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,7	-6,9	-5,7	-4,8
Zypern												
EU-KOM	-2,3	-1,9	-1,7	-1,7	69,2	64,8	62,2	59,6	-5,7	-6,0	-5,9	-5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-1,4	-1,6	-0,9	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,2	-5,1

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.

Stand: April 2007.



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, APRIL 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:
TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.